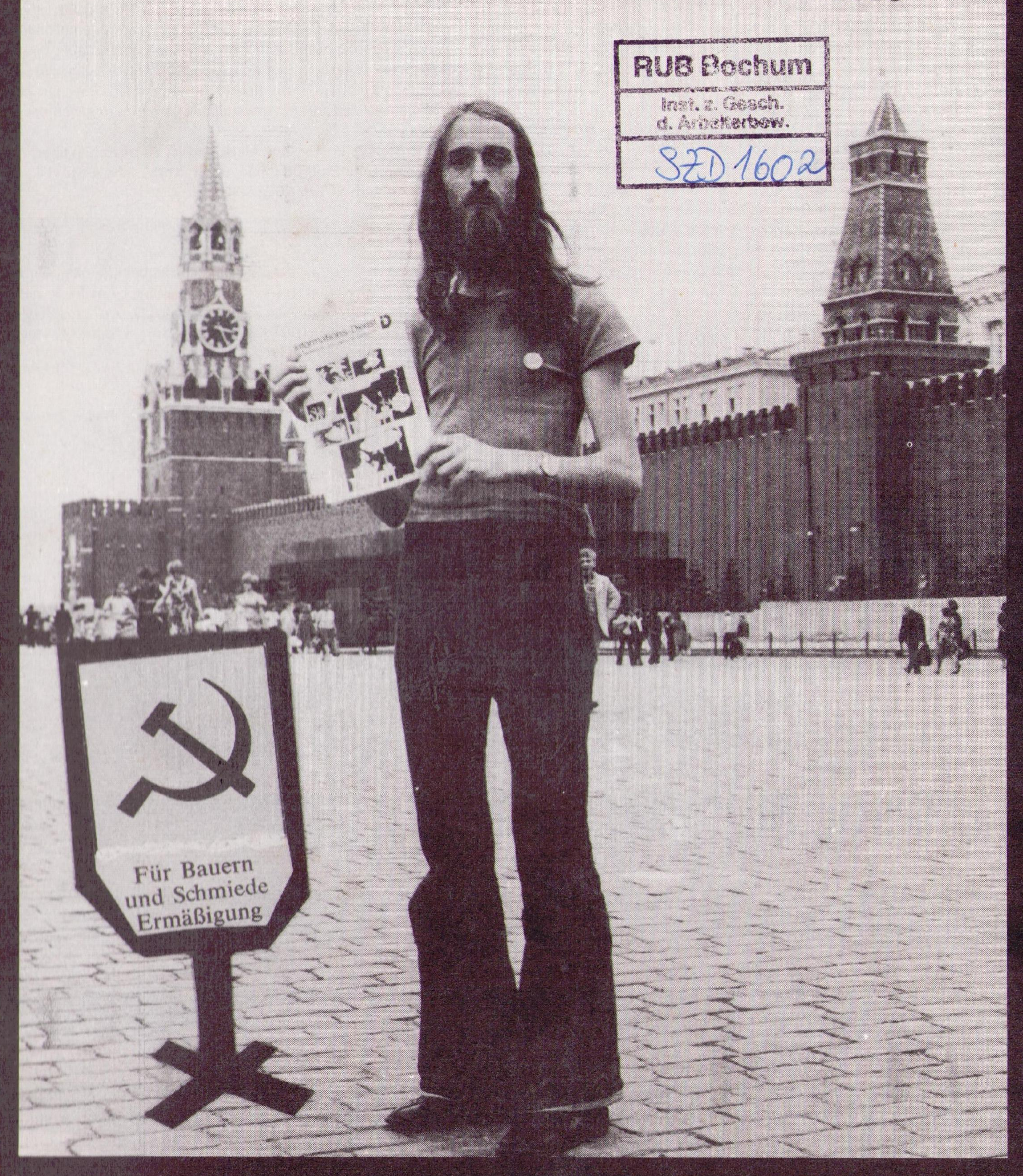


Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich Nr.: 298 7. September 1979 1,50 DMincl. 6,5MWst. D 1870 CX

Telegramm–Erklärung unseres Moskauer Büros (s. ID–Titelblatt)

Moskau (id) 5.9.79. – Mit aller Schärfe weist die ID-Redaktion, Lokalausgabe Moskau, Meldungen bundesdeutscher Massenmedien zurück, nachdem der ID-Straßenverkauf von dem Moskauer Komitee für Sicherheit und Sauberkeit verboten wurde – stop – den Urhebern solcher Verleumdungen wird esnicht nicht gelingen,den sputnikhaften,vorwärtstreibenden Niedergang (äh Aufstieg) des ID, speziell der Verbreitung unter den Moskauer Werktätigen zu sabotieren – stop – Straßenverkauf Montag bis Freitag von 15 bis 18 Uhr – stop – Westgeldbesitzer werden prompt bedient – stop – in den Mittagspausen übernehmen die Genossen der Brigade "Lenin-Leichenwacht" (Mausoleum, 3. Tür links) den Verkauf – stop – des weiteren findet wie immer die wöchentliche Redaktionskonferenz in brüderlicher und kameradschaftlicher Atmosphäre statt – stop – ID-Redaktion Groß-Moskau, Rasputin in und außerhalb des ID – stop –

Bonn – In der Bad Godesberger Stadthalle soll am 30. September eine Veranstaltung der "Notverwaltung des deutschen Ostens – Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter" stattfinden. Dieser saubere Verein ist u.a. Mitglied des Freiheitlichen Rates des Herrn Frey, der widerum Herausgeber des Hetzblattes "Deutsche Nationalzeitung" ist. Ob die Veranstaltung tatsächlich stattfindet, darüber wollen Mitglieder der Bürgeraktion Umweltschutz Bonn mit anderen Antifaschisten am 14. September um 20 Uhr in den Räumen der Bürgeraktion Umweltschutz Bonn, Endenicher Str. 97, diskutieren.

Aachen Anti-Atom-Fest Am 9. September ab 12 Uhr feiert die AKW-Nee-Gruppe in Aachen ein Anti-Atom-Fest im Westpark (Nähe Vaalserstr.)

Dortmund – „Sanfte Energie"

Die Wanderausstellung „Sanfte Energie-selbstgemacht" (vorgestellt im ID 297) ist vom 15.-21. September 79 in 46 Dortmund, Lindemannstr. an der Nicolaikirche neben der ESG aufgebaut.

Bremen – An alle Straßenmusiker! Die Gefangenehilfe Bremen und andere Knastgruppen werden in der Woche vom 17. – 24. September 79 in Bremen eine "Knastwoche" machen mit Theater, Filmen, Ausstellungen und Veranstaltungen usw. natürlich auch Büchertischen in der Stadt. Und das soll's nicht so trocken zugehen, Deshalb müssen unbedingt noch Straßenmusiker kommen, die auch einige Knastlieder drauf haben. Vielleicht könnten ein paar Musiker für diese Woche ihr Domizil nach Bremen verlegen. Wenn nötig organisaieren wir auch noch ein Fest, damit ein bißchen mehr als die Fahrtkosten rauskommen. Setzt euch bitte ganz schnell mit uns in Verbindung.

Carmen Spiering, Hastedter Osterdeich 213 d, 28 Bremen
Tel 441435

Sammeleinsprüche gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau

In Gronau plant die Uran-Isotopentrennungsgesellschaft (mbH) eine Urananreicherunganlage einschließlich eines Lagers für angereichertes Uran zu bauen. Gegen diese Pläne sammelt die dortige Bürgerinitiative Einsprüche von allen, die sich davon betroffen fühlen. Vorgedruckte Sammeleinsprüchslisten gibt es bei:

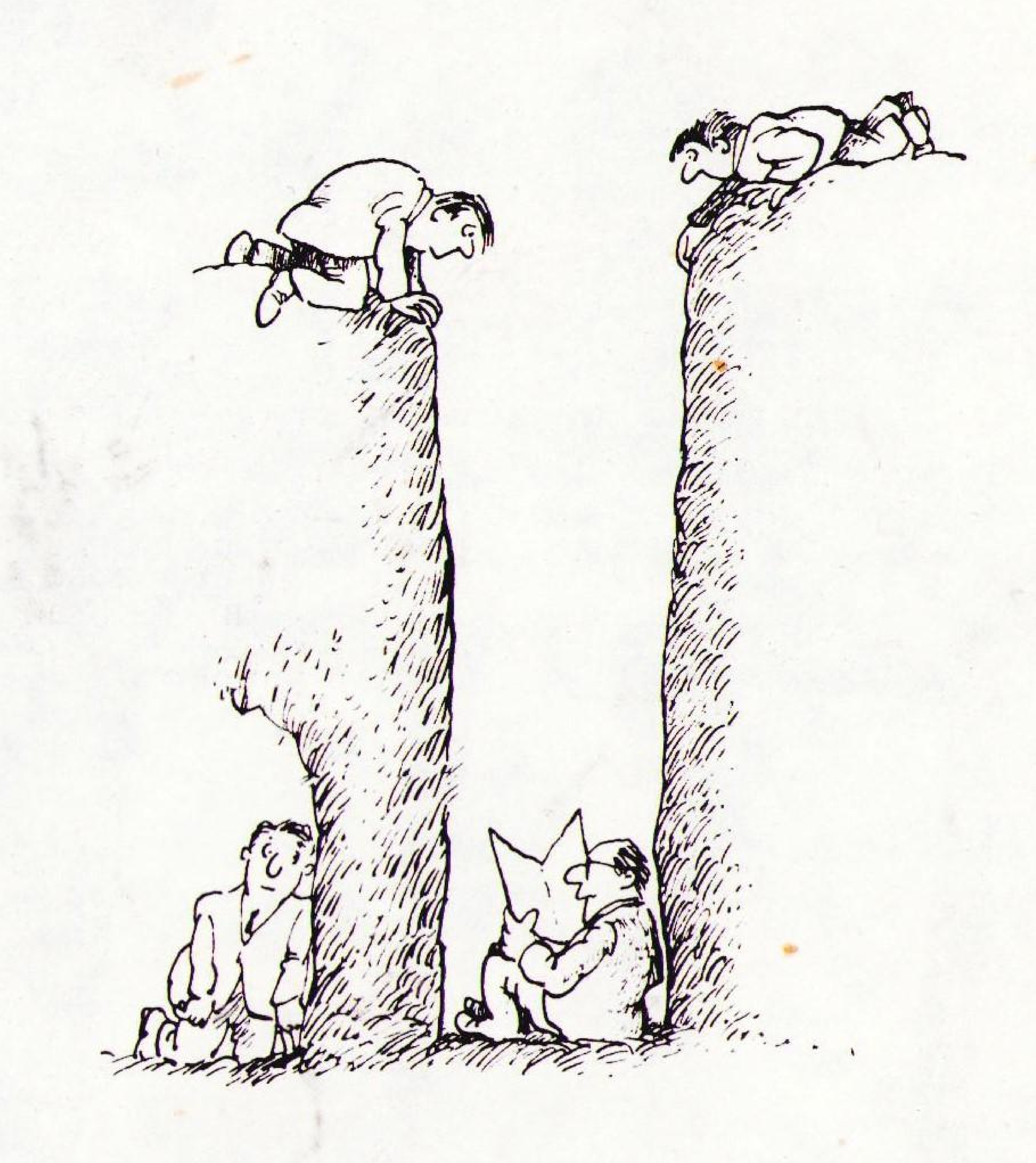
Marita Wagner, Pfarrer Reukes Str., 4432 Gronau

Heidelberg – Noch eine Broschüre

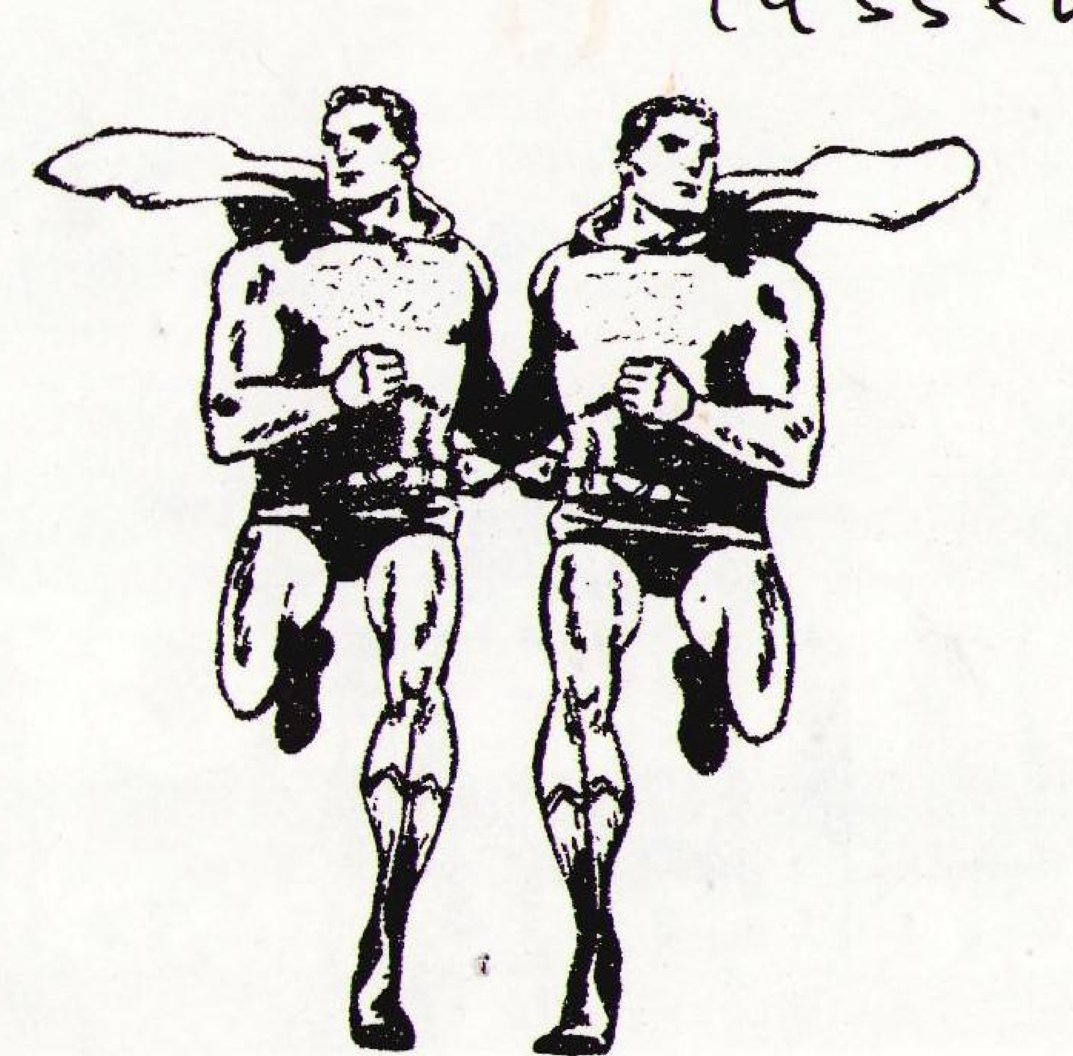
Zu dem Urteil gegen den Heidelberger RA Härdle gibt es nun noch eine Broschüre (Im ID 286 hatten wir die damals bereits existierenden Broschüren schon angekündigt und über den Prozeß berichtet.) Die neue Broschüre „Das Urteil gegen RA Härdle muß fallen", gibt einen Überblick über Ursachen und Verlauf des Verfahrens, sowie über Maßnahmen gegen das Urteil.

Die Broschüre kostet eine Mark und ist zu beziehen über: Rechtsanwälte Baier, Schiele, Bach, Karl-Ludwig-Str. 14, 68 Mannheim 1, Tel. 0621/442 036

Dortmund – für den Totalverweigerer Siegbert Künzel, der auf dem Titelblatt des letzten ID zu sehen war, gibt es für seinen anstehenden Prozeß auch ein Spendenkonto. Dieses ist: PSchA Dortmund, Kto.-Nr. 1907 47-463, Kto.-Inh. Thomas Krieger, Stichwort: Spenden für Prozeßkosten.



Die 'Büro Ecke' beim morgendlichen Lauf nach Nieder-Eschbach (woselbst wir computern lassen)







Als Kurt Schwitters 1930 sein Dada-Bild malte, war Ernst Albrecht noch nicht bei Bahlsens Keksfabrik angestellt. Aber irgendetwas muß Schwitters geahnt haben.

GORLEBEN VOR BEGINN DER TIEFBOHRUNGEN

GORLEBEN 4. September — *Karl, ID-Mitarbeiter, schickt uns diesen Bericht direkt aus Gorleben:*

Ich komme gerade von einem Spaziergang zurück. Bevor ich losging, stutzte ich: soll ich den Weg gehen, den ich eigentlich gehen wollte? Habe ich meinen Ausweis dabei, soll ich mir die Kontrolle eines Spaziergangs nicht sparen? Ich ging einen anderen Weg. Wenn man in der Gegend von Gorleben, Gartow und Trebel in den Wald gehen will, empfiehlt es sich, das den Freunden und Bekannten vorher zu sagen. Sie könnten sich sonst wundern, wenn man nachts nicht nach Hause kommt. Wenn man aber Bescheid gesagt hat, werden sie in einem solchen Fall zur Kaserne der Gorleben-Polizei fahren. Das Wendland ist besetztes Gebiet. Ich kenne die Notstandsgesetze nicht, aber viel mehr als hier geschieht, kann da nicht drinstehen.

Die Anwesenheit der Polizei ist massiver und ihr Auftreten provozierender als je zuvor. Hier tritt eine Besatzungsarmee auf, deren Ziel die Verunsicherung der Bevölkerung ist. Der offene Dialog, wenn er je möglich war, ist auch im Wendland an chemischer Keule, Fesseln und den kleinen Schikanen im Alltag zugrunde gegangen. Offenbar paßte der Polizeiführung die Verunsicherung ihrer Beamten vor Ort nicht.

Neuerdings sind hier Freiwillige eingesetzt, denen niemand den Einsatz der Chemischen Keule befehlen muß – sie tun es nur zu gern von selbst. Bayrische Polizisten werden eingesetzt, achtzehn Jahre, von weit her, keine Ahnung und verstehen tut sie auch keiner.

In Vietze sind zwei Jugendliche zu Besuch, 14 und 15 Jahre alt. Eines Tages wollen sie Pilze sammeln, es gibt viele in diesem Jahr. Im Wald werden die beiden von Polizisten angehalten. Sie sollen sich ausweisen. Ausweise haben sie nicht. Sie werden in die Fahrzeuge der Polizei eingeladen und zu ihren Gastgebern gebracht.
Als sie die Dienstnummern der Polizisten wissen wollen und ankündigen, sich an die örtliche Polizei zu wenden, verschwindet der Trupp der Gorleben-Polizei. Der Bürgermeister der Gemeinde Gartow will die Geschichte nicht glauben.

Ein Waldarbeiter geht zu seinem Arbeitsplatz in den Wald. Tagelang wiederholt sich das Spiel, daß er im Tausch gegen die Dienstnummern seinen Ausweis vorzeigen soll. Nach mehreren Tagen gibt er auf.

Über dem Hof von Bauer Schulz bleibt ein Polizeihubschrauber im Tiefflug eine Viertelstunde lang stehen, das Vieh gerät in Panik, der Bauer auch.

Etwa 50 Leute kommen von einem Bohrloch zurück. Der Grenzschutz ist dabei sie zu verprügeln. Zwei werden festgenommen. Bauer Schulz kommt mit zwei Erntehelfern vom Heuen in diese Szene. Er wird vom Trecker geprügelt und findet sich mit Demonstrationsfesseln in der Polizeikaserne wieder. Zwei Stunden wird er gefesselt liegengelassen. Erst ein paar Tage später kann er mit den Händen wieder greifen. (Bauer Schulz schrieb dazu auch einen Brief).

BRIEF DES BAUERN SCHULZ AUS GEDELITZ:

Liebe Mitbürger und Kollegen,

Am 25. August bin ich verhaftet und sechs Stunden festgehalten worden. Die Hintergründe für meine Festnahme möchte ich euch schildern:

Ich kam mit zwei Hilfskräften vom Heumachen und fuhr mit meinem Traktor und einem Fuder Heu über Gorleben in Richtung Gedelitz. Am Trafohäuschen mußte ich anhalten, weil eine Menschenmenge auf der Straße stand. Dreißig bis vierzig Bundesgrenzschutz-Leute waren damit beschäftigt, unter Einsatz von Gewalt die Gruppe in Richtung Gedelitz zu drängen. Dabei sah ich, wie BGS-Leute gleichzeitig Personen aus der Demonstrantengruppe zerrten, zu Boden warfen, und auf sie einschlugen.

Ein solch brutales Vorgehen habe ich noch nie gesehen und bisher nicht für möglich gehalten. Ich wurde aufgefordert, weiterzufahren, die Straße würde für mich freigemacht. Aufgrund der Aufforderung fuhr ich langsam an, brachte meinen Traktor aber sofort wieder zum Stehen, weil sich drei BGS-Leute dicht vor dem Traktor aufstellten.

Völlig unvermittelt wurde ich plötzlich angeschrien und beschuldigt, ich hätte einen Beamten angefahren. Mir wurde befohlen, ich solle vom Traktor absteigen, denn ich sei wegen Körperverletzung verhaftet. Als ich um eine Begründung für diese Maßnahme bat, entfernten sich die Beamten für zehn Mnuten und führten eine weitere Auseinandersetzung mit den Demonstranten herbei. Auf dem Rückweg kamen sie wieder an dem Traktor vorbei, und derselbe Beamte sprach wieder meine Verhaftung aus. Als meine beiden Begleiter nach einer Begründung fragten, befahl er ca. zwanzig Beamten: "Alle runterholen".

Wir wurden dann alle drei mit brutaler Gewalt vom Trekker gezerrt, wobei Verletzungen offensichtlich in Kauf genommen wurden. Wir wurden vorwärts gestoßen, getragen, die Arme wurden uns nach hinten verdreht, und anschließend wurden wir für ca. zwei Stunden eng und schmerzhaft auf dem Rücken gefesselt.

Auf alle meine Fragen, besonders was mit meinem in der Kurve stehenden Heuwagen passieren soll, bekam ich keine Antwort. Wir wurden erkennungsdienstlich behandelt, d.h. es wurden Fingerabdrücke von uns genommen und Fotos angefertigt. Erst um 23 Uhr wurde ich mit den anderen entlassen.

Ich glaube, daß ihr euch aufgrund meiner Schilderungen ein Bild davon machen könnt, was uns passieren kann, wenn wir zufällig in eine derartige Situation geraten. Wie soll ich in Zukunft meiner Arbeit nachgehen und meine Ernte einbringen. Was mir passiert ist, kann Jedem passieren. Deshalb bitte ich euch um eure Unterstützung. Diese Angelegenheit werde ich auch dem Landvolk vortragen und ebenfalls um Unterstützung bitten.

Karl-Heinz Schulz

Viele solche Geschichten gibt es noch zu erzählen, z.B. vom Trebeler Förster, der obwohl in Uniform, eine Ausweiskontrolle über sich ergehen lassen mußte. Oder vom Grafen Bernsdorff, der der Gorleben-Polizei das Betreten seiner Länder verboten hat und seine Forstangestellten anwies, jeden fremden Polizisten, den sie dennoch antreffen bei der örtlichen Polizei anzuzeigen.

Diese Geschichten werden im Wendland erzählt, aber sie sind so unglaublich, daß niemand außer den Betroffenen sie wahrhaben will. Allem Anschein nach hat sich die politisch-polizeiliche Strategie und Taktik geändert. Zur Zeit der Flach-

bohrungen in diesem Frühjahr und Sommer waren Übergriffe ein Zeichen für die Unsicherheit der Gorleben-Polizei. Ihr Feindbild stimmte nicht. Jetzt scheint sie es darauf angelegt zu haben Reaktionen zu provozieren, die endlich wieder in ihr Schema passen. Der Atomstaat fabriziert sich seine Gegner nach seinem Bilde.

Zur Polizeitaktik kommt die politische Strategie. Die Atomlobby fordert mit großem Getöse den Weiterbau von Atomkraftwerken noch vor Jahresende. Ministerpräsident Albrecht schreibt Schmidt in Bonn einen Brief, in dem er eifrig versichert, seine Entscheidung vom 16. Mai gegen die Wiederaufbereitungsanlage bedeute bei weitem kein "Nein". Deshalb habe er Vokabeln verwendet wie "Nicht mehr in dieser Politikergeneration".

Als Ergänzung wird eine Agenturmeldung bekannt, die sich auf vertrauliche Papiere des ständigen Staatssekretärsausschusses beruft. Danach steht in den Papieren: das niedersächsische Sozialministerium (verantwortlich für Gorleben) möchte festgehalten wissen, daß es nicht auf den Bau der Atommüllfabrik verzichtet hat. Die Staatssekretäre halten es für sinnvoll, verschiedene Wege zum selben Ziel „Endlagerung" zu gehen. Schließlich wird auf Zeitgewinn gespielt, erst bis 1990 soll endgültig über den Bau von Gorleben entschieden werden, erst im Jahr 2000 sollen die oberirdischen Anlagen fertig sein.

Die Arbeitsteilung ist perfekt. Die Industrie klagt und drängelt, der Bund macht auf nationale Verantwortung und drängt auch, läßt aber mit sich reden. Das Land ist vorsichtig, sicherheitsbedürftig, und läßt den Bund planen und bauen (ein Vertreter der Physikalisch-technischen Bundesanstalt, PTB, die die Tiefbohrungen durchführen soll: "Wir haben keine neuen Anweisungen. Wir machen weiter wie vorher. Wir machen das nicht über das Land, sondern über den Bund."). Und der DWK ist alles recht. Zwar drängelt sie auf Entscheidungen bis 1984, aber ihr Pressesprecher König meinte, sie gingen ohnehin von einer Bauzeit von bis zu zwanzig Jahren aus.

Weit entfernt davon, in Sachen Gorleben Gegner zu sein, arbeiten Bund und Länder auf Stichwort zusammen wie Kaspar und Beelzebub im Kasperletheater. Nach dem Auftritt teilen sie sich die Tageskasse. Daß Gorleben ein nationales Anliegen ist, heißt nicht mehr, als daß keine Partei sich in dieser Angelegenheit Wählerstimmen ausrechnen darf. Alle Parteien gemeinsam gegen den Bürger. Diese Maschinerie zeigt Wirkung bei den Betroffenen. Die optimistische Stimmung des Frühlings ist vorbei. Der Widerstand wird verzweifelter: "Hamburg hats nicht bewirkt, die 140 000 in Hannover nicht, und auch alles andere nicht. Was soll dann schon noch Wirkung haben?" Der ständige Druck, auf der Hut sein zu müssen, was tun zu müssen, weil die andere Seite ja weitermacht, als sei nichts geschehen. Die Angst noch vor dem, was man selbst noch zu tun gezwungen sein könnte, wenn man nicht aufgeben will; der Zweifel, ob denn nicht doch alles vergebens ist; daß es keinen ruhigen Platz mehr im Alltag gibt, daß alles macht Leute zu Nervenbündeln. Mir sagte eine Bäuerin: "Wenn das Jahre so weitergeht, brauchen sie niemanden mehr zu vertreiben, dann sind wir sowieso alle hinüber."
Einige denken ans Wegziehen, aber die Sicherheit, daß sie an anderen Orten über kurz oder lang vor Ähnlichem stehen, läßt sie bleiben.



Bohrbeginn in Gorleben am 14. März 1979

Nicht nur der Druck auf die Einzelnen ist groß, auch Gemeinschaften werden zerstört. In den Rundlingsdörfern der Wendländer gabs den Brauch, daß auch Leute, die nicht mehr miteinander redeten, sich zumindest bei Geburtstagen, Hochzeiten und Beerdigungen gegenseitig besuchen mußten. Jedoch nur, um einen Glückwunsch oder ein Beileid zu murmeln, immerhin hatten sie die Chance wieder miteinander zu reden. Über die Frage, wie hälst du's mit Gorleben, ist diese Gemeinschaftsinstitution zerbrochen.

Der Atomstaat hat das Tor zu der Falle, die Gorleben heißt, weit aufgemacht. Die gut geölte Maschinerie erzeugt Ohnmacht, läßt nur ebenso massive Gegenaktionen sinnvoll erscheinen. Am Ende dieser Logik stünde die Schlacht um Gorleben, die für die Anti-Atom-Bewegung schon verloren ist, wenn sie überhaupt noch nicht begonnen hat. Wie dieser Logik zu entgehen sei, dazu gibt es bei der Anti-Atom-Bewegung unterschiedliche Auffassungen. Das dezentrale, gewaltfreie Widerstandskonzept umfaßt danach vielmehr als bisher durchgeführt wurde. Die Überlegungen reichen vom Sturmläuten der Kirchenglokken in der Bundesrepublik bzw. deren Ersatz durch Alarmsirenen, Autohupen, Trillerpfeifen, über Go-Ins bei Rathäusern und Kirchen, Fastengottesdiensten und Hungerstreiks, Blokkaden von Verkehrswegen und Autobahnen und Knotenbahnhöfen, Sperrung der Grenzen wie zu Pfingsten 1979, bis zu Telefonblockaden durch ständiges Anrufen oder den Beginn eines Geburtenstreiks. Die Vorstellung ist, daß es zu einer Ausweitung des zivilen Ungehorsam kommt an möglichst vielen Orten.

Die Bauern im Wendland haben bereits begonnen. Sie haben die Zustimmung zu den Tiefbohrungen, deren Vorbereitungen am 10. September beginnen sollen, verweigert. Bis auf drei Tiefbohrungen müßten alle auf Bauernland stattfinden. Mit dem Eintrag ins Grundbuch sollen die Bauern eine Eignungsabtretung vornehmen. Sie würden zwar Eigentümer bleiben, ihre Rechte aber müßten sie abgeben. Schöne Verträge hatten die Betreiber schon entworfen. Aber nur ein Bauer unterschrieb, aus Versehen. Er hatte geglaubt, das Landvolk hätte bereits einen Sondervertrag mit mehr Rechten für ihn ausgehandelt. Jetzt zieht er seine Unterschrift zurück.

Für einen solchen Fall hat der Rechtsstaat schon vorgesorgt und im letzten Jahr das Bergbaurecht geändert. Jetzt kann gebohrt werden ohne Zustimmung der Bauern. Überhaupt die Sache mit dem Recht und Unrecht. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht will das Atomgesetz neu interpretiert haben . Nicht geändert, nur übergangsweise neu interpretiert, bis zum Jahre 2010 etwa. Bisher nämlich wurde unter "gesicherter Entsorgung" die Wiederaufbereitung und die gesicherte Endlagerung verstanden. Jetzt sollen vorübergehend Zwischen- und Kompaktlager auch dafür gelten. Bis Gorleben steht. Denn ohne gesicherte Entsorgung darf nach Gerichtsurteil kein AKW mehr gebaut werden. So etwas ist Rechtsschöpfung.
Auf den Schnack mit Biegen, Beugen oder Brechen lasse ich mich erst gar nicht ein.

7 Bauern bekamen eine Anzeige wegen Beteiligung an der Blockade der Bohrfahrzeuge im Mai 1979. Über hundert Leute bekannten daraufhin per Anzeige öffentlich, ebenfalls teilgenommen zu haben. Bisher bekamen sie nichts. Am 10. September fällt der Wald für die Tiefbohrungen.

Karl, ID



WIE SOLL DIE DEMONSTRATION AM 14.10. IN BONN AUSSEHEN?

BONN 28. August *Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen hat im Mai eine Großdemonstration in Bonn beschlossen. Nach der Bundeskonferenz tagte inzwischen dreimal ein Vorbereitungsausschuß, der unter anderem einen Aufruf zu dieser Demonstration verabschiedete. Durch den Vorbereitungsausschuß wurde ein 15-köpfige Demonstrationsleitung benannt, die sich aus Vertretern von Bürgerinitiativen und BI-Zusammenschlüssen zusammensetzt.*

Die Demonstrationsleitung gibt im folgenden ein paar Einzelheiten zu der Bonner Demonstration bekannt und stellt vorweg noch einmal einige Überlegungen über den Stellenwert der Demonstration, über die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und die Unterstützung des Widerstandes gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben an.

Warum gehen wir nach Bonn?

Harrisburg hat die Forderung nach Stillegung aller Atomanlagen deutlicher denn je auf die Tagesordnung gesetzt. Darum ist es notwendig, dieser Forderung neben unserem weiter notwendigen Kampf gegen einzelne Atomanlagen auch dort Nachdruck zu verleihen, wo die verantwortlichen Politiker sitzen. Wie es in unserem Aufruf heißt, wollen wir nicht in Bonn demonstrieren, um unser Anliegen als Bittsteller vorzutragen. Wir haben längst gelernt, daß wir uns nicht auf Parlamente verlassen können, sondern daß Parlamente und Gerichte nur durch den Druck der Bevölkerung gezwungen werden können, unsere Forderungen zu erfüllen. Wir wissen auch sehr wohl, daß die Weichen für die menschenfeindliche Energiepolitik in den Vorstandsetagen der Konzerne gestellt werden. Parlament und Regierung aber sollen diesen wirtschaftlichen Interessen durchsetzen und legitimieren. Gerade jetzt sind Wirtschaft und Politik gemeinsam in die Offensive gegangen und versuchen, durch eine weltweite Angstmache mit der sogenannten "Energiekrise", verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Die Bonner Demonstration wird zeigen, daß unser Wille zum Widerstand gegen das lebensgefährdende Atomprogramm auf allen Ebenen und gegen nukleare Anlagen, wo immer sie gebaut werden — in Ost oder West — wächst.

Und sie sollen zeigen, daß wir uns durch Kriminalisierung nicht spalten lassen. Gerade jetzt, wo ein *(inzwischen drei, die Red.)* Grohnde-Demonstrant für 12 Monate im Gefängnis ist, drei weitere sich dem Haftantritt durch Flucht entzogen haben, wo Geldforderungen von über 400.000 DM gegen Demonstranten erhoben werden, wird die Forderung nach Aufhebung aller Urteile wesentlicher Bestandteil der Demonstration sein.

Entscheidend ist, daß immer mehr Menschen — wie in Wyhl begonnen — ihr Schicksal im aktiven Widerstand selbst in die Hand nehmen. Die Demonstration wird deshalb nicht im Widerspruch zu diesem Widerstand vor Ort stehen, sondern ihn politisch unterstützen.
Sie hat das Ziel, als gemeinsame Demonstration der Standorte von atomaren Anlagen und aller Gegner der Atomenergie einen Angriff auf das gesamte Atomprogramm zu führen. Die Bonner Demonstration soll insbesondere Menschen und Gruppen die Möglichkeit zum Mitmachen geben, die bisher noch keine Ausdrucksform für ihren Protest gefunden haben.

Gleichzeitig mit den Vorbereitungen von Bonn muß die Anti-AKW-Bewegung planen, wie die Tiefbohrungen in Gorleben verhindert werden können. Auch darüber wurde bereits auf mehreren Treffen beraten. Auf einer gemeinsamen Konferenz aller Atomkraftgegner am 22. und 23. September in Bochum soll die Bonner Demonstration in Beziehung zum aktiven Widerstand in Gorleben gesetzt werden.

Wie soll die Demonstration in Bonn aussehen?

Wir schlagen vor, die Vorbereitungen regional — ggf. auf entsprechenden Konferenzen — zu organisieren. Alle Gruppierungen werden gebeten, sofort Kontakt untereinander aufzunemen, um eine rechtzeitige und umfassende Mobilisierung zu erreichen.

Bisher wurde ins Auge gefaßt, Trecks aus verschiedenen Richtungen zusammenzustellen. Überlegt Euch auch mal die Nutzung von Wasserwegen (die badisch-elsässischen BI'en z.B. werden voraussichtlich per Schiff nach Bonn kommen).
Denkt auch an die Möglichkeiten von Sonderzügen.
Wir haben diesmal den Sonntag als Demonstrationstag festgelegt, um den samstags Tätigen die Beteiligung und möglichst vielen die Teilnahme an den Trecks zu ermöglichen.

Der Phantasie für Aktionen sind keine Grenzen gesetzt. Mobilisiert alles, was Ihr habt und könnt. Kulturgruppen (Musik, Theater usw.), meldet Euch in Bonn. Das Programm kann schon am Samstag beginnen.
Wir möchten ein einheitliches Plakat herausgeben (evtl. mit einem einheitlichen Symbol). Bitte schickt dazu schnellstmöglich Entwürfe.
Verpflegung soll in Bonn möglichst von alternativen Projekten angeboten werden. Wer sich beteiligen möchte, wende sich bitte: **Christoph Baunach, Waldstr. 73, 5300 Bonn 2, Tel. 02221/383231 od. 383351, sowie an die Adresse der BUB**

Die zentrale Kundgebung wird in Bonn voraussichtlich um 13.00 Uhr im Hofgarten stattfinden. Vorgesehen sind ein grösseres Kulturprogramm und fünf Redebeiträge (eine Hauptrede, ein Gewerkschafter, ein von Kriminalisierung Betroffener, ein Ausländer (Harrisburg?), ein Landwirt aus Gorleben).
Dauer der Veranstaltung: ca. 2 1/2 Stunden.

Die Trecks und Teilnehmer treffen sich in drei Zügen an folgenden Orten:
NORDZUG
an der Josephshöhe/Sportpark Nord
Nähe Friedrich-Ebert-Brücke

WESTZUG
Bonn-Beuel, Pützchen, Pützchens Allee

SÜDZUG
an der Godesberger Allee/Rheinaue/Landesbehördenhaus

Es wird ein Koordinationsbüro und einen Treffpunkt für früher Anreisende in Bonn geben. Schlafplätze stehen nur begrenzt zur Verfügung. Hier ist rechtzeitige Anmeldung in Bonn geboten.

Die ganze Aktion wird sehr viel Geld für die Organisation verschlingen. Wir sind auch auf finanzielle Hilfe angewiesen.
Darum hier das Spendenkonto:
Postscheckamt Köln 1, Sonderkonto Umweltschutz, Bernhard Kohlenbach, Nr. 213893–505

Bis zur Einrichtung des Koordinationsbüros gelten folgende Kontaktadressen:
Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn (BUB),
Endenicherstr. 97, 5300 Bonn
Hilmar Dahlem
Pappelweg 92, 5300 Bonn 2
(für überregionale Koordinator, Plakatentwürfe etc.):
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21
Tel. 0721/574248

Alle weiteren Einzelheiten werden schnellstmöglich bekanntgegeben.
Und nun: Viel Spaß bei den Vorbereitungen.
Auf Wiedersehen in Bonn am 14.10.1979 !!!

ZUR DISKUSSION UM DIE BONN–DEMO

Von der Anti-AKW-Gruppe Gelsenkirchen:

Auf der Göttinger Bundeskonferenz vom 5./6. Mai wurde beschlossen, daß in Bonn u n d Gorleben eine Großdemonstration stattfinden soll, wobei im Falle einer terminlichen Überschneidung Gorleben als Demonstrationsort der Vorzug gegeben werden soll.

Nach allen bisherigen — uns bekannten — Informationen findet eine Planung bisher nur für die Bonner Großdemo am 14.10. statt. Nach dem Leserbrief der Berliner Anti-AKW-Gruppen in der TAZ vom 14.8. und im ID 297 besteht eine große Wahrscheinlichkeit, daß zum Zeitpunkt der Bonn-Demo in Gorleben die Tiefbohrungen beginnen. Statt diese Information zu berücksichtigen und alternativ zur Bonn-Demo Vorbereitungen für eine Großkundgebung in Gorleben zu treffen, wird "Gorleben" aus der Diskussion ausgeklammert und auf eine eventuelle Entscheidung auf der nächsten Bundeskonferenz am 22.9. vertröstet. Nach dem 22.9. ist es organisatorisch nicht mehr möglich, im Falle einer Beschlußänderung zugunsten "Gorlebens" noch entsprechend zu mobilisieren. Dies bedeutet, daß in der nächsten Zeit in Gorleben keine Großkundgebung stattfinden wird, auch wenn die Tiefbohrungen in Kürze beginnen.

Für uns sind Demonstrationen vor Ort wichtig, denn nur hier kann der praktische Widerstand effektiv geleistet werden. Bis auf die Hannover-Demo fanden bisher alle Großdemonstrationen vor Ort statt und haben sich als erfolgreich erwiesen. Daß von dieser Praxis abgegangen wird, halten wir für falsch, da bei wiederholten Demos an "anonymen" Orten die Gefahr der Ritualisierung und Institutionalisierung des Widerstandes besteht. Hiermit beschleunigen wir unsere eigene Integration in den "Atom-Staat" und unsere eigene Auflösung.

Unsere Einschätzung wird unterstützt dadurch, daß erstmalig in der Anti-AKW-Bewegung politische Organisationen mitarbeiten, die sich bisher am Widerstand nicht beteiligt haben. Der Verdacht der Instrumentalisierung liegt nahe!

Wir halten eine Diskussion für unbedingt erforderlich und sind dankbar für Informationen und Materialien, die uns allen weiterhelfen.

Kontakt: Anti-AKW-Gruppe Gelsenkirchen, Kontaktadresse: Buchladen "Trotz alledem", Grillostr. 41, 4650 Gelsenkirchen

ESO SITZT JETZT IM KNAST IN LINGEN

LINGEN
2.9.79

Wie schon im letzten ID angekündigt, wurde Eso Oldefest von Kleve nach Lingen verlegt. Der Transport glich eher einer Irrfahrt kreuz und quer durch Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und dauerte 5 Tage. Aber auch das ist "ganz normaler Transport" ... Wir drucken den Teil des Briefes von Eso, in dem er seine ersten Eindrücke aus dem Knast Lingen schildert.

In Lingen angekommen, konnte ich Andreas *(Andreas Hanke sitzt ebenfalls 1 Jahr für die Grohnde-Demonstration in Lingen ab,die Red.)* beim Abendbrot überraschen. Meine ersten Eindrücke hier in Lingen: ich habe das Gefühl, das Ganze ist nichts halbes und nichts ganzes. Hier wird das System Knast auf eine perfide Art und Weise aufrecht erhalten. Und da fängt das Problem bei mir an. Im Festbau weist du genau, woran du bist, hier ist alles eine ungreifbare Drohung. Man sieht sie nicht, aber sie ist ständig vorhanden. Sobald du nach ihren Kriterien nicht in die gängige Form gepreßt werde kannst, wirst du in den Festbau verlegt. Damit haben sie dich an der langen Leine. So weit für's erste. Und noch etwas habe ich auf dem Herzen. Wie ich gehört haben, hat mein Bericht, warum ich aus Holland weggegangen bin, zu Unklarheiten geführt. Ich möchte folgendes dazu sagen. Ich habe zwar in Holland auf das politische Asyl verzichtet, aber diesen Schritt mußte ich machen, da sonst die holländische Behörden mich gar nicht hätten überstellen könne. Die Beweggründe, welche mich bewogen, haben, doch meine Haft anzutreten, habe ich ja versucht, kurz darzustellen. Sie haben rein persönlichen Charakter. Ich unterstütze weiterhin auch vorbehaltlos den Asylantrag von Karl und hoffe, daß mein Schritt keine negativen Auswirkungen auf sein Verfahren haben wird. Ich möchte alle AKW-Gegner bitten, Karl auch weiterhin wie bisher zu unterstützen!"

Kontakt: Eso Oldefest, 4450 Lingen/Ems, Damschkestr. 77



WEN WILL DER BBU SCHRÖPFEN ?

MARBURG
28. August

Zur Praxis von Alternativ- und Stadtzeitungen gehört es seit jeher, Hinweise auf Brpschüren, Veranstaltungen, Bücher, Aufkleber, etc zu veröffentlichen. Die Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU) 'BBU-Aktuell' hielt sich ebenfalls an diese Praxis. Seit kurzem rückt sie davon ab und verschickt folgende Schreiben an Gruppen und Leute, die sie um eine Veröffentlichung bitten:

Liebe Freunde, liebe Freundinnen,

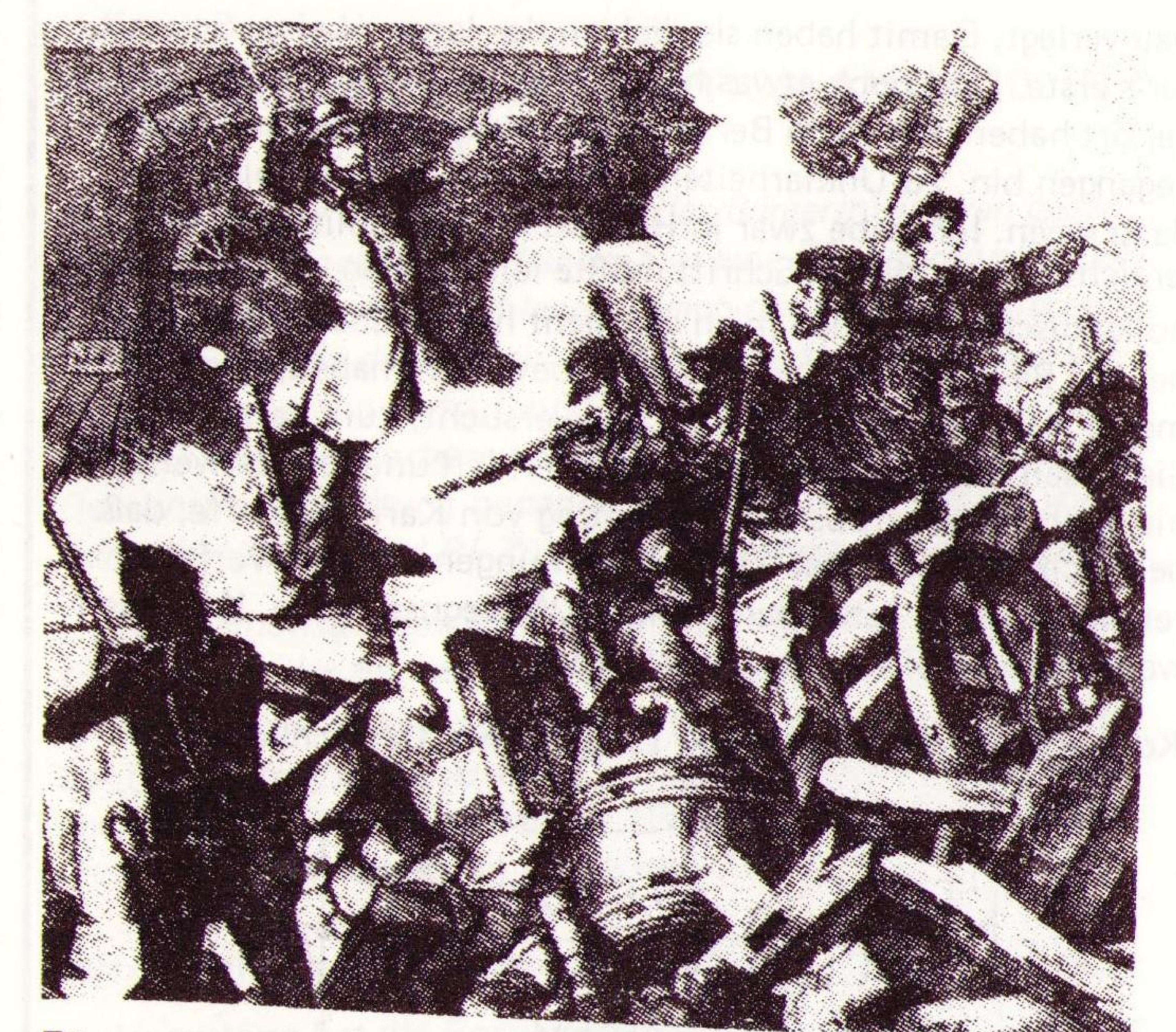
Vielen Dank für Euer Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung eines Hinweises auf Euere Broschüre / Euer Buch / Eure Aufkleber / Euer Projekt im nächsten Heft von "umweltmagazin". Gerne wollen wir Eurem Wunsch nachkommen, müssen Euch aber darauf hinweisen, daß wir dies (leider) nicht mehr wie bisher kostenlos tun können. Die Zahl solcher Veröffentlichungswünsche von Tips für die Rubrik "Fundgrube" hat in den letzten Monaten stetig zugenommen und ein Ausmaß erreicht, das es mit einem enormen zeitlichen und finanziellen Aufwand für uns verbindet, aus der Fülle der bei uns eingehenden Drucksachen selbst Tips und Hinweise zu formulieren und auf eigene Kosten setzen und drucken zu lassen. Wir haben uns darum entschlossen, für die Fundgrube" einen "Kleinanzeigenservice" anzubieten, den jede /r Leser/in durch einen Unkostenbeitrag von 1.00 DM pro Zeile (mindestenst 5 Zeilen maximal 10 Zeilen) in Anspruch nehmen kann. Wir hoffen, Ihr habt Verständnis für diese Neuregelung.

Übrigens: Da die Deutsche Bundespost unserem Antrag auf Zulassung zum Postzeitungsdienst zum 2.9.1979 stattgegeben hat, wird die für "Büchersendungen" gültige Einschränkung von Anpreisungen für uns hinfällig. Das bedeutet, daß wir für Tips und sonstige Kleinanzeigen wesentlich mehr Platz zur Verfügung stellen können als bisher!

Falls Ihr also vom neuen "Kleinanzeigen-Service" Gebrauch machen wollt, benutzt bitte beigefügten Vordruck.

Vielen Dank und herzliche Grüße,

Redaktion "umweltmagazin"



Für euch gelesen:

EMSLAND – DEUTSCHE ÖLKOLONIE

MEPPEN
August

Ein ID-Leser aus Meppen hat uns einen Artikel aus der "Meppener Tagespost", einem Ableger der "Neuen Osnabrücker Zeitung", geschickt; in ihm geht es um die Zukunft des Emslandes a la "deutscher Ölkolonie":

... Im Emsland, von dem im folgenden die Rede sein soll, gibt es keine Tradition des Widerstandes. Das Emsland liegt zwischen Rheine, Quakenbrück und Papenburg an der holländischen Grenze und ist seit der Kreisreform der größte BRD-Kreis. Es zählt im norddeutschen Raum zu den ökonomisch strukturell schwächsten Gebieten mit einer hohen Arbeitslosenquote. Hier ist eines der ersten Atomkraftwerke gebaut worden, das AKW Lingen. Ebenfalls in Lingen verseuchen die Chemischen Werke Bärlocher die Ems, nachdem sie in verschiedenen Städten wegen ihrer extremen Umweltverseuchung abgeblitzt sind. Bei Meppen befindet sich eine große Erprobungsstelle der Bundeswehr, in Sögel lagern – gerüchteweise – atomare Waffen amerikanischen Ursprungs. In den Städten erhält die CDU bei Wahlen mindestens 70 % der Stimmen, auf den Dörfern noch mehr. Entsprechend hoch im Kurs steht der Glaube an Gott und den sonntäglichen Kirchenbesuch. Auch der Bericht des Prof. Soyka über die Zunahme an Leukämieerkrankungen im Umkreis des AKW Lingen scheint heute vergessen (vor allem Dank der massiven Anti-Kampagne der hiesigen Gewerkschaften). Stattdessen werden in den nächsten Jahren zwei neue AKW's gebaut (in Lingen und Meppen).

Die einzige bekannt gewordene Form kollektiven Widerstandes zeigte sich vor der Inbetriebnahme des NATO-Flugplatzes Nordhorn – Range: manche mögen sich erinnern.

Das Emsland ist eine arme Region. Gleichzeitig ist sie die Region mit den größten Erdöl– und Erdgasvorkommen in Deutschland. Und dieser Widerspruch bewegte einen Lokalredakteur der "Meppener Tagespost", der hiesigen Monopol-Zeitung, in einem " Fazit der Woche" von der "Deutschen 'Ölkolonie' " zu sprechen. Was er, keinerlei linker Tendenz verdächtig, schreibt, stimmt mich nachdenklich. Das Emsland als Mitglied der OPEC? Was als ironische Überspitzung erscheint, ist vielleicht gar keine solche. Zumindest sollten wir das arrogante Gerede von der "Provinz" als Vorfeld der großen Städte einstellen. Und das Wort von der "ungleichzeitigen ökonomischen Entwicklung" mit der ideologischen Komponente des Hinterherhinkens vieler Regionen hinter dem "ökonomischen Standard" scheint mir ebenso suspekt.

Merke: Basken gibt es nicht nur in Spanien.

Deutsche „Ölkolonie"

Von Erhard Müller

Manchen Völkern Europas macht ihre koloniale Vergangenheit heute noch zu schaffen. Sie hätten nur an ihren Vorteil gedacht und ganze Regionen systematisch ausgeplündert, heißt es. Die Menschen, die Eingeborenen, seien ihnen gleichgültig gewesen. Obwohl ihre Heimat mit Bodenschätzen und Bodenfruchtbarkeit gesegnet ist, mußten sie ein jämmerliches Dasein fristen. Der Reichtum wanderte nach draußen und mehrte den Wohlstand der Mutterländer.

Diese Zeiten sind vorbei. In den Staaten, die einst von Europäern ausgebeutet wurden, sind Selbstbewußtsein und Wertbewußtsein erwacht. Die ehemaligen Kolonialherren müssen Umdenken lernen. Die deutschen brauchen es nicht, denn sie besitzen schon seit 60 Jahren keine Kolonien mehr. Wach geblieben ist anscheinend aber noch immer der Geist der Kolonialzeit. Nur sucht er sich jetzt seine Opfer im eigenen Land, zum Beispiel im Emsland.

Welchen Reichtum Erdöl und Erdgas darstellen, wird den Menschen erst heute richtig bewußt. Seit 30 Jahren fließt das Erdöl aus Deutschlands größten Feldern in die Raffinerien, und seit etwa 40 Jahren liefert das Emsland, die Grafschaft Bentheim eingeschlossen, jährlich Milliarden Kubikmeter Erdgas in das Ruhrgebiet. Das Emsland ist ein reiches Land, aber nur in den Büchern und Bilanzen der Erdölfirmen und des Staates, der den Förderzins kassiert. Der Raum selbst ist — im Vergleich zu anderen Regionen — arm geblieben, ein Entwicklungsland wie die ehemaligen Kolonien. Und er wird wie eine Kolonie ausgebeutet. Der natürliche Reichtum kommt nicht der einheimischen Bevölkerung zugute, sondern den großen Nutzen haben andere.

Sicher, Erdöl und Erdgas haben auch Arbeitsplätze und Steuerkraft ins Emsland gebracht, aber in Relation zu den Werten, die „exportiert" werden, sind diese Zahlen und die wirtschaftlichen Vorteile letzten Endes recht bescheiden. Und man darf auch nicht vergessen: Durch den „Export" von Emslandöl und Emslandgas werden in Ballungsgebieten Arbeitsplätze geschaffen und erhalten, die im Emsland selbst dringend gebraucht werden.

Und hat das Emsland etwa Standortvorteile durch das Erdöl? Das Ruhrgebiet ist auf der Kohle zu seiner heutigen Bedeutung gewachsen. Was aber wächst auf den Erdölfeldern des Emslandes? Und sind Benzin und Erdöl im Emsland etwa billiger als in Orten, in die sie über Hunderte von Kilometern transportiert werden müssen? Wer an einer Sol-, Thermal- oder Schwefelquelle sitzt, darf sie nutzen, wer an einer Ölquelle sitzt, darf dies nicht. Das sind „Heilquellen", an denen der heimischen Bevölkerung das Kuren verboten ist. Dafür dürfen die Gemeinden große Flächen, die sonst als wertvolles Bauland abgegeben werden könnten, von jeder Bebauung freihalten, und langwierige Verhandlungen sind nötig, wenn sich ein flächenmäßig erweitern will, auf der auch ein „Ölnicker" steht.

Nun wird der Förderzins, den die Erdölfirmen — die „Multis" — zahlen müssen, verdoppelt. Gute Aussichten also für das Emsland? — Mitnichten! Wer denkt denn schon an das Emsland, wenn vom Förderzins die Rede ist! Wird etwa der Bär gefragt, wenn sein Fell verteilt wird?

Fazit der Woche

Viele ehemalige Kolonialvölker sind durch Öl reich geworden. Wäre das Emsland seit 30 Jahren ein selbständiges Ölscheichtum und Mitglied der OPEC, könnte es längst Hauptaktionär von Mercedes und bevorzugter Kunde Schweizer Großbanken sein. Als deutsche „Erdölkolonie" ist es arm geblieben. Es muß weiter devot die Hand aufhalten, bitten und betteln, daß über dem Emslandplan ein Almosen von dem Reichtum abfällt, der durch Pipelines von hier anderen Räumen zufließt.

Es ist wie in der Kolonialzeit: Man braucht emsländisches Erdöl, man braucht emsländisches Erdgas, aber den Emsländer braucht man nicht. Das Land kassiert Förderzins von mehr als 100 Millionen DM jährlich, wenn aber in der Gemeinde mit den größten Erdölfeldern, in Twist, eine der miserabelsten Landesstraßen ausgebaut werden soll, so ziert man sich jahrzehntelang, dann fehlen die Mittel. Es war ein alter Grundsatz: In eine Kolonie investiert man nicht mehr, als zur Ausbeutung ihrer Reichtümer erforderlich ist. — Anscheinend müssen erst wieder Bürgerinitiativen kommen, die mit dem Abdrehen der Öl- und Gashähne drohen, ehe sich etwas ändert.

BUNDESTAGSWAHL
SOWOHL ALS AUCH BEI HESSENS GRÜNEN
VON DER GLH
– UND TROTZDEM EINIGKEIT

HANAU/Mittelbuchen
26. August

Die Bundestagswahl im Herbst 1980 steht bevor, die Zeit drängt – das ist keine übertriebene Aussage voller Hektik, sondern gilt für alle Gruppen und Leute, die sich an einer grünen/bunten/alternativen Kandidatur an diesen Wahlen beteiligen wollen. In jedem Bundesland müssen sich die verschiedenen Gruppierungen erst einmal inhaltlich einigen und auch dann auf Bundesebene zu einem Konsens kommen. Dazu dann noch die Formalitäten, angefangen von der Parteigründung, Kandidatenrummel, Unterschriftensammelei, usw. In Hessen werden sich wohl an diesem Spiel die GLH, die GLU, GAZ die AUD und regionale Zusammenschlüsse beteiligen. Am Sonntag trafen sich in Hanau-Mittelbuchen rund 60 GLHler auf der Mitgliederversammlung der GLH. Am Sonntag, den 26. August fand eine GLH-Mitglieder-Versammlung zum Thema 'Bundestagswahlen' statt.

Rund 60 Leute aus 12 Wahlkreisgruppen (darunter auch 'Einzelkämpfer') waren erschienen. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken warfen ein Schlaglicht auf die Lage der Grünen in Hessen nach den je knapp über 1 % von GLH und GAZ bei den Landtagswahlen und den über 3 % bei den Europawahlen für die Grünen. Einige GLH-Gruppen sind zerfallen (Kassel, Darmstadt), andere beteiligen sich an den Kommunalwahlen (Giessen), wieder andere arbeiten an der Aufdeckung von Umweltskandalen (Hanau), initiieren Recycling-Aktionen (Hanau-Land) oder setzen sich mit dem Schwulsein auseinander. Recht aktive Gruppen gibt es auch noch in Bensheim, Butzbach und Frankfurt (natürlich).

Im Verlauf der anschließenden Diskussion gelang es, die zuerst unvereinbar scheinenden Standpunkte in Hinblick auf die Bundestagskandidatur in Einklang zu bringen. Die einen traten pragmatisch für eine Kandidatur auf jeden Fall ein. Zu den Wahlen würde eine wie auch immer geartete grüne Gruppierung sowieso auftreten, warum solle man sich da nicht beteiligen. Zudem solle man sich nicht von der vordergründigen Anti-Strauß-Koalition der SPD/FDP vereinnahmen lassen, denn unter wessen Regierung haben wir die Einführung der Berufsverbote und Kontaktsperre erlebt? Und: zu so einem Ereignis wie den Bundestagswahlen können wir uns doch nicht als Linke in Lethargie üben und in den Schmollwinkel zurückziehen. Die anderen stellten die Möglichkeit einer 'Basis'-Kandidatur auf Bundesebene überhaupt in Frage, bevor nicht das grüne/bunte/alternative Netz in Kommunalvertretungen enger geknüpft sei. Zudem komme jetzt die Polarisierung der beiden 'starken' Männer Schmidt und Strauß hinzu. Da würden dann wieder nur Prozentteile abfallen und der Enthusiasmus würde auf den Nullpunkt sinken. Außerdem stünden in Hessen ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen die Kommunalwahlen vor der Tür – und da brauche man alle Energie. In vielen Orten und Regionen sei die Chance groß, in die Kommunalvertretungen einzuziehen (u.a. in Frankfurt). Doch es gelang, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Neben der verabschiedeten Resolution (weiter unten abgedruckt) wurden folgende Punkte klar: Die Gesprächsbereitschaft gegenüber den anderen Gruppierungen bedeutet nicht, daß die wesentlichen Grundsätze der GLH in Frage gestellt werden. Nur unter der Bedingung, daß sich eine sowohl radikal-ökologische als auch radikal-demokratische Position bei gleichzeitiger Ablehnung von reiner STellvertreterpolitik und irgendwelchen personellen Unvereinbarkeitsbeschlüssen durchsetzen kann, ist die GLH zu einer Beteiligung an der Kandidatur bereit. Entsprechend sollen keine alten Feindbilder gegenüber GAZ und GLU wieder aufgewärmt werden und auch die bisherige GLH-Plattform birgt keine Tabus. Zur Atmosphäre auf dem Treffen: der große Überschwang war nicht da, vielleicht entwickelt er sich ja noch. Persönliches 'Anmachen' beschränkte sich auf wenige Ausnahmen (eines der Opfer: ein ehemaliger GLHler, der nach der Hessenwahl 'abtrünnig' wurde, jetzt im GLU-Landesvorstand für die Koordinierung mit der GLH zuständig ist).

Die GLH wird in nächster Zukunft auch 'gemeinnützig'. Die Spenden lassen sich dann auch steuerlich berücksichtigen.

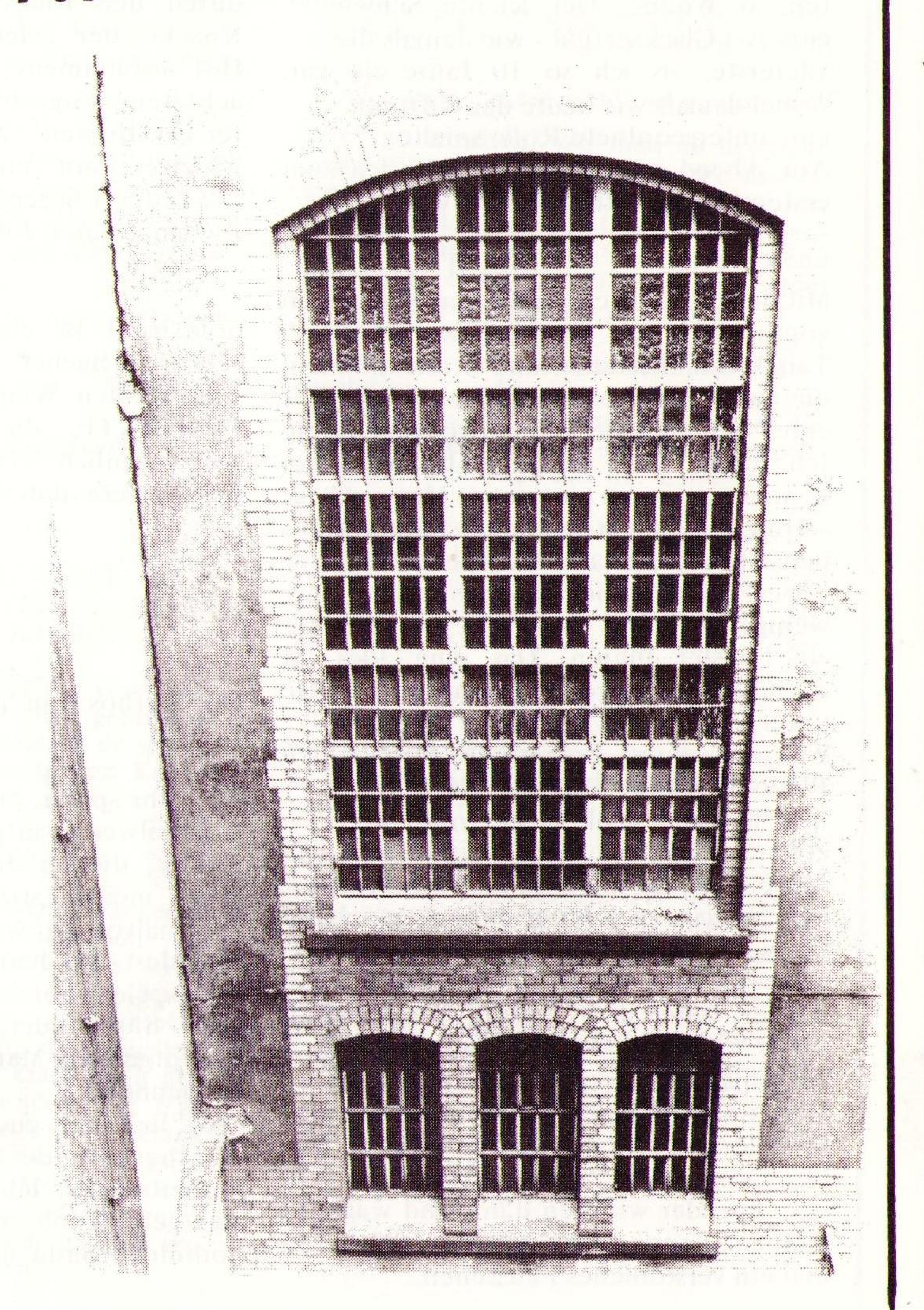
GLH-Konto: Frankfurter Volksbank EG, Konto-Nr. 37250-1

Vor den Anfang November stattfindenden öffentlichen Gesprächen mit den anderen Gruppierungen findet aber erst einmal am 21. Oktober eine erneute Mitgliederversammlung der GLH statt. Dort sollen über den jetzigen Tendenzbeschluß hinaus, vereinheitlichte Standpunkte festgelegt werden.

P.S. Na endlich! Nach all den mehr oder minder anonymen Hallen und Gasthöfen fand diese Versammlung dem GLH-Anspruch statt. Die Gaststätte 'Zur Krone' ist über 3oo Jahre alt, ein Fachwerkbau, die Gastwirte/innen stammen aus dem Akademierproletariat (arbeitslose Lehrer, Studenten). Eine Baugesellschaft will an Stelle der Kneipe einen Supermarkt bauen. Das Dorf und die Wirtsleute wehren sich. Die Presse berichtet über den Widerstand. Und zu guter letzt das Wichtigste: die Preise sind wohl fast nirgends niedriger: Tasse Kaffee, DM 1,--, Apfelwein 0,95 und Bier 0,95.

Kontaktadressen: Manfred Zierhahn. Neuhofstr. 42, 6 Frankfurt 1, 0611-599270
Jens Mathaes, Bad Sodener 19, 6486 Brachttal 5, 06054-5886

knast.....



KNOFO ÜBER PARANOIA,ISOLATION UND DIE NIEDEREN STÄNDE

1.Solidarität

I

"Eh, du, Nr.7 bist woll eina von die terroristen, wa?"
"Äh, ja, det heißt, nö, eigentlich nicht... ick, hmm...eha det jejenteil..."
"Ich hab dat allet im Radio jehört. Is ja doll, watse mit euch machen. Brauchste was zu rauchen?"
Als mich der unsichtbare Bruder das damals in Ossendorf fragte war ich frisch gebusted, seit ein paar Wochen in Totalisolation, hatte meine erste (sehr einseitige) Schlägerei mit den Grünen gerade hinter mir, hatte noch keinen Anwalt gesehen, noch keinen Besuch, keine Knete, kein nichts und war gerade dabei, meine Fingernägel bis zu den Ellenbogen abzufressen.
Und ob ich was zu rauchen wollte!
War nur das Problem mit dem extra Fliegengitter vor meinen Zellenfenster. Maschengröße ca. 1 Quadratmillimeter. Kein wirkliches Problem: während des wöchentlichen Duschens (das für mich einzeln unter Extra-Bewachung stattfand) sollte ich in das Klo des Duschraumes gehen und hinter dem linken Becken... alles klar!?
Die erste Zigarette nach langer Zeit war wie Engelsposaunen und Teufelstrompeten, o Wonne. Der leichte Schwindel eine Art Glücksgefühl - wie damals die allererste, als ich so 10 Jahre alt war. Wobei damals wie heute das Gift nur eine untergeordnete Rolle spielte.
Am Abend jenes Tages weinte ich zum ersten Mal, seit ich im Knast war.

II

Mit herrlicher Regelmäßigkeit erhielt ich von nun an alle Wochen zwei "Koffer" Tabak mit Blättchen und Streichhölzern, die wegen allgemeiner Knappheit mit einer Rasierklinge geteilt worden waren. Ich lernte auch meine Wohltäter näher kennen; es waren eine ganze Menge. Zwar waren die Zellen um mich herum sämtlichst unbelegt, mit genügend Vorsicht ließen sich jedoch abends mehr oder weniger gebrüllte Gespräche von Fenster zu Fenster führen. Das ging alles im abendlichen Palaver, miauen und Gesinge unter.
Während ihrer Freistunde konnte ich meine Brüder auch vom Fenster aus sehen, heimlich winke-winke machen: etwa Conny, den Berufseinbrecher (29 Jahre jung, davon 10 im Knast verbracht), der am ganzen Körper äußerst geschickt tätowiert war. Ein wandelndes Kunstwerk. Oder Stanislaw, den jugoslawischen Ringer, neben dem Tarzan wie ein Schuljunge wirken würde. Stan saß wegen Tatschlags.
Meine wöchentliche Tabakration war eine Spende von vielen; Conny und Stan hatten kaum genug für sich selbst. Die anderen Spender winkten dann und wann zu meinem Fenster und zeigten auch schon mal ein verstohlenes Fäustchen.

III

Endlich Dienstag, duschen! Rein ins Klo, ein Griff – SCHEISSE – kein Tabak. Auf dem Weg zurück zur Zelle zeigt mir ein Büttel freudestrahlend seine Beute: "Sie haben wohl das hier gesucht, wie?Hähä." "%=&%§&%§=&§%!" fiel mir darauf nur ein.
Abends am Fenster erzählt mir Conny vom ZINKER, der sich wohl irgendwelche Vorteile davon versprochen hatte,die Tabaksolidarität zu verpfeifen.
Am nächsten Tag war Fußball im Hof vor meinem Fenster. Etliche der Brüder machten verschwörerische Zeichen, taten geheimnisvoll und grinsten in meine Richtung.
Der Ball kullerte langsam vor mein Fenster, ein Knacki rannte hinterher, hinter ihm zwei weitere. Er erreichte den Ball und ZACK! fing er sich einen mörderischen Tritt in die Weichteile. "Oh, Tschuldigung, tut mir leid..."Conny nahm den Ball, um einen Einwurf zu machen und zischte mir über die Schulter zu: Der Zinker!Wir machen Kino mit ihm, paß auf!"
Bei Schluß des Spiels war der Film für den Zinker zuende: er war Dutzende Male schwer 'gefoult' worden - von vielen - und hinkte vom Hof, mit blutenden Schienbeinen, eine Hand auf die schmerzende Seite gepreßt.
Mein Tabak wurde in den nächsten Wochen bis ich endlich eingekauft hatte – durch den Fliegendraht gezaubert: ein Knacki, der jeden Tag die Abfälle im Hof aufsammelte, schob mir in unbeobachteten Augenblicken Dutzende von fertiggedrehten Zigaretten durch ein winziges, mit einem Bleistift in eine Ecke des Fliegengitters gebohrtes Loch. Zweimal waren Joints dabei.

IV

Solidarität ist ein Erfahrungswert. Alle schlauen Bücher über das "Phänomen" sind in den Wind geschrieben. Es gibt INSTINKTE, die sind vom Bewußt Sein ziemlich weit entfernt. Die zeigen den Niggern, daß ihnen nur eines hilft.

2.Zum letzten Mal:
Der Mythos vom 'politischen Gefangenen'

I

Ein Jahr später, in Bad Beton, wurde die Iso teilweise aufgehoben und ich traf Brüder, die anfangs ein wenig erstaunt über meine strikte Forderung nach 'Normalvollzug' waren.
"Würdest du denn nicht lieber nur mit deinen Genossen zusammensein? "
Mein Blutsbruder, mein Trieb-,Tat- und Kampfgenosse Manne z.B. fehlt mir sehr, ja. Dennoch:
"Nö, lieba mit euch, keene Extrawürste."
"Vorher war der und der in deiner (Sicherheits)Zelle. Ich hab den mal am Fenster gefragt, ob er nicht gerne mal rauskommen würde um mit uns zu klönen, Tischtennis zu spielen und so. Muß doch Scheiße sein, immer so alleine, kein'mit dem man reden kann und so. Sagte der zu mir:'Nein, ich bin ein politischer Gefangener, ein Kriegsgefangener. Ihr seid Kriminelle, ich habe mit euch nichts zu tun.Wir kämpfen für die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen und Anerkennung durch die Genfer Konvention'.Naja, der war ja auch was Besseres, studiert und so, der hätte sich mit uns ja wahrscheinlich sowieso nicht unterhalten können."
Nachdem die Adern an meinem Hals wieder ihren normalen Durchmesser erreicht hatten, erklärte ich dem Bruder, was "interaktionsfähige Gruppen" sind, was die "Genfer Konventionen" bedeuten etc. Und daß das nicht meine Forderungen wären. Und daß es mir einen verdammten Spaß machten täte, mit ihm und den anderen zu klönen, Tischtennis zu spielen und ab und an mal einen Durchzuflattern. Kurz: daß ich a jolly good time mit ihnen hätte.

II

Über ein anderes Opfer des Genfer Syndroms, das im gleichen Knast war (auch ein Mitglied der akademischen Guerilla), hörte ich Folgendes: seine Iso war aufgehoben worden , und er durfte andere Knackis treffen. Nach ein paar Wochen lehnte er die normale Hofstunde und Freizeit ab und verlangte anstelledessen ausschließlich Umschluß mit einem anderen Mitglied seiner Bande, das im gleichen Knast war: er würde bitte anschnallen mit den gewöhnlichen Knackis nicht klarkommen.

Der "Volksbefreier" kommt mit dem Volk nicht klar. Mir wird übel.

EXKURS

Ich bin ein Mitglied der niederen Stände, ein kämpfender Prolet wenn auch der viel liest und lernt. Der Schmerz tief in mir, der mich kämpfen macht, entstand nicht durch Hochglanzfotos von hungernden Biafranern, sondern durch meinen eigenen Knurrenden Magen; durch das Elend in meiner Straße, in meinem Bezirk, in meiner direkten Umgebung. Mein Ekel ist kein Produkt des übermäßigen Kaviargenusses; mein Ekel wird durch Werbefernsehen, saufende Väter, totgeschlagene Kinder, Pubertierende auf Heroin und Ratten in den Mülltonnen genährt.
Das, was mit dem oftmals fürchterlich mißbrauchten Wort "Anti-Imperialismus" bezeichnet wird, kam ganz von selber, als logisches Resultat des Stöberns in der Geschichte, des allgemeinen Lernprozesses. Und aktuell: die GI's in Westberlin, die gerade aus 'NAM' zurückwaren und für einen halben Meter 'Ätsch' ein M-16 nebst Zubehör anboten. 20 Jährige mit Greisengesichtern, für die wir die kontrollfreie Schlafwagenroute nach Stockhom via Trelleborg entdeckten.

3. ES GIBT KEINE UNPOLITISCHEN GEFANGENEN

ALLE, die mit den herrschenden Gesetzen in Konflikt geraten und eingesperrt werden, sind Gefangene der politischen Verhältnisse, sind Kriegsgefangene des Krieges von Staat und Kapital gegen den Menschen. Das beinhaltet Zuhälter, Totschläger, Betrüger, Penner, Schizofrene, Giftmörder und – Stadtguerilleros.

Sicher besteht da schon ein Unterschied, ob du nun über eine Bank rüberfällst, um dir mit der eroberten Knete ein paar Monate high life in Mexico zu machen, oder ob du den Zaster zur – na sagen wir mal: Finanzierung einer Art revolutionären Krieges oder sowas verwendest. Ein Unterschied in der Motivation auf alle Fälle...Und ich verwahre mich schwer dagegen, mit jedem Eierdieb, Körperverletzer oder säumigen Unterhaltszahler über einen Kamm geschoren zu werden. Das akzeptieren auch alle Knackis, die ich bis jetzt getroffen habe, ohne Widerspruch. Sie achten mich sogar besonders für meine Motive, die mich in den Knast brachten. Wahrscheinlich, weil sie merken, daß ich trotzdem nix "Besseres" bin, auch nurn Prolet, Knacki unter Knackis, aber mit ner Menge zu vermitteln. Ich werde deswegen sogar ganz konkret angezapft. Ohne daß aber daraus irgendeine Sonderstellung entsteht: der Lernprozeß ist nämlich ein gegenseitiger.

II

Alle, die im Knast sind, haben mehr oder weniger Bewußt das Gleiche getan: sie haben sich geweigert, Mehrwert zu schaffen und Eigentum zu achten. AUS DER VERSCHIEDENHEIT DER MOTIVATION ZUM VERSTOSS GEGEN GESETZE KANN SICH KEINERLEI STATUSUNTERSCHIED ERGEBEN. Die Unterscheidung in "politische" und "kriminelle" Gefangene ist arrogant und objektiv falsch. Sich von denen, die zu Straftaten gleich welcher Art aufgrund der herrschenden Verhältnisse mehr oder weniger gezwungen werden, zu distanzieren, heißt, mit gespaltener Zunge zu reden. Es bedeutet de facto die Akzeptierung der Klassenjustiz.

Kriminell sind ALLE, die gegen die herrschenden Gesetze verstoßen. Stadtguerilleros sind BEWUSSTE Krimielle.

III

Abgesehen davon, daß die Forderung nach Anerkennung als Kriegsgefangene gemäß den Genfer Konventionen überflüssig und unsinnig ist (s.o.), glänzt sie auch durch ihre juristische Unmöglichkeit: denn auch nach dem Zusatzprotokoll von 1977 wird ein Kombattantenstatus nur unter Bedingungen gewährt, die bewaffnete Gruppen in Europa nicht erfüllen können und wollen: offenes Tragen der Waffen, Kennzeichnung der etc.

Und wer glaubt an den Weihnachtsmann: daß die Herrschenden tatsächlich den Kriegszustand, vielleicht auch noch politisch und juristisch legalisieren sollen, wie? Guten Morgen.

Aber egal, als Anarchist scheiße ich sowieso auf solche juristischen Formalien. Und Widerstand mit dem Segen der Machthaber versehen ist einfach zu blödsinnig. Das "Völkerrecht" ist eine Propagandalüge der Walt Disney Fun Productions.

4. Krieg an vielen Fronten

I

Der Knast ist nichts weiter als ein Spiegelbild dieser verrotteten Gesellschaft en miniature – mit verstärkter Repression allerdings. Euer Kampf gegen Neckermann, Bild und Schießer – unser Kampf gegen Bunker, Zensur und Schließer. Gleicher Knast, kleiner Knast – zwei Seiten des Kampfes gegen das gleiche globale Zuchthaussystem: Familie, Schule, Fabrik.

Nur zu logisch, daß alle, die ausklinken, die nicht mehr mitspielen wollen oder können und für alle, die Widerstand leisten die Kette angezogen wird: Gefängnis, Irrenhaus, Heim. Ihr da draußen, wir hier drinnen – zwei Seiten des gleichen Kampfes. Dieser Kampf kann im Knast nicht aufhören, im Gegenteil: eine neue Front.

II

Draußen wie drinnen gibt es bewußte Menschen. Sogenannte politische Individuen, die durchblicken und verändern wollen; die nicht länger Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein wollen. Manche kämpfen. Viele beginnen sich zu wehren.

Draußen wie drinnen gibt es Zombies. Unbewußte Menschen, die sich dumpf treiben lassen, getrieben werden: Schlacht- und Arbeitsvieh, das unwissend gehalten wird, Opfer und Täter: Handlanger und echte Schweine.

Ich habe Verständnis für Verzweiflungsmördern.

Ich empfinde Mitleid mit "Kinderfikkern".

Ich verachte Bullen und Zuhälter.

5. AUCH ZUM LETZTEN MAL: WARUM ICH EIN ERBITTERTER GEGNER DER MINI-KZs BIN

Die forderung nach bildung von interaktionsfähigen gruppen für gefangene kleinkrieger und konzentration derselben in einzelnen knästen könnte von Kitson himself stammen.

I. Spaltung

Die politisch motivierten gefangenen sind eine minderheit. Isolation ist schlimm, sehr schlimm (ich habe selbst über ein jahr in vollquarantäne verbracht). Die gefangenen widerständler sind aber bei weitem nicht die einzigen, die isoliert werden. Welcher liberale kräht nach den hunderten oder gar tausenden von NAMENLOSEN, die monate- und jahrelang in totaliso sitzen, deren leben ohne publikum und presse gestohlen werden? Welcher Böll oder Biermann unterschreibt die petition gegen die folter an den unzähligen sozialen gefangenen?

II. Lebensgefahr

Ohne kleingruppeniso hätte es die stammheimer toten VIELLEICHT nicht gegeben, hätte Ingrid in Stadelheim VIELLEICHT nicht zu sterben brauchen, wäre Ulrike VIELLEICHT noch am leben...

Stellt euch vor:

Die superterroristen in superpolitknästen. Beton und beton; hubschrauber, panzer, stacheldrahtsperren, todeszonen mit selbstschußapparaten, minenfelder, schußfeld garantiert 100 m.

Und stellt euch weiter vor: Solche ein superknast explodiert durch ein unglück mit all dem von den terroranwälten eingeschmuggelten sprengstoff . . . oder er brennt ab. . . oder es findet eine bewaffnete revolte statt, die durch die GSG-9 „befriedet" wird. . . oder ein mysteriöser „massenselbstmord"...

III. Horizont

Mal angenommen, der Dellwo-Kassiber mit der irrsinnigen aufforderung an die genossen, durch sprengstoffanschläge auf knäste die zusammenlegung in (ausgerechnet!) Stammheim, Ossendorf und Lübeck zu erreichen (warum übrigens nicht in Ausschwitz oder Bergen-Belsen?), existiert tatsächlich...

Mal angenommen, Ulrike wäre wirklich UNTER ANDEREM durch die rigide Politik der anderen selbstgemordet worden und die briefe, die das Röhl-schwein veröffentlicht hat, wären also echt...

Aber auch wenn das alles nicht stimmt, wären solche finsteren geschichten eine logische konsequenz der superbewachten und superisolierten mini-KZs.

Wo man „unter sich" wäre, um „politik" zu machen. Wo man so herrliche und politisch scharfsinnige sachen ausbrüten könnte, wie etwa Lufthansa-jets mit Mallorca-urlaubern zu klauen. Oder attentate auf führende Zombies – auch wenn dabei mal eben ein dutzend mehr oder weniger unbeteiligte ins gras beißen.

Zwischenbemerkung: der gerechtigkeit halber – und damit wir uns nicht falsch verstehen – sollte hier nicht unerwähnt bleiben, daß sich Andreas B. gegen die brutalität der Schleyer-räuber ausgesprochen und die sache mit der Landshut abgelehnt hat. So stands jedenfalls in der dokumentation der Bunten Regierung...

Weiter: Die gefangene kleingruppe (allerdings nicht nur die gefangene. ..) ist einer eigendynamik unterworfen, der sie sich nicht entziehen kann. Der kontakt zur bewegung (was immer das nun sein mag) geht zwangsläufig stiften, wird auf „praktisches" reduziert. Kritik schadet der mühsam zusammengehaltenen ‚Identität' und wird deshalb abgeschmettert; kritische genossen werden als bullen denunziert: wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Schwarz und weiß, dazwischen nichts. Der trennungsstrich der guten alten oma Mao wird schließlich so nahe am eignen fell gezogen, daß man selbst zur ‚bewegung' wird – und sonst niemand. Die isolierte kleingruppe fällt früher oder später GEZWUNGENERMASSEN aus dem politischen kontext, verliert ihren bezug zur realität, eine diskussion findet nicht mehr statt. Ade politik, eine neue irrenhausfiliale ist eröffnet, AMEN. MINI-KZS POTENZIEREN DIE KNASTISO ZUR POLITISO!

IV

Unsere forderungen können nur sein: AUSNAHMSLOSE eingliederung gefangengenommener widerstandskämpfer in den normalen untersuchungshaft- bzw. strafhaftvollzug.

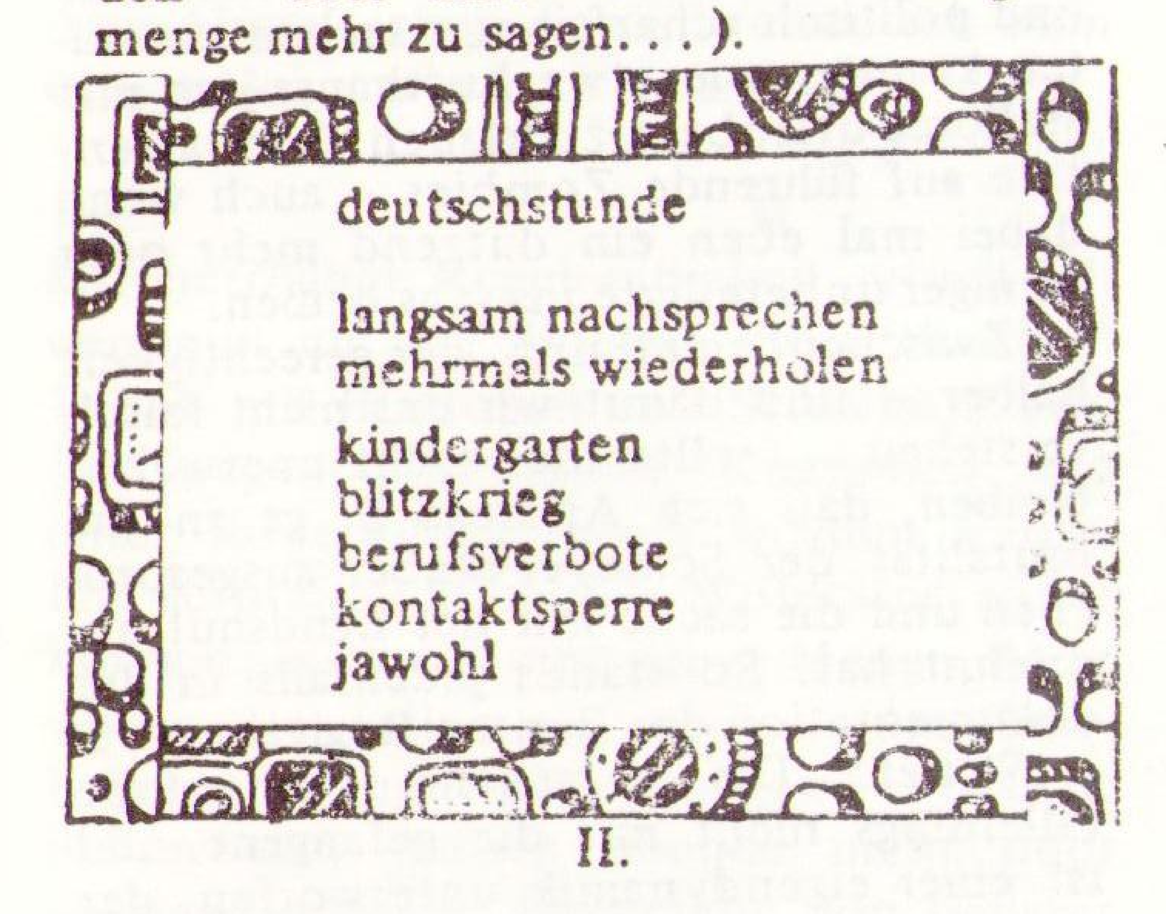
ABSCHAFFUNG VON ISOLATION FÜR ALLE GEFANGENEN! WEG MIT JEDER FORM VON „SONDERBEHANDLUNG" FÜR „SPEZIELLE" GEFANGENE!

Das sind die berechtigten forderungen, DIE NUR EIN ANFANG SEIN KÖNNEN, um das leben der gefangenen zu retten, um weitere Stadelheims und Stammheims zu verhindern – um DEM tod in den knästen ÜBERHAUPT einhalt zu gebieten.

6. COUNTER-COUNTER

I.

Ohne zweifel mischen in- und ausländische geheimdienste und sonstige gehirnwaschagenturen bei der festlegung der haftbedingungen für eine gewisse klientel mit. Ohne zweifel geschehen in diesem zusammenhang dinge, die sich naive zeitgenossen kaum vorstellen können („. . . das gibts doch garnich!. . . das ist doch garnich zulässig. . . "etc.): für die tatsache, daß z.b. so gut wie alle briefe gefangener widerständler zwecks auswertung in Herolds spielschule fotokopiert werden, gibt es mittlerweile sogar beweise (staunste, was?). Und daß der tote trakt in z.b. Ossendorf kein zufallsprodukt ist, dürfte auch klar sein. Diese auszählung ließe sich noch eine hübsche ecke weit fortsetzen. Das ist eines der wenigen gebiete, auf dem die herrschenden sowas wie phantasie entwickeln (wozu sie übrigens oft genug durch uns selbst inspiriert werden – aber dazu wäre noch eine ganze menge mehr zu sagen. . .).



II.

Paranoia ist eine infektionskrankheit: das macht sie so gefährlich.

Vieles von dem, was einige unserer genoss(inn)en als üble Counterpraktik enttarnt zu haben glauben, ist in wirklichkeit nichts weiter als ausdruck eines krankheitszustandes: der paranoia der herrschenden. Eine krankheit, deren symptome in unserem land einen besonderen ausdruck finden: Überreaktion.

Ich hatte mittlerweile 21 monate lang ausgiebige gelegenheit zu praktischen feldstudien, mit mir selbst als versuchsperson, sozusagen (immer im dienste des volkes, he, he) und weiß, wovon ich rede. Also kein voreiliges geschrei jetzt, bitteschön.

Natürlich sind alle „besonderen maßnahmen" – besonders im knast – überaus lästig. Sie sind zum größten teil überflüssig und damit unsinnig, fast immer lächerlich, oft schädlich, mitunter tötlich. Bei näherer betrachtung jedoch entpuppen sie sich meistens nicht als teile eines finsteren plans einer ominösen geheimdienstinternationale zur jenseitsbegefangenen, sondern als schlichte ausflipps, überreaktionen, anfälle von verfolgungswahn, übertriebene versuche zur psychischen brechung des delinquenten – nicht zu vergessen die „privatvergnügen" einzelner pathologischer handlanger-Zombies. . . Manchmal handelt es sich auch um kleine monster: anachronistische relikte einer längst totgeglaubten zeit. . .

Eigentlich alles logische produkte einer jeden bürokratie, die sich anmaßt, lebendige menschen zu verwalten, zu „verwahren" etc, weltweit – besonders typisch aber leider für dieses land: die sogenannte DEUTSCHE GRÜNDLICHKEIT (die sogar in punkto völkermord bislang von keinem anderen land übertroffen wurde).

III.

Ein genosse beschwert sich in einem brief an den ID, folter durch desorientierung: mein zellenradio wird manchmal in den nachrichten abgedreht, oft wird stundenlang abgestellt etc.

Ich war zur gleichen zeit im gleichen knast und wußte etwas, was diesem genossen anscheinend nicht bekannt war – was er aber als üblen countertrick entlarvt zu haben glaubte: das radio im GANZEN knast wurde zu bestimmten tageszeiten abgestellt; es wurden pausen gemacht (vormittags und nachmittags jeweils einige stunden, auch immer während irgendwelcher gottesdienste). Oft genug wurde mitten in den nachrichten abgestellt. die zeittabellen für diesen schwachsinn hingen in den anschlagkästen. ALLE knackis haben sich schon grün und blau darüber geärgert.

Dies nur als EIN beispiel, verstehste, was ich meine. . ?!?

IV.

Eine logische folge der isolation (und wohl auch ihr eigentlicher sinn) ist desorientierung – in JEDER beziehung, also auch in paranoider hinsicht. Mit sicherheit die gleiche wirkung hat die kleingruppenisolation, wenn auch mit verzögerung. Aber es ist eben nicht alles counter, was stinkt. Und wir sollten höllisch aufpassen, nicht hinter jeder (wenn auch noch so subtil wirkenden) schikane gleich geheimdienste am werk zu sehen; ein opfer der PARANOIA zu werden. Wir müssen vielmehr versuchen, auch finsterste angriffe auf unser leben, auf unsere gesundheit, COOL zu betrachten – auch wenn sich das wesentlich einfacher anhört, als es ist. . . – und uns dann ADÄQUAT wehren.

Nicht wenig horror und terror wird erst durch gegenseitig bedingten ausflipp, durch FALSCHE REAKTION zur echten gefahr. Denn eine paranoia nährt sich von einer anderen (ein im londoner exil lebender berühmter westgermane würde das DIALEKTIK nennen, remember?)

V.

Trotz der erkenntnis, daß viele schikanen und gemeinheiten des knastes lediglich ausdruck einer enormen dummheit, ignoranz, menschenverachtung – aber auch schwachsinniger hilflosigkeit – sind, sollte der fakt, daß besonders eine gewisse klientel immer den vollen becher zu saufen bekommt, deutlich machen, daß nicht alles „blosser zufall" ist. . . sich „irgendwie ergibt". . . Und schließlich killt die summe der kleinen schweinereien und gemeinheiten genauso wie eine große. Wobei es mir scheißegal ist, ob mein TOD kaltes kalkül oder eine „bedauerliche folgeerscheinung" des allgemeinen

&. AMNESTIE? NIE!

I.

Amnestie bedeutet befriedigung mit bonbons. Der zerfall unserer revolte ende der sechziger wurde u.a. durch das damalige „straffreiheitsgesetz" eingeläutet (für demo-delikte). Die rückkehr all der feierabendrebellen in ihre „gesicherten verhältnisse" auf der einen seite und der drop out der anal-fraktion in richtung sektenunwesen auf der anderen Seite waren die logischen konsequenzen.

Oder brandaktuell: die gelungene spaltung der spanischen gefangenenbewegung durch die amnestie für politisch motivierte knackis im sommer 78.

II.

Die forderung nach amnestie für die politisch motivierten gefangenen ist feige, unaufrichtig, reaktionär und unrealistisch noch dazu.

FEIGE, weil sie als remiszenz an die siebte generation der RAF gedacht ist – die mittlerweile (wohl nicht zu unrecht) auch von teilen der linken gefürchtet wird.

UNAUFRICHTIG, weil die studierlinke damit ihr schlechtes gewissen gegenüber den gefangenen genossen beruhigen will. Weil damit die alte neue diskussion über sinn oder unsinn des bewaffneten kampfes, über möglichkeiten des bewaffneten widerstandes überhaupt, sauber ins jenseits befördert werden könnte. Weil das alles soooviel einfacher machen würde: keine lästigen anti-folterkomitees mehr, denen man eventuell aus „solidarität" beitreten müßte. Keine probleme mehr mit dem leidigen thema knast überhaupt – DER VERDAMMT NOCHMAL ZWAR ERST DURCH DIE POLITKNACKIS INS BEWUSSTSEIN der LINKEN GEHÄMMERT WURDE (ENDLICH!), DER ABER EINE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE REALITÄT IST, DIE ES SCHON VIEL ZU LANGE GIBT UND SOLANGE GEBEN WIRD, BIS DIE MAUERN EINGERISSEN UND DIE MENSCHEN BEFREIT SIND!

Der knast als front von vielen würde wieder von der tagesordnung verschwinden.

Deshalb ist die forderung nach amnestie für die politisch gmotivierten gefangenen REAKTIONÄR.

Und UNREALISTISCH, weil die herrschenden – dumm sind. . .

III. und letztens

ICH WILL KEINE AMNESTIE! Warum sollten wir uns mit erbsensuppe zufriedengeben, wenn uns der sinn nach schweinebraten steht?

Ich fordere:
LEBENSLÄNGLICH FÜR REVOLUTIONÄRE UND FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!

Remember: Wir sind für euch drinnen – ihr seid für uns draußen.

FREIHEIT FÜR ALLE UND ALLES

Knofo

Nächste Prozeßtermine:

Immer montags und dienstags, 9.30 h,

in Düsseldorf, Tannenstr. (Lippe-Haus),

personalien



"SOVIEL, meine Herren, sind VIERZIG GRAMM", lächelt Rudolf Augstein (Foto) vor dem erlauchten Kreis seiner Verlegerkollegen in der obersten Etage der ID-Direktion Frankfurt, Hamburger Allee 45, und fachmännisch fügt er hinzu : "Büchersendungen bis zu 100 gramm sind mit einer 40-Pfennig-Briefmarke freizumachen." Insh'allah.

PROZESS GEGEN DIE FANTASIA-DRUCKER

Stuttgart
3. September

Im Stammheimer Mehrzweckgebäude beginnt am 10. September der Prozeß gegen drei Leute aus dem Fantasia-Druckkollektiv, Doris Braune, Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage, und zwei Frauen vom Internationalen Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK), Dorit Brücher und Birgid Rauth. Vorgeworfen werden den fünf Leuten Vergehen nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), § 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und § 90a (Verunglimpfung des Staates). Dazu gibt es einen Aufruf, indem es heißt:

"Wir als Unterzeichner dieses Aufrufes wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir es nicht hinnehmen wollen, daß hier zum einen eine für die Stuttgarter Linke wichtige Druckerei kaputtgemacht werden soll. Für Alternativzeitungen, Bürgerinitiativen und andere politische Gruppen ohne eigene Druckgelegenheit muß die Möglichkeit bestehen bleiben, ihre Sachen unzensiert drucken zu lassen.
Zum anderen wenden wir uns dagegen, daß uns im Rahmen der Sympathisantenhetze das Recht auf freie Meinungsäußerung mit den §§ 88a und 129a auf derart schwerwiegende Weise unterdrückt wird. Mit diesen Paragraphen ist es nicht nur möglich, jeden Widerstand gegen dieses politische System zu kriminalisieren (Schließung von linken Buchläden, Beschlagnahmungen von Stadtzeitungen), die Anwendung des §129a zieht auch von vorneherein für den Gefangenen einen völlig anderen Haftstatus nach sich (jahrelange Untersuchungshaft ist möglich, ohne daß Flucht- oder Verdunkleungsgefahr nachgewiesen werden muß, Verurteilung ist möglich, ohne eine Tat nachzuweisen, Kontaktsperre, Trennscheibe, Behinderung der Verteidigung).
Dagegen wehren wir uns. Wir fordern das Recht, sich für die politischen Gefangenen einzusetzen und für sie die Öffentlichkeitsarbeit zu machen, so wie es die Fantasia-Druckerei und das IVK gemacht haben.
Wir fordern weiterhin das Recht, über die Standpunkte der politischen Gefangenen und ihre Erklärungen zu diskutieren. Information zur Situation der Gefangenen im Knast (Isolationshaft) und zu den Reaktionen des Staates (Todesschuß) müssen weiterhin gedruckt und verbreitet werden können.
Deshalb fordern wir: Die sofortige Einstellung des Prozesses!
Die Freilassung von Doris, Dorit, Birgid!
Begleitet wird diese Einschränkung unserer Recht durch eine massive Behinderung der Verteidigung in politischen Prozessen. Dies zeigt sich auch hier: Neben den vom Gericht bestellten Zwangsanwälten haben die fünf Angeklagten nur jeweils einen vom gericht bekannten Vertrauensanwalt. Die Verpflichtung der Zwangsanwälte macht es dem Gericht möglich, die Verhandlungstermine so festzulegen, daß einer der Vertrauensanwälte beim Prozeß nicht regelmäßig anwesend sein kann.
Unsere Minimalforderung lautet deshalb: Sofortige Entpflichtung des Zwangsanwälte, an deren Stelle die Verpflichtung der zwei Vertrauesnanwälte der Angeklagten!
Eine Terminierung, die es den Vertrauensanwälten ermöglicht, regelmäßig am Prozeß teilzunehmen!
Es können Telegramme oder Protestschreiben an die Richterin geschickt werden:
Ober landesgericht, Richterin Schlüter, Urbanstr. 18, 7 Stuttgart 1
Der Prozeß beginnt am 10. 9. 79 im Stammheimer Mehrzweckgebäude, weitere Termine: 12., 14., 17. September.
Außerdem können Flugblätter und Aufrufe mit Unterschriften bestellt werden.
Kontakt: Fantasia-Druck, Schlosserstr. 28a, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/60 61 26
Spenden: H. Schlage, Girokasse Stuttgart Nr. 7598821

PROLL-PROZESS BEGINNT AM 19. SEPTEMBER

Am 19. September 1979 beginnt Astrid Prolls Prozeß vor der 22. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt, die Prozeßdauer ist – bei drei Verhandlungstagen pro Woche – erstmal auf drei Monate angesetzt. Astrid wird die Anklagen (zwei Mordversuche, Beteiligung an einem Bankraub, zwei Urkundenfälschungen) nun zum drittenmal vor Gericht hören: 1973/74 in ihrem ersten Prozeß, im Januar 1979 vor dem Londoner Auslieferungsgericht, und jetzt bei der erneuten Klärung ihrer Vergangenheit und Zukunft. Vor Gericht steht eine Person, die durch ihre Praxis Integrität und Autorität für Freunde und Feinde hat: Isolationshaft in Köln-Ossendorf, Freilassung 1974 und Leben im Exil.

Sie ist damit ein Sonderfall, so besonders, wie ihre Geschichte ist. Ihre bekannt gewordene Geschichte bietet für viele Leute an ganz verschiedenen Stellen Möglichkeit zur Teilidentifikation, diese reiche Geschichte erklärt die Breite ihrer Unterstützung in England wie in der BRD.
Nach Astrids Auslieferung in die BRD am 23.6.79 erklärten sich durch eine Initiative des Frankfurter Frauenzentrums 10 prominente Frauen (Helga Einsele, Margarethe von Trotta, Carola Stern, Dorothee Soelle, Uta Ranke-Heinemann, Alice Schwarzer, Luc Jochimsen, Margarethe Mitscherlich, Susanne von Pacensky, Dorothee Vorbeck) nach Absprache mit Astrid Proll bereit, durch eine "soziale Bürgschaft" dafür zu garantieren, daß Astrid Proll bei einer sofortigen Haftverschonung sich ihrem Prozeß im September stellen würde. Das Gericht hielt trotz Astrids Rückkehr durch Verzicht auf weitere Rechtsmittel in England und die Sozialbürgschaft eine Fluchtgefahr für gegeben und ordnete die Fortdauer der Haft an. Die Fluchtgefahr wurde u.a. durch geringe emotionale Bindungen in der BRD, durch die mögliche Höhe des Strafmaßes, Möglichkeiten zum erneuten Untertauchen und die Proportionalität der bisherigen U-Haft (bisher: 3 1/2 Jahre) zum normalen Strafmaß begründet. Es wurde angedeutet, daß die Möglichkeit einer Haftverschonung weitaus realistischer sei.
Im Frankfurter Frauengefängnis Preungesheim ist Astrid im Normalvollzug (s. ID Nr. 293). Sie hat Gemeinschaft mit anderen Gefangenen, hat jede Woche 1/2 Stunde Besuch und kann Zellen streichen; die körperliche Arbeit macht ihr Spaß, strengt sie an und wird bezahlt (ca. DM 50,- pro Woche).

Der Prozeß beginnt am 19. September unter dem Vorsitz der Richterin Johanna Dierks. Die Verteidiger sind bis jetzt (immer noch) Johannes Riemann (Frankfurt), Ulrich Preuß (Bremen) und Heinrich Hannover (Bremen). Kommt massenhaft und in guter Verfassung, Astrid ist es auch. Schreibt an:

Astrid Proll
JVA III Preungesheim
Homburger Landstr. 112

Prozess:
Beginn Mittwoch, 19.8.79, 9 h – Großer Schwurgerichtssaal, Landgericht Frankfurt, Gerichtsgebäude A, Gerichtsstr. 2.

Prozeßbüro: (während der Verhandlungstage)
c/o ID
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel.: 0611/ 70 43 52

Es wird für den Prozeß noch viel Geld gebraucht. Bitte spendet auf das Postscheckkonto: Christa Schnorrenberg, Postscheckamt West-Berlin, Kto.-Nr. : 63214-103

Offenbach Croissant-Verhandlung wegen Anwaltszulassung

Am 15.9.79 um 10 Uhr ist vor dem Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Ludwigsburg, Schorndorferstr. 39 im Großen Sitzungssaal des AG-Gebäudes eine mündliche Verhandlung, bei der es darum geht, ob die Rücknahme der Anwaltszulassung für Klaus Croissant, die das Justizministerium vor 2 Jahren wegen „Verstoßes gegen die Residenzpflicht" ausgesprochen hat (als Reaktion auf Croissants Asylantrag in Frankreich) als wirksam anzusehen ist oder nicht. Der Antrag Croissants und seiner Verteidiger, auch die Öffentlichkeit der Verhandlung anzuordnen, ist noch nicht entschieden.
Wer hinfahren will, sollte sich deshalb vorher mit RA Stefan Baier, Karl-Ludwigstr. 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/44 20 36 in Verbindung setzen, ob die Verhandlung tatsächlich öffentlich ist.

Klaus Croissant ist jetzt seit über 26 Monaten in U-Haft, also 6 Monate über der 2/3-Zeit. Sein Haftentlassungsantrag ist abgelehnt worden und es sieht so aus, daß die gesamte nicht rechtskräftige Strafe (Croissant ist in Revision gegangen, Anm. d. Red.) in Untersuchungshaft gegen ihn vollstreckt werden soll.

Bericht von einem Knacki-Sportfest

SCHNELL, SCHNELL, DER EINSCHLUSS WARTET

DARMSTADT
3. September 79

Alle Jahre wieder prasselt das Sportfest auf uns nieder, als besonderes Bonbon des Hauses. Dies geschieht zwar auch in Hinsicht auf ein sinnvolles Freizeitangebot. Hauptsächlich jedoch wird so ein Sportfest als Beweis gesehen, daß die Resozialisierung doch im vollen Gange ist.

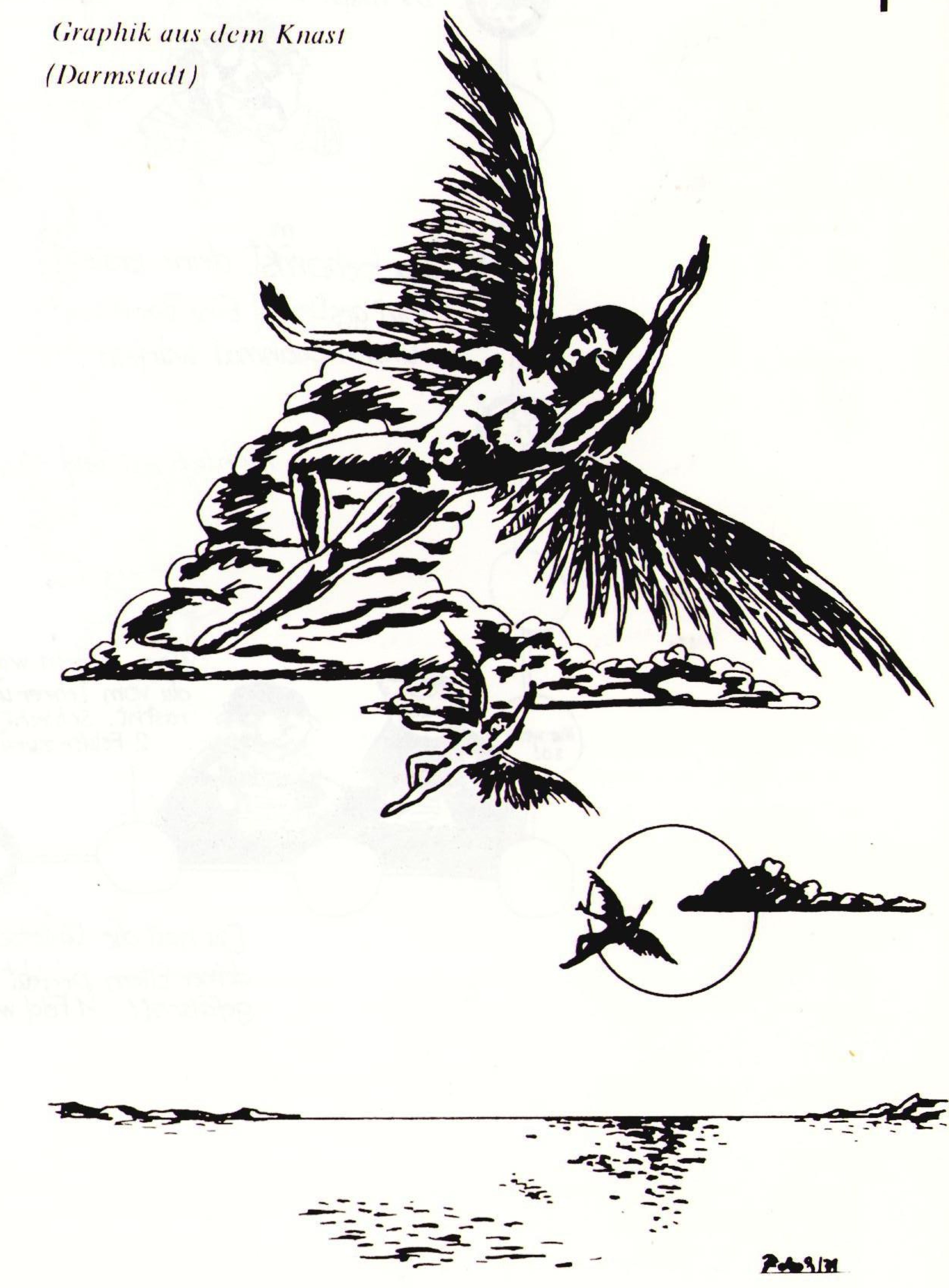
Es war wohl nicht der Geiste im Sinne der Olympischen Spiele sondern mehr die Würstchen, Cola und die Preise, die den Knacki am frühen Samstagmorgen aus dem Bette holte. Die Chance, die alltägliche Dampfkost durch eine Wurst zu bereichern, spornte enorm an.

So ging es am 30.6. um 9.00 nach einigen kargen Worten der Verantwortlichen los. Bei bewölktem Himmel mit musikalischer Untermalung rief der Organisator E. Schury zum 100 m Lauf auf, was sich allerdings als ein Mißverständnis herausstellte. So wie der ganze Ablauf des Festes den Eindruck machte, Vergangenes auf einmal nachzuholen, war auch die Wahl dieser Disziplin unbedacht. Vom Bett raus und dann gleich auf vollen Touren führte bei einigen Athleten zu verständlichen Muskelkrämpfen. Man sah, daß sich intensiv nur die sportlich interessierten Häftlinge beteiligten. Für die Mehrheit war das ganze eine willkommene Freizeitverlängerung, zumal die notwendige Trainingszeit fehlte. So blieb doch der eigentliche Sinn, den Gefangenen so anzusprechen, daß er auch aktiv am Gelingen eines solchen Unternehmens mitarbeite, auf der Strecke.

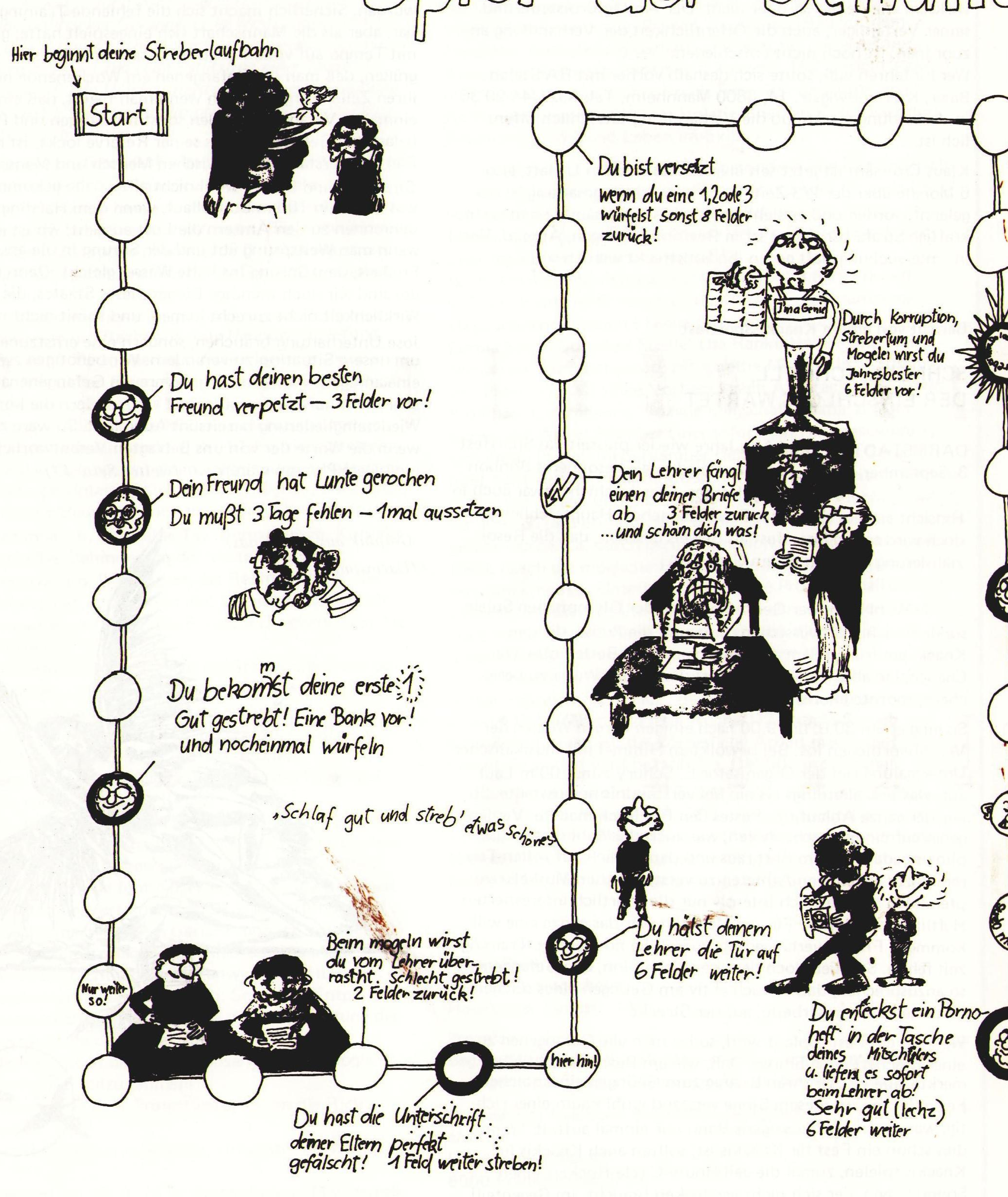
Wenn so ein Fest geplant wird, sollte man alle Gefangenen zu einer Beschäftigung führen. Daß, wie ein Beamter richtig bemerkte, alle Häuser ihren Beitrag zum Gelingen eines solchen Festes leisten. In diesem Sinne verstand wohl kaum einer richtig, warum unsere hauseigene Band nur einmal auftrat. Wenn dies schon ein Fest für Knackis ist, sollten auch Knackis für Knackis spielen, zumal die Jail-House-Circle-Rockers einen Sound haben, der sich nicht verstecken braucht, im Gegenteil! Bei der viel zu kurzen Kostprobe, die uns geboten wurde, waren doch alle Anwesenden begeistert; mehr darauf abgestimmt, solche Gruppen auftreten zu lassen, die schneller an der Hand sind als solche, die den Gefangenen auch ansprechen. Der Musikzug des TSV Braunshardt wäre besser durch eine Amateur-Rockband ersetzt worden.

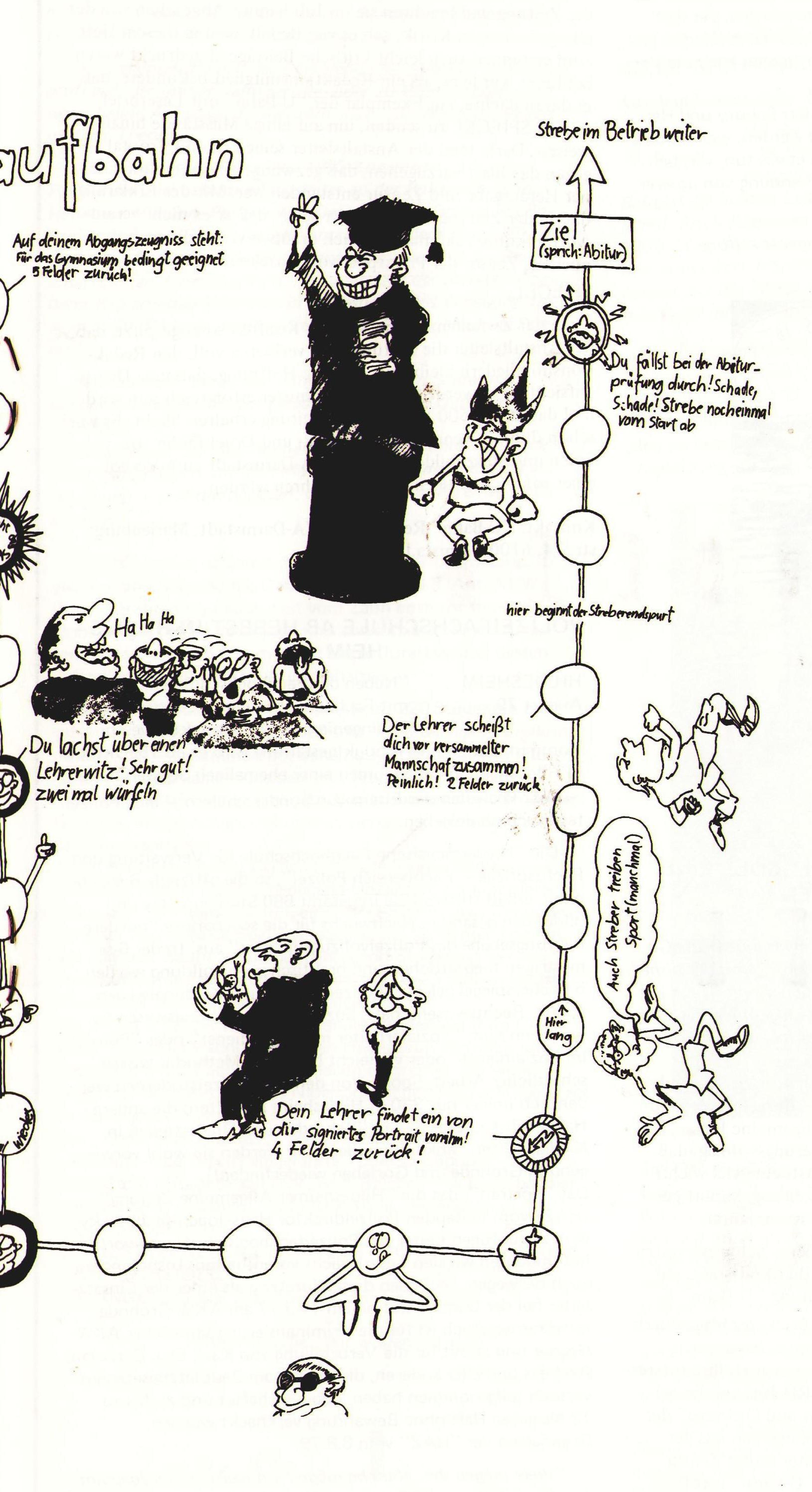
So ist zu erwähnen, wie die ganze Gliederung des Festes ihren Fließbandcharakter nicht verlor. Es glich einer Reiseführung, die in Zeitnot mehrere Museen durchrennt, ohne näher auf die Sehenswürdigkeiten einzugehen. Schnell, schnell, der Einschluß wartet. Doch ist auch Positives zu bemerken. Man erinnere sich an das Handballspiel, nachdem sich unsere Mannschaft vor Augen führte, daß sich nur ein Zusammenspiel als nützlich erweist, trennte sie nur noch ein Punkt von dem Sieg. Oder auch die Fußballspiele, die mit hoher Fairneß geführt wurden. Sicherlich macht sich die fehlende Trainingszeit bemerkbar, aber als die Mannschaft sich eingespielt hatte, gingen sie mit Tempo auf volle Fahrt. In dieser Hinsicht ist es schon zu begrüßen, daß man die Gefangenen am Wochenende nicht auf ihren Zellen vergißt. Doch wenn man meint, daß eine solche einmalige Veranstaltung den sonst mit Sorgen und Problemen belasteten Gefangenen aus seiner Reserve lockt, ist man dem Ziel der Verständigung zwischen Mensch und Mensch, zwischen Straftäter und Bürger wohl nicht allzu nahe gekommen. Denn was nützt ein 100 m Staffellauf, wenn dem Häftling beim Hürdenrennen zu den Ämtern die Luft ausgeht; wo ist es nützlich, wenn man Weitsprung übt und der Sprung in die anschließende Freiheit, dem Sprung ins kalte Wasser gleicht. Denn letzten Endes sind wir doch mündige Bürger dieses Staates, die mit der Wirklichkeit nicht zurecht kamen, und somit nicht nur eine lustlose Unterhaltung brauchen, sondern eine ernstzunehmende Hilfe, um unsere Situation zu verändern. Wir benötigen zwar auch eine anregene Abwechslung des grauen Gefangenenalltags, was aber nicht nur die momentane Lage, sondern die kommende Wiedereingliederung bereits ins Auge faßt. So wäre zu hoffen, wenn die Worte der von uns Befragten Verantworlichen nicht bloß leere Phrasen wären ... *(weiter Seite 17)*

Graphik aus dem Knast (Darmstadt)



Spiel der Schulle




aufbahn
Strebe im Betrieb weiter
Ziel (sprich: Abitur)
Auf deinem Abgangszeugniss steht: Für das Gymnasium bedingt geeignet 3 Felder zurück!
Du fällst bei der Abiturprüfung durch! Schade, Schade! Strebe nocheinmal vom Start ab
hier beginnt der Streberendspurt
Ha Ha Ha
Du lachst über einen Lehrerwitz! Sehr gut! zwei mal würfeln
Der Lehrer scheißt dich vor versammelter Mannschaf zusammen! Peinlich! 2 Felder zurück
Auch Streber treiben Sport (manchmal)
Hier lang
Dein Lehrer findet ein von dir signiertes Portrait vor ihm! 4 Felder zurück!

Wer den Gefangenen wirklich helfen will, daß sie wieder auf die Beine kommen, um nicht mehr rückfällig zu werden, der darf von Seiten der Verantwortlichen hier im Haus nicht tatenlos zusehen. Da dies aber größtenteils der Fall ist, tragen auch die Verantwortlichen zu dieser Misere bei.

Am Schluß meiner Aufzeichnung müssen Herr Schury und Herr Steinert noch ganz deutlich hervorgehoben werden, weil sie unermüdlich hier im Haus für die Gefangenen etwas tun, was beiden Beamten Achtung und eine hohe Anerkennung von unserer Seite aus einbringt.

Aus der 2. Nummer der Darmstädter Gefangenenzeitung "U-Bahn"



DER "DRUCKFEHLERTEUFEL" SOLL EINE GEFANGENENZEITUNG HOLEN

DARMSTADT
3. September

Im Darmstädter Gefängnis gibt es die Gefangenenzeitung "U-Bahn", von der bisher zwei Nummern erschienen sind. Diese Zeitung fand nicht das Wohlgefallen des Anstaltsleiters. Ein Redakteur schreibt dazu:

Wenn der hessische Justizminister Günther, in der Jugendvollzugsanstalt Rockenberg, neue Gebäude, die selbstverständlich sein sollten, einweiht, preist dies die allgemeine Presse, als einen weiteren Schritt hin zum Resozialisierungsvollzug; daß aber zur gleichen Zeit im Darmstädter Knast, eine viel wichtigere Einrichtung, nämlich die Gefangenenzeitung, kaputt gemacht wird, darüber gibt es bislang keinen Kommentar.

Als sich im Laufe dieses Jahres, unter vielen Schwierigkeiten und gegen den Widerstand des justiziellen Bürokratismus, ein Redaktionskollektiv für die Gefangenenzeitung "U-Bahn" zusammenfand, gab es auch gleich die ersten Nackenschläge durch den Anstaltsleiter Bickler. Denn zum erstenmal hatten sich auch U-Gefangene zur Arbeit eingefunden, um auch ihre Interessen vertreten zu sehen und die Wege der BRD-Justiz aufzuzeigen. Kurzerhand erklärte er die "Sicherheit und Ordnung" der Anstalt für gefährdet und verwies die U-Gefangenen aus der Redaktionskonferenz. Allerdings ließ er unter seiner Zensur zu, daß die U-Gefangenen Beiträge in der "U-Bahn" veröffentlichen konnten!

Die verbliebenen Redaktionsmitglieder erarbeiteten den Rest der Zeitung und brachten sie im Juli heraus. Abgesehen von der allgegenwärtigen Kritik, gab es viel Beifall, weil in diesem Heft zum erstenmal auch leicht kritische Beiträge abgedruckt waren. Schlimm wurde es, als ein Redaktionsmitglied bekundete, daß er daran dächte, ein Exemplar der "U-Bahn" mit Leserbrief an den SPIEGEL zu senden, um auf einige Mißstände hinzuweisen. Darin fand der Anstaltsleiter seinen Grund, frontal gegen das Blatt vorzugehen, daß gezwungenermaßen unter seiner Herausgabe und Zensur entstanden war. Mit der Erklärung, daß in der Zeitung so viel Fehler seien, daß er es nicht verantworten könne, daß man sie nach draußen versende, verbot er, auch als Zensor der Privatpost von Knackis,den Versand zum SPIEGEL.

In der Zwischenzeit hat sich der Konflikt so zugespitzt, daß der Anstaltsleiter die Zeitung ganz verbieten will, den Redaktionsmitgliedern bleibt nur die vage Hoffnung, daß eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizminister erfolgreich sein wird und damit den 500 Knackis ihre Zeitung erhalten bleibt. Es wäre schon dubios, wenn die Grammatik- und Druckfehler von Laien und Auszubildenden der JVA-Darmstadt zum Verbot einer solch wichtigen Insitition führen würden.

Kontakt: "U-Bahn"-Redaktion, JVA-Darmstadt, Marienburgstr. 74, 6100 Darmstadt 13

POLIZEIFACHSCHULE AB HERBST IN HILDESHEIM

HILDESHEIM
August 79

"Neben der Fachhochschule Hildesheim mit Fachbereichen wie Sozialpädagogik, Bauingenieur- und Architekturwesen, Kommunikation und Produktgestaltung wird es ab 15. Oktober in Hildesheim in den Räumen einer ehemaligen Sonderschule – trotz Protesten der Eltern von Sonderschülern – eine Polizeifachhochschule geben.

Die "Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Polizei", so die offizielle Bezeichnung, erhält stufenweise insgesamt 660 Studienplätze und bildet den gesamten Nachwuchs für die sogenannte "mittlere Führungsebene des Polizeivollzugsdienstes" aus. In der 6-semestrigen theoretischen und praktischen Ausbildung werden 5 Fächerspiegel gelehrt: Polizeiführung und Kriminalwissenschaft, Rechtswissenschaft, Sozial- und Erziehungswesen (ja was denn nun: "Sozialarbeiter im Polizeidienst" oder "Polizisten im Sozialdienst" oder vielleicht beides?), Methodik wissenschaftlicher Arbeit, Sport. Von den 660 Polizeistudenten werden sich immer nur 330 in Hildesheim aufhalten; die andere Hälfte wird zu Praktika in "Behörden und Dienststellen in Niedersachsen" abkommandiert (wir werden sie wohl vorwiegend in Grohnde und Gorleben wiederfinden!).
Das "Portrait", das die "Hildesheimer Allgemeine Zeitung" (HAZ) vom Leitenden Polizeidirektor Hans-Joachim Juretzky, dem zukünftigen Leiter der Polizeifachhochschule, entworfen hat, möchten wir den Lesern nicht vorenthalten. Insbesondere auch deswegen, weil eben dieser Juretzky als einer der Einsatzleiter bei der Demonstration am 19.3.77 am AKW-Grohnde mitverantwortlich ist für die Kriminalisierung sämtlicher AKW-Gegner und damit für die Verurteilung von Karl, Eso, Christian, Andreas und aller anderen, die damals am Bauplatzbesetzungsversuch teilgenommen haben, dabei verhaftet und zu bis zu 12 Monaten Haft ohne Bewährung verknackt wurden.
Originalton der "HAZ" vom 8.8.79:

"Viele mögen ihn. Manche mögen ihn nicht: Hans-Joachim Juretzky, Jahrgang 1924, in der Altmark geboren und damit als gebürtiger Preuße ausgewiesen, Leitender Polizeidirektor,

mit dem Aufbau und der Leitung der Polizeifachhochschule Hildesheim vom Innenminister betraut.

Der Lebenslauf weist das Energiebündel Juretzky als Polizeiprofi aus, der immer dann gerufen oder zu Rate gezogen wird, wenn heikle Aufgaben zu meistern sind – als Mann der Praxis und der Theorie.

1948 Eintritt in die Polizei. 1953 Kommissar. Elf Jahre Fachlehrer und Lehrabteilungsleiter an der Polizeischule in Hannover-Münden. Polizeirat in Delmenhorst. Dozent am Polizeiinstitut in Hiltrup. Inspektionskommandeur Polizeidirektion Hannover. Stellvertretender Gruppenkommandeur der Bereitschaftspolizei Niedersachsen. Kommandeur der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten in Hildesheim und Lüneburg. Im August 1978 Leiter der Projektgruppe "Fachhochschule Polizei".

Seit nunmehr 24 Jahren hängt über seinem Schreibtisch ein Spruch des Theologen Friedrich Christoph Oetinger bis 1782):
"Gott gebe mir die Gelassenheit Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann – und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden ."

"Gott" (meint er damit den Innenminister oder Albrecht?) gab ihm anscheinend die Gelassenheit, am 19.3. Anti-AKW-Demonstranten und auch weit vom Zaun entfernt stehende Unbeteiligte brutal überreiten und zusammenschlagen zu lassen. Wir sollten den ehrenwerten Herrn Juretzky und dessen Polizeifachhochschule im Auge behalten.

Ab 15. Oktober wird es in Hildesheim 220 Studenten mehr geben; in 3 Jahren werden es 660 sein – zukünftige Polizeikommissare, die – zusammen mit den anderen Hildesheimer Studenten – einschlägige Kneipen und Treffpunkte bevölkern, mit ihnen bestimmte Veranstaltungen besuchen, über Grohnde, Gorleben und sonstiges diskutieren werden, konkret: sie werden uns bespitzeln.
Diese Polizeistudenten werden optimale Studienbedingungen haben: genügend Räume, genügend Dozenten, ein komplettes Lage- und Führungszentrum, ein Tatort-Studio usw. Demgegenüber der Fachbereich Sozialpädagogik: die Studenten hocken auf engstem Raum zusammen, genügend Studenten werden vom Kultusministerium nicht genehmigt, der Fachbereich ist in mehrere Stadtteile auseinandergerissen.
Ab Herbst wird der Polizei–Abteilungsstudentenrat im Gesamt–AStA der Fachhochschulen Hildesheim vertreten sein und aktiv in das Fachhochschulleben eingreifen: die Werkzeuge zur Durchsetzung des Nidersächsischen Hochschulgesetzes in den eigenen Reihen.
Die „Kommissarschmiede" wird –etwa im Fach „Rechtswissenschaft – die bereits eingeführte Todesschußpraxis – Willi–Peter Stoll, Elisabeth van Dyk, Rolf Heissler – wissenschaftlich untermauern, ausbauen, vervollständigen, womöglich in den Praktika einüben lassen.
SIE WERDEN NEBEN UNS SITZEN' SICH VON UNS KAUM UNTERSCHEIDEN –
SOLANGE, BIS SIE UNS GEGENÜBERSTEHEN !

Initiativgruppe „Wir wollen sie nicht"



„WEHE, ICH SEHE EINEN', DER NICHT RICHTIG ZUSCHLÄGT!"

Aus dem Innern einer Polizeischule

BECKUM
30. August

Mit der Post erhielten wir einen Bericht über „die Mißstände während der Ausbildung der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen. Am Beispiel der achten Lehrgruppe an der Landespolizeischule (LPS) ,Erich Klausener'. Vom Oktober 1977 bis zum Mai 1978." Der Schreiber legte sehr viel Wert auf die Vollständigkeit seines Berichts, denn er hatte schon schlechte Erfahrungen mit der Presse gemacht... hier also der Artikel ungekürzt und mit Kontaktadresse, wie sich das gehört.

„Ah, da kommt ja der Sauhaufen!" war das Erste, was wir von unserem neuen stellvertretenden Lehrgruppenleiter PHK (Polizeihauptkommissar) Craesmeyer zu hören bekamen. Wir hatten noch einen Monat Bereitschaftspolizeidienst und den sechsmonatigen Einstellungslehrgang bis zum Ende der Ausbildung vor uns.



Es war Anfang Oktober 77, als wir in die 8.Lehrgruppe der LPS ,Erich Klausener' intgeriert wurden. Schon bei der Begrüßungsrede des Lehrgruppenleiters EPHK (Erster Polizeihauptkommissar) Ehmke war ein militärischer Drill, dem wir unterzogen werden sollten, nicht zu leugnen. Disziplin, Ordnung,ein bestens gepflegtes Äußeres war das, welches der Lehrgruppenleiter der berüchtigten 8.Lehrgruppe von „seinen neuen Männern" verlangte. Berüchtigt war diese Lehrgruppe für das äußerst militärische und überspitzt exakte Verhalten, das die Ausbilder und Fachlehrer von ihren Schülern erwarteten. Aber wir sollten das alles noch zu spüren bekommen.

Schon kurz darauf, es war am 7.10.77, fuhren wir mit diesen Vorgesetzten in Richtung Bonn, wo wir als Einsatzhundertschaft für die Demonstration gegen das K-Gruppen-Verbot eingesetzt wurden. Vor der Fahrt gab man uns von

Seiten der „Lehrgruppenführung" Verhaltensinstruktionen, wobei PHK Craesmeyer seinem Zug sagte: „Sehe ich einen, der nicht richtig zuschlägt, oder der danebenschlägt, der bekommt in dieser Lehrgruppe keinen festen Fuß mehr an den Boden."
Für uns war dieser Lehrgang der entscheidenste in unserer Laufbahn als Polizeibeamte, da hier entschieden wurde, wer die Chance hat, in den gehobenen Dienst zu kommen! Und jeder von uns wußte, daß wir der Gunst der Vorgesetzten ausgeliefert waren.

In Bonn „verschanzten" wir uns unter der Rheinbrücke, um den Demonstrationszug an uns vorbeiziehen zu lassen, denn wir sollten hinter dem Ende des Demonstrationszuges hermarschieren und somit den Demonstranten bei eventuellen Auseinandersetzungen den Weg nach hinten versperren. Erschrocken sahen einige meiner Kollegen zum Ehmke. Er richtete seine entsicherte und durchgeladene Maschinenpistole auf eine Demonstrantin, die uns Flugblätter herunterwarf. „Hau ab, du rote Hexe – sonst setzts was", schrie er sie an, worauf sie sich schnell in Sicherheit brachte. Jeder von uns wußte, wie gefährlich so etwas sein kann, denn zieht man nur 2 mm bei einer MP 5 in einem derartigen Zustand den Abzug, so geht sie los.

Das sollte jedoch nicht das einzige Mal sein, daß der Lehrgruppenleiter Ehmke als Vorbild für „seine neuen Männer" fungierte. Bei der anschließenden Kundgebung blieb unsere Hundertschaft gut versteckt in der Nähe der Demonstranten, um bei eventuellen Auseinandersetzungen schlagkräftig zu sein. Einige junge Beamte spielten mit ihren großen Messern, die sie, wie man ihnen geraten hatte, für den „Notfall" mitgenommen hatten. Im Laufe von ein paarStunden, die wir in unserem „Versteck" verbrachten, hatten wir uns immer wieder auf Order des EPHK Ehmkes grundlos in Marschordnung aufstellen müssen, sodaß wir uns schikaniert und an der Nase herumgeführt fühlten. Hauptsache für Ehmke aber war, daß er „seine Mannen" trainierte.
Auf der Rückfahrt lebten wir auf einer Autobahnraststätte eine kurze Pause ein, auf der sich auch einige Demonstranten von der Fahrt ausruhten. Nach etwa 1/4 Stunde sah ich, wie sich eine Gruppe von etwa 1o-15 jungen Polizeibeamten, die sich um den Lehrgruppenleiter Ehmke versammelt hatten, plötzlich auflöste. Einer von ihnen kam auf mich zu: „Weißt du was? Der Ehmke der ist total verrückt. Der hat uns gesagt, wir sollten doch die Demonstranten dort hinten zusammenknüppeln, obwohl die doch jetzt gar nichts machen. Er sagte, daß er nichts sehen und in seinem Bericht nichts davon erwähnen würde. Und dann haben wir ihn schleunigst allein stehenlassen. Bis jetzt haben wir so etwas noch nicht nötig."

Während der folgenden Monate dachte ich, daß wir einer Antikommunismus-Kampagne unterzogen würden, indem uns von den Lehrern das Bild vom „bösen Osten" und „guten Westen" eingeprügelt werden sollte. Es war von „Sozi-Säuen", die in Bonn sitzen, die Rede; davon, daß man „das Bonner Kanzleramt mit einer Hundertschaft ausnehmen will"; von Kommunisten, die immer nur dann Verträge einhalten, wenn es zu ihrem Nutzen ist. Dies waren nur einige Parolen aus dem Repertoire der Fachlehrer der 8.Lehrgruppe.

Ich wollte mich von solch piatten Polemiken nicht manipulieren lassen und habe die Lehrer durch Argumente so weit gebracht, daß ihnen nur die Möglichkeit blieb, entweder mit diesem Einimpfen von rechtsideologischen Gedankengängen aufzuhören oder, was sie vorzogen, mich vor den übrigen Kollegen als Aufwiegler hinzustellen, was ihnen auch sehr gut gelang, denn warum hatten mich die meisten meiner „Kollegen" wohl sonst als „rote Sau" bezeichnet?

Meines Erachtens nach war das jedoch nicht nur ein Produkt der ‚Anti-Kommunismus-Kampagne", sondern auch ein Ergebnis der Arbeit der Lehrer, die darauf hinauslief, Uneinigkeit und Streit unter den jungen Beamten zu schaffen, um ihr Solidaritätsgefühl zu zerstören und sie gefügig zu machen. Die Arbeit bestand nicht nur darin, daß die Schüler um 1/1oostel einer Zensur zu kämpfen hatten und der Leistungsdruck in die Höhe geschraubt wurde, sondern in dem immer wiederkehrenden schikanieren Einzelner vor vielen anderen.

Da wurden Hausnamen vor der versammelten Lehrgruppe verdreht - z.B. aus Kissmann wurde Pissmann; da mußte ein Schüler, der nach Alkohol roch, weil er den Abend vorher etwas getrunken hatte, drei runden um den Unterrichtsraum laufen, damit er „nüchtern wird".Obwohl ihm nichts anzumerken war. Zu jeder Stunde hatten die Klassensprecher dem Lehrer eine exakte, ‚gutformulierte' Meldung auszusprechen. Dabei kam es vor, daß PHK Craesmeyer sich direkt vor den Klassensprecher stellte und diesen mit der Begründung: „Komm mir nicht zu nah - Du hast TBC!" zu Boden schubste.

Jedoch war das lange noch nicht alles, was wir über uns ergehen lassen mußten. Etliche Male wußte PHK Craesmeyer statt des eigentlichen Verkehrsrechtunterrichts, den er uns zu geben hatte, von den „Ruhmtaten" der Soldaten während des 2.Weltkrieges zu berichten. Er kam dann zu der „Ausschwitzlüge" und daraufhin zu dem Schluß, daß „wir Deutschen unter Hitler gar nicht soviel Juden umgebracht haben, wie man immer behauptet". Dabei ließ mich der Gedanke nicht los, daß alles, was er dort erzählte, nichts anderes als die Propaganda der NPD war, was er jedoch nicht wagte, auszusprechen. Obwohl dies einige Kollegen wußten, hatten seine „Reden" die Meinungen vieler gefärbt.

Es war Ende Januar 78, als der Lehrgruppenleiter EPHK Ehmke veranlaßte, die Schüler im strömenden Regen antreten zu lassen. Wir hatten sämtliche dienstlichen Ledersachen (Schuhe, Pistolentaschen, Koppel u.v.a.) auf einen Stuhl zu legen, den wir vor uns hinstellen mußten. Nachdem der „kleine Schauer" vorüber war, kamen dann der Lehrgruppenleiter und ein paar andere Lehrer hinaus, um uns zu kontrollieren. Es ist eindeutig, daß nasse Haare länger wirken als trockene; und so mußten einige eine Meldung wegen „zu langer Haare" vorlegen, deren Haare eigentlich kurz genug waren. Diese Meldungen wurden später bei der Beurteilung zum Ende des Lehrgangs herangezogen.
Grund für die Kontrolle war für Ehmke, daß ihm aufgefallen war: „einige Beamte laufen in letzter Zeit herum wie die Vopos im Interzonenverkehr!" er mahnte vier Klassen für ihr nicht zu entschuldigendes Verhalten und drohte ihnen mit Dienstordnungsverfahren. Die restlichen zwei Klassen der 8. Lehrgruppe lobte er für ihre tadellose Ordnung. Einen Tag später hörte ich, daß der Klassensprecher von der 8/4 sich mit dem Personalrat und dem Schulleiter wegen der zunehmenden Schikanen in Verbindung gesetzt hatte.

Zunächst hatte er von allen sechs Klassen den Rückhalt zu erwarten. Doch schon einen Tag später wurde von fast allen Fachkräften eine Hetze gegen die Klasse 8/4 betrieben. Man sprach davon, daß er nicht den richtigen Dienstweg eingehalten hätte. Aber an wen hätte sich der Klassensprecher Guido Kissmann denn wenden können? Etwa direkt an Ehmke, der sein Dienstvorgesetzter war? Der hätte ihn mit Sicherheit ausgelacht, angeschrien und noch stärkeren Schikanen unterzogen.

Die Fachkräfte drohten sogar mit schlechteren Zensuren bei den Klausuren, falls sich die Klassen alle hinter Kissmann stellen würden. Sie wollten „andere Seiten aufziehen". Ja, sie forderten die übrigen Klassen auf, sich von dem Vorgehen der „aufständischen" Klasse schriftlich zu distanzieren, wenn sie nicht auch die möglichen Repressionen erwarten wollten.

Zumal die Klasse, in der ich mich befand, vorher von Ehmke gelobt wurde, so erklärten viele, können wir doch

nicht den Fachkräften in den Rücken fallen. So kam es dann, daß bis auf die Klasse 84 alle anderen ihre schriftliche Distanzierung wie verlangt dem Ehmke mit der Bitte um Vergebung vorlegten.
Die Vorgesetzten hatten erreicht, was sie wollten. Mit einer

Klasse konnten sie leicht fertig werden. Der zuvor kriechende Opportunismus begann immer schneller zu laufen. Ich hatte schon seit Beginn dieser Vorfälle schriftliche Aufzeichnungen in Form von Gedächtnisprotokollen angefertigt, die ich dem Guido Kissmann an die Hand gab, damit sie ihre Beschuldigungen belegen konnten. Ich bat ihn darum, meinen Namen nicht zu nennen, weil auch ich anfing zu kriechen und einer von nur zweien aus unserer Klasse war, der hinter dem Klassensprecher der 84 stand.
Die Ereignisse überschlugen sich.

PHK Craesmeyer, einer der Hauptbeschuldigten, reichte seine Kündigung ein. Er wollte sich nicht unehrenhaft behandeln lassen (- und was hatte er nicht alles mit uns gemacht?) Er sprach von einem „Verräter" und drohte mit „unvorhersehbaren Konsequenzen" für diesen „Judas".

Plötzlich schlugen dann die Meinungen der anderen Mitschüler um. Die meisten stellten sich hinter die Fachkräfte und beschimpften die „Aufständischen" mit „Arschlöcher, ihr wollt uns wohl alles versauen", „Saubande, was wollt ihr denn noch hier" usw. Der Schuldirektor Haverkemper stellte sich, wie sich später herausstellte, nur zum Schein hinter die Klasse 84, um an die schriftlichen Aufzeichnungen heranzukommen und ihr Vertrauen zu erlangen.
Der Klassensprecher übergab ihm daraufhin die Gedächtnisprotokolle, damit Haverkemper sie „zur Sicherheit in seinen Panzerschrank deponieren" konnte. Der Direktor versprach dem Kissmann die Protokolle wieder auszuhändigen, wenn die Angelegenheit abgeschlossen wäre.

Auf diese Beschuldigungen hin wurde ein „Hearing" mit den Beteiligten und dem Haverkemper abgehalten und die ganze Sache wurde ohne irgendwelche Konsequenzen für die Fachkräfte für abgeschlossen erklärt. Der Lehrgruppenleiter EPHK Ehmke überzeugte seinen Freund Craesmeyer davon, daß es besser sei, die Kündigung zurückzuziehen. Meines Erachtens war auch die Kündigung ein taktischer Zug zur Beendigung dieses Skandals. In der Woche darauf lief der Unterricht wie gewohnt wieder an. Ehmke drohte der „aufständischen Klasse" zwar noch mit einer Verleumdungsklage, wie erzählt wurde, aber von solch einer unsinnigen Maßnahme war nichts mehr zu hören, denn ich nehme an, daß Ehmke heilfroh war und das auch sein konnte, daß die Angelegenheit für ihn so glimpflich abgelaufen war.

Die einzigen, die einen Schaden davontrugen, war die Klasse 84. Die Fachkräfte zogen die „elegantere' Form von Repressalien vor. Sie ließen bei dieser Klasse, die mittlerweile von den anderen isoliert war, vermehrt den Unterricht vor den Klausuren ausfallen und schraubten gleichzeitig die Anforderungen in Höhe, was zu einer schlechteren Bewertung dieses entscheidenden Lehrgangs führt. Die Schriftstücke wurden nicht, wie vom Direktor Haverkemper versprochen, ausgehändigt, sondern als Verschlußsache erklärt, weil die Beteiligten anscheinend Angst vor einer Publikation dieser Vorfälle hatten.

Schon vor dem Abschluß der Fachprüfung konnte ich aufgrund meiner schlechten Erfahrungen wissen, daß ich diesen Beruf nicht viel länger ausführen würde.
Nach fast dreimontatigem Dienst in Köln-Mitte reichte ich meine Kündigung aufgrund ähnlicher schlechten Erfahrungen ein. Daraufhin setzte ich mich mit dem Direktor Haverkemper in Verbindung und forderte von ihm die sofortige Herausgabe der Protokolle. Er hielt sie jedoch weiterhin in „Verwahrung" und bot mir statt dessen einen für mich angenehmen Dienst bei der Polizei an, den ich jedoch nur ablehnen konnte.



Sie haben es alle gut gelernt.
Polizeieinsatz in Frankfurt am 17. Juni '78.

Ich veröffentliche diese Vorfälle erst jetzt, weil ich mich zunächst mit früheren „Kollegen" in Verbindung gesetzt habe, die mir jedoch jegliche Unterstützung, wie sie selbst zugeben, aus egoistischen Gründen, verweigern.
Aus den Briefen des Guido Kissmann erkenne ich, daß auch er zu einem Opportunisten gemacht wurde — es bedurfte nur eines halben jahres bei der Polizei.

Ich halte die Publikation dennoch für wichtig, damit die Öffentlichkeit erährt, warum viele Polizeibeamte nicht die „Freunde und Helfer" sind, zu denen sie durch Propagandisten gemacht werden. Bei diesem Bericht beziehe ich mich auf die von dem neuen Direktor der Einrichtung, Herrn Hellweg, zurückgehaltenen Gedächtnisprotokolle, die ich zur Zeit meiner Ausbildung verfaßt habe.
Ich möchte mit dieser Publikation auch zeigen, daß im Zuge der allgemeinen Repression auch das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt wird. Dabei bedient sich der Staatsapparat illegaler und nicht legitimer Methoden - hier: die der Unterschlagung (§ 246 StGB) — von denen er für sich die Legalität beansprucht. Durch bewußtes Zurückhalten oder Diskriminieren von Informationen soll der Öffentlichkeit ein demokratischer Staat vorgespielt werden. Ich sehe hierin einen Beitrag, derartigen Repressionen offen gegenüberzutreten und mich gegen die Staatsallmacht zu wehren.

Kontaktadresse:
Thomas Stutenbäumer, Oelder Str. 27, 4720 Beckum

KHEDER GEGEN OPEL: ES GEHT UM DIE STECHUHR

BOCHUM
3. September

Eine ganze Menge Opel-Arbeiter hat sich Ende letzten Jahres gegen die Wiedereinführung der Stechuhr gewehrt. Die Geschäftsleitung hat sich den oppositionellen Betriebsrat Abdul Kheder (er stammt übrigens aus Syrien) gegriffen und aus dem Betriebsrat rauszuwerfen versucht (s. ID 274, 287). Sein Anwalt Dornieden hofft, daß Opel vor dem Arbeitsgericht weiterhin Pech hat und schreibt u.a.:

Am 16. März 1979 und 12. Juni 1979 fand vor dem Arbeitsgericht Bochum der in der Opel-Belegschaft vieldiskutierte Prozeß der Adam Opel AG gegen das Betriebsratsmitglied Abdul Kheder statt.

Die Adam Opel AG wollte den gewählten Vertreter der Belegschaft aus dem Betriebsrat ausschließen lassen, weil er sich aktiv gegen das von der gesamten Belegschaft als Schikane und Diskriminierung empfundene Wiedereinführen des Abstempelns am Schichtende eingesetzt hatte. Anlaß des Angriffs auf Abdul Kheder war eine Betriebsrats-Sitzung am 20.12.78, auf der ein Aufruf an die Belegschaft zum Boykott der Stempeluhren beschlossen wurde. Die Adam-Opel AG griff sich den ihr schon lange unbequemen Betriebsrat Abdul Kheder heraus und wollte an ihm wegen der Verbreitung dieses Boykottaufrufs ein Exempel statuieren.

Die Belegschaft reagierte allerdings anders, als die Adam Opel AG wohl erwartet hatte. Eine breite Solidaritätsbewegung (über 1000 Solidaritätsunterschriften im Betrieb, Solidaritätserklärung von Betriebsrat und IGM-Vertrauenskörper) drückte die Empörung über die Repressalie gegen Abdul Kheder aus... Besonders die massive Beteiligung an den beiden Prozeßterminen (zwischen 80 und 120 Zuhörer) war ein deutlicher Hinweis für die Bereitschaft der Belegschaft, sich gegen Einschüchterung und Disziplinierung zur Wehr zu setzen.

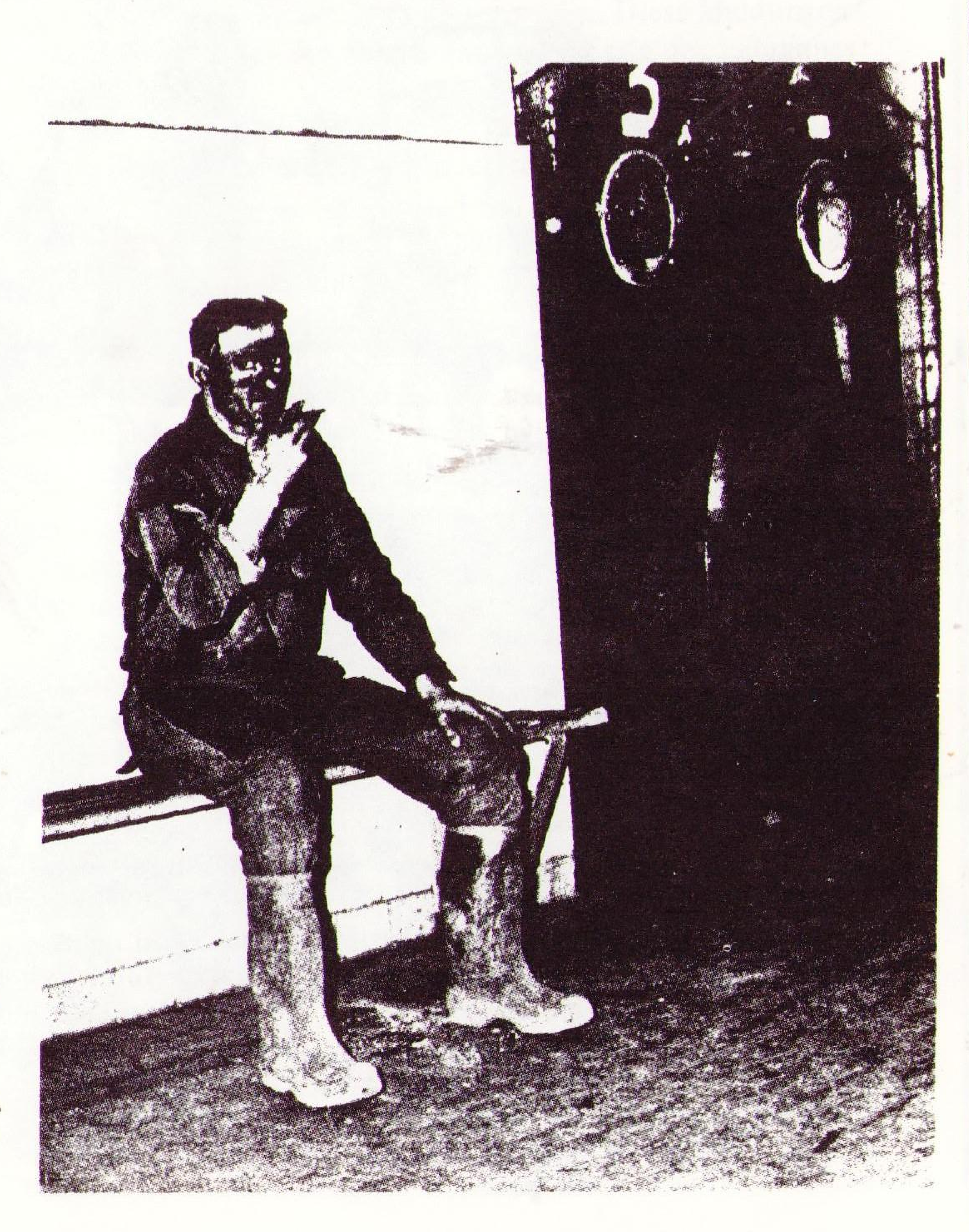
So wurde der Prozeß zu einer Niederlage für die Adam Opel AG. Ihr Versuch, Abdul Kheder als Alleintäter hinzustellen, mißlang gründlich.

Dazu stellte das Arbeitsgericht Bochum in seinem Beschluß, mit dem es den Ausschlußantrag der Adam Opel AG zurückwies, fest: *„Durch den Ausschlußantrag gegen den Antragsgegner (A. Kheder) erweckt sie den Eindruck, als ob es sich um eine Einzelaktion des Antragsgegners bei dem Aufruf zum Nichtabstempeln gehandelt hätte und als ob der Antragsgegner durch sein Verhalten allein den Betriebsfrieden gefährdet hätte. DEM IST NICHT SO." (...) „Nicht zulässig dagegen wäre es, den Antragsgegener sozusagen stellvertretend für alle anderen an der Aktion teilweise weit mehr beteiligten Betriebsratsmitglieder zur Verantwortung ziehen zu wollen. EIN SOLCHES HERAUSGREIFEN WÄRE ... WILLKÜRLICH."*

Die Adam Opel AG hat aber ihr Vorhaben, bei dem sie sich pikanterweise hauptsächlich auf den stellvertretenden Betriebsrats-Vorsitzenden Steputat stützt, nicht aufgegeben, sondern Beschwerde gegen den Beschluß des Arbeitsgerichts Bochum eingelegt.

Zusätzlich zu den bereits zusammengebrochenen Vorwürfen stützt die Adam Opel AG sich nunmehr auf drei Verwarnungen, die sie Abdul Kheder wegen Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Warnstreik in der Tarifrunde 1978, wegen eines Wahlwerbungs-Flugblattes anläßlich der Betriebsrats-Wahl 1978 und wegen eines Flugblatts zur Ablehnung von Sonderschichten durch den Opel-Betriebsrat im Herbst 1978 erteilt hatte.
Aber auch bezüglich dieser Verwarnungen wird der weitere Prozeßverlauf den Nachweis erbringen, daß ihre Erteilung willkürlich und ohne Rechtsgrundlage erfolgte.

Das Landesarbeitsgericht wird über die Beschwerde der Adam Opel AG am 14.9.1979 verhandeln (11 Uhr, LAG Hamm, Marker Allee 94, Sitzungssaal der 3. Kammer). Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Verfahrens für die Opel-Belegschaft und die interessierte Öffentlichkeit sollen auch diesesmal wieder viele Leute zum Prozeßtermin kommen. Weitere Informationen bei **Michael Dornieden, Rechtsanwalt, Herner Str. 370, 4630 Bochum 1, Tel (0234) 53773.**



RETTET "KONKRET"!!!

Aus "Pflasterstrand"–Stadtzeitung für Frankfurt:

In der September-Ausgabe von Konkret kommts dicke! Unter der Überschrift "Die unheimliche Alternative: Freaklich in die Katastrophe" wird mit uns abgerechnet. Betroffen und hilflos saßen wir im Pflasterstrand nach kollektiver Lektüre des Artikels beisammen. Wir konnten uns dieses Maß an Gehässigkeit, mutwilligen und böswilligen Verdrehungen, dieses in stalinistischen Bildzeitungsstil gehaltenen Machwerks bei all unserer spontanen und zärtlichen neuen Sensibilität nicht erklären. Warum wollen die Eurokommunisten die eh schon harten Zeiten noch härter machen?!?

Nach Staat und Stadtguerilla wurde 40 Jahre nach Eröffnung des 2. Weltkrieges eine dritte Front gegen uns (Spontis, Pflasterstrand, Nietzsche, Stirner und Jünger, Supertramp und Rudolf Heß) errichtet.

Erschüttert und belehrt, daß wir als Anarchisten objektiv immer schon die Handlanger des Kapitals und der Reaktion (O-Ton: "Mördern, Ausbeutern, Unterdrückern, Sklaven- und Hurentreiber, Faschisten und Rassisten" - Ole!, S.19) waren, blieb der Redaktion nur eine Lösung - der Griff zum Telefon.

"PS: Tut, tut...

Konkret: Tut, tut - Redaktion Konkret, guten Tag!

PS: Hier ist der Pflasterstrand, Frankfurt. Wir möchten gerne mal den Herrn Gremli za sprechen!

K.: Augenblick, ich verbinde (knack, längere Pause) (knack) Gremli za (mit selbstbewußter, tiefer, dunkler Männerstimme, fast schnarrend)

PS: Ja, hm, ja...

G.: Hab ich richtig gehört, Pflasterstrand?

PS: Ja, um ehrlich zu sein, wir rufen an wegen dem Artikel in der letzten Konkret ... den über die Spontis.

G.: Ja, und was ist mit dem?

PS: Naja, der ist ja nicht sehr solidarisch. Wir fragen uns, wie soviele Mißverständnisse zwischen uns und euch zustande kommen. Ich versteh das nicht. Das war so unheimlich aggressiv und gehässig gegen uns. Was soll'n das, wir finden das echt gemein!

G.: Wissen Sie ... äh ... also, weißt du, das mußt du so verstehn, Genosse. Weißt du, Genosse, ich hab ja nichts persönlich gegen euch, aber du mußt verstehen, die Zeiten des Ausprobierens sind vorbei, der Strauß steht vor der Tür, ja, da kannst du ruhig lachen, so ist es. Und da nützen eure sensiblen Sandkastenspielchen rein gar nix, weil ...

PS: Jetzt ... nu wart mal, sei doch nicht gleich so emotional. Daß ihr euch zur Wahl profilieren müßt, ist geschenkt, aber glaubt ihr wirklich, daß ihr so unsere Stimmen kriegt?

G.: Das gerade nicht, Genosse ... äh ,,, unter uns, im Vertrauen - ich appelliere da an eure Diskretion - sieh mal, wie doch ganz richtig im Artikel steht (er zitiert: "Wenn sich Zeit und Pflasterstrand nur noch im Lay-out voneinander unterscheiden - und alle Pflasterstrände der Republik haben zusammen eine Auflage, die mindestens so hoch ist wie die der Zeit - hat auch die Linke Fehler gemacht."), eh, habe ich, hm, haben wir uns in der Redaktion überlegt, wie man diese ganzen Spontis dazu bringen könnte, neben ihren Käseblättchen auch die Konkret zu kaufen. Und der Amendt hatte den Einfall, euch an eurem pessimistischen Kulturmasochismus zu packen. Na ja, und da hat der Hartmut, der sich mit dem ganzen Kram befaßt, sich mal hingesetzt und seinen stalinistischen Schweinehund rausgelassen. Nehmt das doch nicht so ernst ...

PS: Ja, aber sag mal, eh, hör mal, ich ...

G.: Sieh mal (ein leichtes Tremolo in der Stimme), ... seit drei Jahren mach ich jetzt mit meinen Leuten ein offenes Blatt für alle Linken dieser Republik und der selbständigen Einheit Westberlin und trotzdem stagniert einfach unsere Auflage, weil eure Käseblätter über alles und nichts berichten und so tun, als wären sie die rechtmäßigen Diskussionsblätter. Uns ist doch klar, daß nach so einem Artikel von uns einer von euren Prominenten, die sich bis jetzt standhaft geweigert haben, bei uns zu schreiben, endlich mal bei uns Stellung beziehen, Dies würde ne entscheidende Tendenzwende bedeuten. ... Natürlich haben wir auch unsere Auflage dabei im Hinterkopf...

PS: ... Na gut, Hermann, das war ehrlich (Gemurmel im Hintergrund), wir werden uns dann mal was einfallen lassen. Tschüß, mach's gut."



Soweit unser Gespräch mit Hamburg. Nach langem Hin und Her hat sich die Pflasterstrand-Redaktion entschlossen, nach telefonischer Rücksprache mit Blatt, taz, ID und anderen führenden Zentralorganen der Spontis, folgende offizielle Erklärung abzugeben:

"Die Unterzeichner werden – nachdem sie von der prekären Lage der Zeitschrift KONKRET, vertreten durch ihren Chefredakteur H. Gremliza, erfahren haben – mit sofortiger Wirkung das Erscheinen ihrer Zeitungen, Zeitschriften, Pamphlete und Postillen, Flugblätter und Flugschriften bis zur Bundestagswahl 1981 einstellen. Dem KONKRET-Verlag werden sämtliche Abonnements der genannten Blätter überschrieben.

Außerdem fordern die Unterzeichner ihre Leserschaft auf, ab sofort die Zeitung KONKRET mit Spendenabonnements zu überschütten.

Um diese Maßnahmen zu erläutern und verständlich zu machen, sprechen am

Samstag, den 15. 9. 1979

im Hörsaal VI der Universität Frankfurt, um 20 Uhr

Günther Amendt, Rudi Dutschke, Wolf Biermann, Oskar Negt, Herbert Mies

über

- **Die Gefahren von Rechts**
- **Die Ausmerzung der Dummheit**
- **Die Vernichtung der Angst**
- **Die Perspektiven eines breiten, antifaschistischen Bündnisses der werktätigen Bevölkerung, der Bauern und Intellektuellen dieser Republik.**

Ferner wird bei dieser Veranstaltung die PFLASTERSTRAND–Redaktion ihren Beschluß erläutern und zur Diskussion stellen, bevor sie am Sonntag, 16.9.79 mit dem Restkapital und den anderen Redaktionen mittels einer gecharterten DC 10 bis zur Bundestagswahl 1981 sich nach Jamaika verpissen wird.

Die Unterzeichner
327 alternative Zeitungen
mit ca. 400.000 Auflage"

"DAS URAN GEHÖRT DER REGENBOGENSCHLANGE"

Hamburg
27. August

Vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.:

Wir wissen viel über bedrohte Völker, die Indianer Nord- und Südamerikas, die Zigeuner und das kurdische Volk, um nur einige zu nennen. Wir wissen aber nichts über die schwarzen Australier, denen die englischen Kolonisatoren vor zweihundert Jahren den Namen Aborigines gaben und die sich selbst Koories nennen, was soviel bedeutet wie „Einer von uns". Was hat dieses Volk am anderen Ende der Welt mit uns zu tun?

An der Bedrohung der schwarzen Australier läßt sich am deutlichsten aufzeigen, daß der atomare Kreislauf nicht nur zu Völkermordpraktiken an Minderheiten führt, sondern auch uns bedroht. Wir wissen, daß der Kampf gegen die Atomtechnologie nicht nur wegen der radioaktiven Gefährdung geführt wird, sondern auch wegen der Bedrohung unserer demokratisten Grund- und Menschenrechte. Wir wissen aber wenig über die Verletzung dieser unveräußerlichen Rechte in solchen Ländern, von denen die BRD das Uran bezieht.

Hierzulande glauben nur noch wenig Menschen daran, daß die Atomenergie wirklich die sauberste Energiequelle ist. Es ist trotzdem viel zu wenig bekanntgeworden, wie es bei der Förderung des Urans zugeht und wieviele Menschenleben es schon gekostet hat, bevor das erste Brennelement in einen deutschen Reaktor gelangt.

Die Geschichte der Ausrottung der schwarzen Australier ist die Geschichte des Rohstoffhungers anderer Länder. Während der zweihundertjährigen Kolonisation wurden die meisten der über 300 auf dem australischen Kontinent lebenden Völker ausradiert. Die Massaker an diesen Völkern war so ungeheuerlich, daß sie bis heute von den weißen Australiern verdrängt und vor der Weltöffentlichkeit verschwiegen werden. Weiße Siedler machten es sich bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts zum Sonntagsvergnügen, statt Känguruhs Schwarze zu jagen. Die Ureinwohner wurden durch eingeschleppte Krankheiten und Seuchen dezimiert, ihre Wasserstellen sehr oft vergiftet. Viele dieser Greueltaten sind unter dem Vorwand christlicher Missionierung durchgeführt worden. Den Kirchen und ihren Missionaren untersteht heute noch die Leitung einiger Reservate, in die der überlebende Rest der schwarzen Australier vertrieben worden ist.

Die schwarzen Australier leben bis zum heutigen Tag als diskriminierte Minderheit in einer der wohlhabensten Nationen der Welt. Australien ist reich geworden durch Landraub und Massakern am ältesten Kulturvolk der Erde. In diesem rohstoffreichen Kontinent stehen die mulinationalen Konzerne im heftigen Wettbewerb um die Ausbeutung der Mineralien. Gerade die Konzerne spekulieren noch heute mit dem Aussterben der schwarzen Australier. Denn in den Reservaten sind umfangreiche Bodenschätze gefunden worden. Diese Gebiete waren einstmals für die Weißen uninteressantes Land. Nach damaligem Stand des Wissens gab es dort weder Bodenschätze noch schienen die Landstriche geeignet für Schaf- oder Rinderzucht.

Die schwarzen Australier fordern, daß ihnen wenigstens die Landrechte an den Reservaten zurückgegeben werden, damit sie in Selbstbestimmung und Unabhängigkeit leben können. Die rücksichtslose Ausbeutung der Bodenschätze in allen Landesteilen hat bereits in den vergangenen Jahrzehnten den physischen und psychischen Tod von unzähligen schwarzen Australiern gefordert, ohne daß jemals etwas nach außen gedrungen wäre. Genauso wenig ist über ihre heutige Lebens- und Gesundheitssituation bekannt, die die traurigsten Rekorde der Länder der dritten Welt schlägt. Nicht einmal in Bangladesh oder Indien gibt es eine so hohe Rate an Kindersterblichkeit, chronischer Unterernährung, Lepra und Analphabetismus. Jeder vierte schwarze Australier erblindet vor seinem vierzigsten Lebensjahr an einer Augenkrankheit. 95 % sind arbeitslos. Von einer arroganten weißen Mehrheit verachtet und mißbraucht, deren rassistische Einstellung und Apartheitspolitik nur mit Südafrika verglichen werden kann, vegetieren die schwarzen Australier unter der von der UNO festgelegten Armutsgrenze dahin.

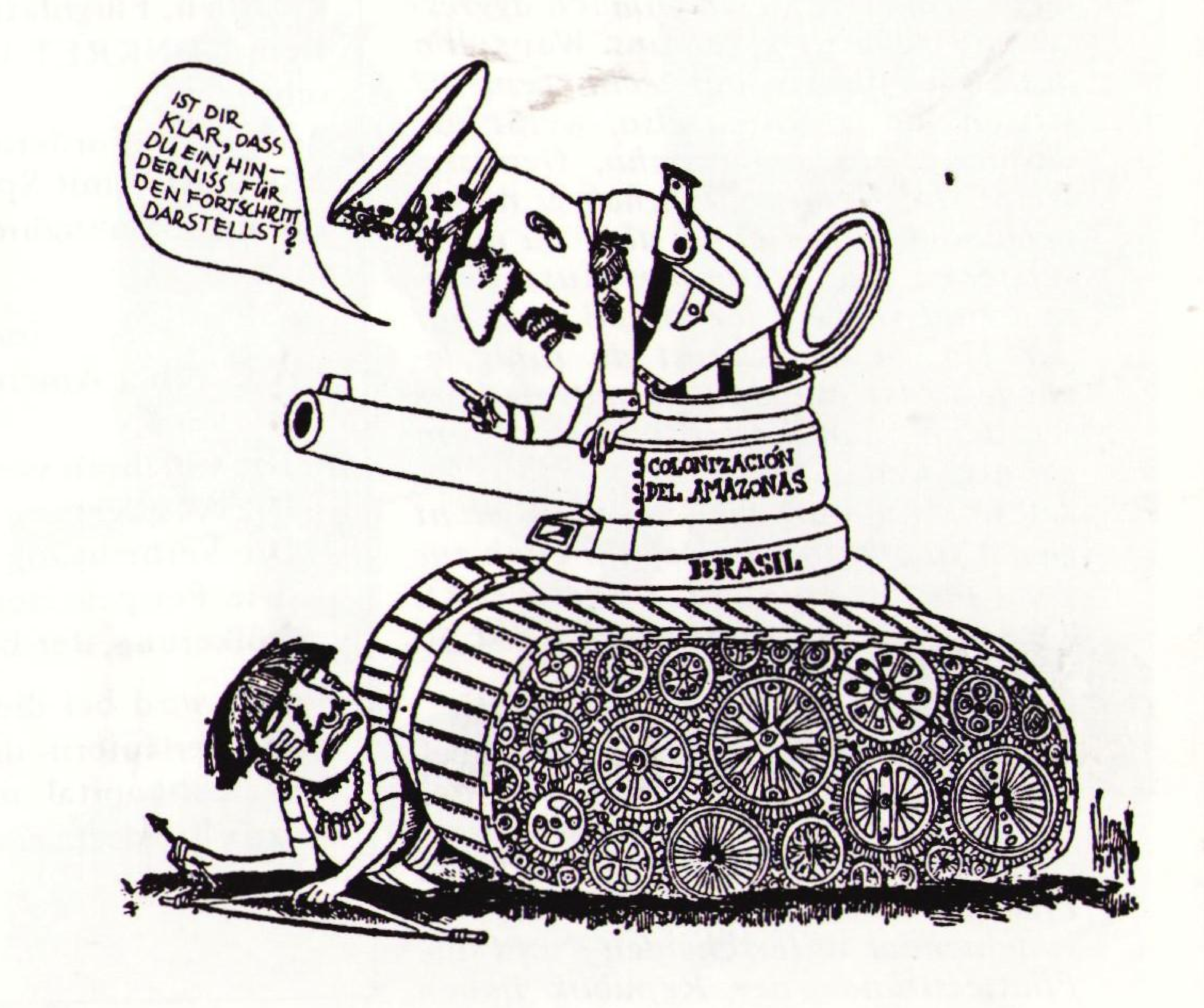
Bis vor 7 Jahren hatten sie nicht einmal das Recht, das Land zu verlassen; mit ein Grund dafür, daß erst jetzt schwarze Australier nach Europa gekommen sind, um ihre Lage zu schildern und um Hilfe von außen zu organisieren.

Neben Bauxit, Kohle, Gold und anderen Bodenschätzen wurde in den Reservaten der schwarzen Australier jetzt auch der heißbegehrteste Rohstoff des zwanzigsten Jahrhunderts entdeckt: Uran.

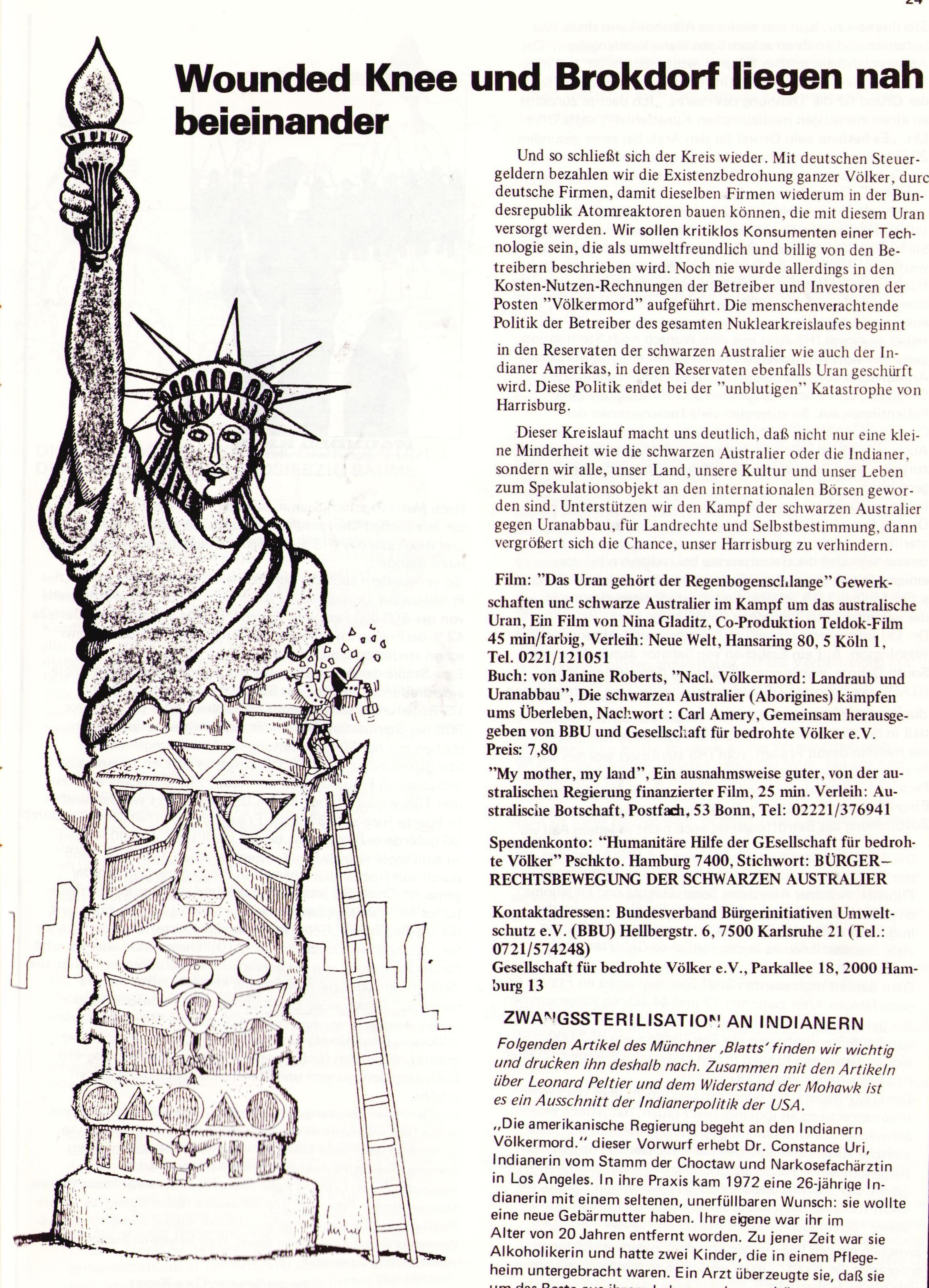
Der Abbau des Urans, das direkt an der Oberfläche liegt, gefährdet den gesamten Bestand an Tieren und Pflanzen in den Reservaten durch die freiwerdende Radioaktivität und macht dieses Gebiet somit für Menschen unbewohnbar. Es wird auch vielen schwarzen Australiern, die eng mit der Natur verbunden leben, den langsamen und sicheren Tod durch Krebs bringen.

Durch die Uranförderung werden darüberhinaus heilige Stätten der austalischen Ureinwohner zerstört, die zentraler Bestandteil ihrer Mythologie und ihres geistigen Lebens sind. Jahrtausendlange Erfahrung mit der Natur führten dazu, daß solche Gebiete zu heiligen Stätten erklärt worden sind, in denen aufgrund gefährlicher Mineralien Erkrankungen bei Menschen und Tieren beobachtet worden sind. Im Reservat Arnheimland gibt es z.B. einen Berg, der von keinem schwarzen Australier betreten werden darf. Nach einem Mythos der Ureinwohner lebt in diesem Berg die große Regenbogenschlange. Niemanden ist es erlaubt, die Ruhe der Schlange zu stören, da sie sonst aus dem Berg herauskommt und alles Leben auf der Erde vernichtet. Welche Bedeutung dieser Mythos hat, wird auch für Europäer deutlich, wenn wir erfahren, daß am Fuße dieses Berges eine der größten und reichsten Uranlager gefunden wurde. Dies zeigt, daß die australischen Ureinwohner schon seit Tausenden von Jahren die Gefahren des Urans erkannt haben.

An der Suche und Ausbeutung des australischen Urans ist neben den US-Multi Getty-Oil auch die Deutsche Urangesellschaft mit den Teilhabern Siemens und über die VEBA sowie die STEAG auch der deutsche Staat beteiligt. Die Explorationskosten dieser Firma werden von der Bundesregierung mit 70 bis 80 % subventioniert.



Wounded Knee und Brokdorf liegen nah beieinander



Und so schließt sich der Kreis wieder. Mit deutschen Steuergeldern bezahlen wir die Existenzbedrohung ganzer Völker, durch deutsche Firmen, damit dieselben Firmen wiederum in der Bundesrepublik Atomreaktoren bauen können, die mit diesem Uran versorgt werden. Wir sollen kritiklos Konsumenten einer Technologie sein, die als umweltfreundlich und billig von den Betreibern beschrieben wird. Noch nie wurde allerdings in den Kosten-Nutzen-Rechnungen der Betreiber und Investoren der Posten "Völkermord" aufgeführt. Die menschenverachtende Politik der Betreiber des gesamten Nuklearkreislaufes beginnt in den Reservaten der schwarzen Australier wie auch der Indianer Amerikas, in deren Reservaten ebenfalls Uran geschürft wird. Diese Politik endet bei der "unblutigen" Katastrophe von Harrisburg.

Dieser Kreislauf macht uns deutlich, daß nicht nur eine kleine Minderheit wie die schwarzen Australier oder die Indianer, sondern wir alle, unser Land, unsere Kultur und unser Leben zum Spekulationsobjekt an den internationalen Börsen geworden sind. Unterstützen wir den Kampf der schwarzen Australier gegen Uranabbau, für Landrechte und Selbstbestimmung, dann vergrößert sich die Chance, unser Harrisburg zu verhindern.

Film: "Das Uran gehört der Regenbogenschlange" Gewerkschaften und schwarze Australier im Kampf um das australische Uran, Ein Film von Nina Gladitz, Co-Produktion Teldok-Film 45 min/farbig, Verleih: Neue Welt, Hansaring 80, 5 Köln 1, Tel. 0221/121051
Buch: von Janine Roberts, "Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau", Die schwarzen Australier (Aborigines) kämpfen ums Überleben, Nachwort : Carl Amery, Gemeinsam herausgegeben von BBU und Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. Preis: 7,80
"My mother, my land", Ein ausnahmsweise guter, von der australischen Regierung finanzierter Film, 25 min. Verleih: Australische Botschaft, Postfach, 53 Bonn, Tel: 02221/376941

Spendenkonto: "Humanitäre Hilfe der GEsellschaft für bedrohte Völker" Pschkto. Hamburg 7400, Stichwort: BÜRGER–RECHTSBEWEGUNG DER SCHWARZEN AUSTRALIER

Kontaktadressen: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21 (Tel.: 0721/574248)
Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., Parkallee 18, 2000 Hamburg 13

ZWANGSSTERILISATION AN INDIANERN

Folgenden Artikel des Münchner 'Blatts' finden wir wichtig und drucken ihn deshalb nach. Zusammen mit den Artikeln über Leonard Peltier und dem Widerstand der Mohawk ist es ein Ausschnitt der Indianerpolitik der USA.

„Die amerikanische Regierung begeht an den Indianern Völkermord." dieser Vorwurf erhebt Dr. Constance Uri, Indianerin vom Stamm der Choctaw und Narkosefachärztin in Los Angeles. In ihre Praxis kam 1972 eine 26-jährige Indianerin mit einem seltenen, unerfüllbaren Wunsch: sie wollte eine neue Gebärmutter haben. Ihre eigene war ihr im Alter von 20 Jahren entfernt worden. Zu jener Zeit war sie Alkoholikerin und hatte zwei Kinder, die in einem Pflegeheim untergebracht waren. Ein Arzt überzeugte sie, daß sie um das Beste aus ihrem Leben machen zu können, sterilisiert werden müßte. Sie folgte dem Rat des Arztes und stimmte der

Sterilisation zu. Nun war sie keine Alkoholikerin mehr und hatte inzwischen ihren zukünftigen Mann kennengelernt. Die Antwort, daß ein solcher Eingriff nicht möglich ist, ließ diese Frau völlig verzweifeln. Ihre Unfruchtbarkeit wurde später der Grund für die Trennung des Paares. „Ich dachte zunächst an einen einmaligen medizinischen Kunstfehler", sagte Dr. Uri. „Es bestand kein Grund für den Arzt, bei einer gesunden 20-jährigen Frau eine Hysterektomie (operative Entfernung der Gebärmutter) oder eine Durchtrennung der Eileiter durchzuführen". Doch als sie darüber mit weiteren Indianerinnen sprach, schöpfte sie einen ganz anderen Verdacht. Noch im selben Jahr begann Dr. Uri mit gezielten Nachforschungen. Sie bereiste verschiedene Reservationen im Süden und Südwesten der USA, um in den Krankenhäusern des Indian Health Service (IHS) die Handhabung der Sterilisation zu überprüfen. Unter den 1000 sterilisierten Frauen, die Dr. Uri ausgemacht hatte, war nur eine einzige Indianerin, die von selbst zu einem IHS-Arzt mit dem Wunsch nach Sterilisation gegangen war. Alle anderen Frauen waren mit fragwürdigen Argumenten überredet worden. Dabei nutzten viele Ärzte Unwissen, Sprachschwierigkeiten und Hilflosigkeit ihrer Patientinnen aus. So stimmten viele Indianerinnen der Operation zu, als sie noch unter Geburtsschmerzen litten. Auch schreckten etliche Ärzte nicht vor Lügen und Drohungen zurück – zum Beispiel, das Wohlfahrtsgeld werde sonst gestrichen.

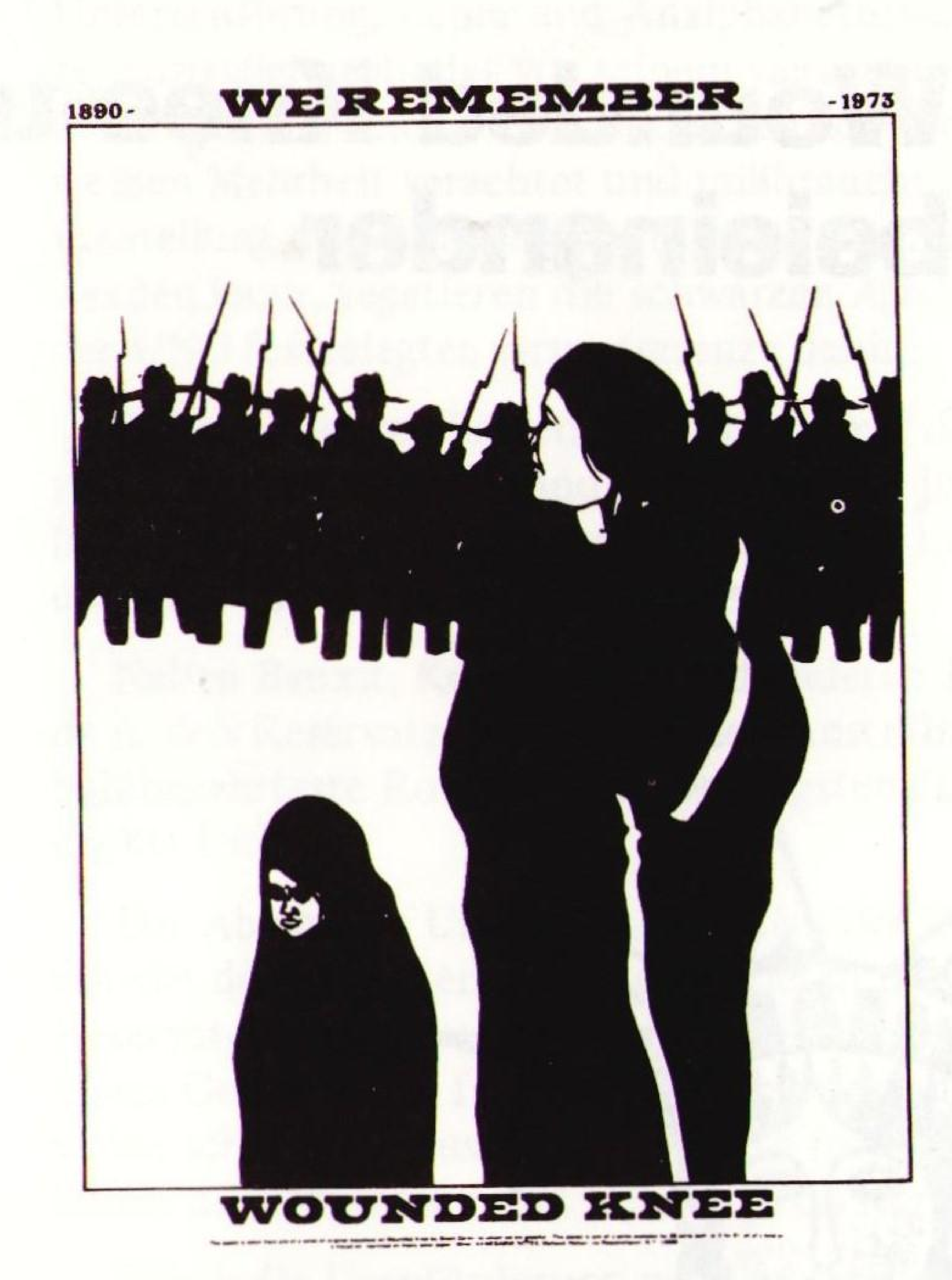
In einem Krankenhaus in Clairmore, Oklahoma, stellte Dr. Uri fest, daß für jedes dort geborene Kind eine Frau sterilisiert wurde. In diesem Zusammenhang mag von Interesse sein, daß die Geburtenrate bei Indianern bis vor einigen Jahren dreimal so hoch war wie der nationale Durchschnitt in den USA, es war die stärkste Steigerungsrate in der gesamten amerikanischen Bevölkerung.

Dr. Uri informierte schließlich Senatoren und Abgeordnete in Washington. Auf ein Ersuchen von Senator James Abourezk, South Dakota, wurde vom US General Accounting Office (GAO), der höchsten US-Aufsichtsbehörde, eine Untersuchung durchgeführt. Der am 4.11.1976 vorgelegte Bericht ergab, daß in der Zeit zwischen 1973 und 1976 3406 Indianer, die meisten davon Frauen, vom IHS sterilisiert worden waren. in einigen Fällen sogar Frauen unter 21 Jahren. Die betroffenen Personen hatten weder den Vorgang noch die Folgen dieses Eingriffes begriffen. Die im Gesetz vorgeschriebene formale Zustimmung des Betroffenen lag auch nicht in jedem Fall vor.

Die Statistiken des Berichts basieren auf IHS-Akten von nur vier Zuständigkeitsbereichen: Albuquerque, New Mexico; Phoenix, Arizona; Aberdeen, South Dakota und Oklahoma city, Oklahoma. Senator Abourezk: „Da dies nur vier der insgesamt zwölf IHS-Bereiche sind, weiß man nicht, wie viele Sterilisationen es in den restlichen Gebieten noch gegeben hat."

Dem Bericht nach wurden 3001 Sterilisationen an Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 13 und 44 Jahren vorgenommen. Bei der geringen indianischen Bevölkerungszahl kommt die Zahl von 3406 Sterilisationen der Sterilisation von 452 000 nichtindianischen Frauen in den gesamten USA gleich. Unter den Betroffenen waren 142 Männer..

Der GAO-Report, ein wichtiges Dokument über die Sterilisationspraktiken an indianischen Frauen, hat jedoch eine Schwäche. Als Untersuchungsgrundlage dienten nur medizinische Akten, Befragungen der Betroffenen wurden nicht vorgenommen – Papier ist geduldig und kann auch mal verloren gehen. Der stellvertretende IHS-Direktor James Felgen, der selbst Indianerinnen sterilisierte, räumt ein, daß es „ganz sicher" Mißbrauch gegeben hat. Er zieht sogar Parallelen zwischen einigen IHS-Ärzten und dem Judenvernichtungsprogramm der Nazis. „Jeder weiß, daß es draußen im Land viele kleine Hitlers gibt."



Nach Marie Sanchez, Stammesrichterin auf der Reservation der Nördlichen Cheyenne in Montana, hat sich die Politik und die Praxis des IHS auch nach Herausgabe des Reports nicht geändert.

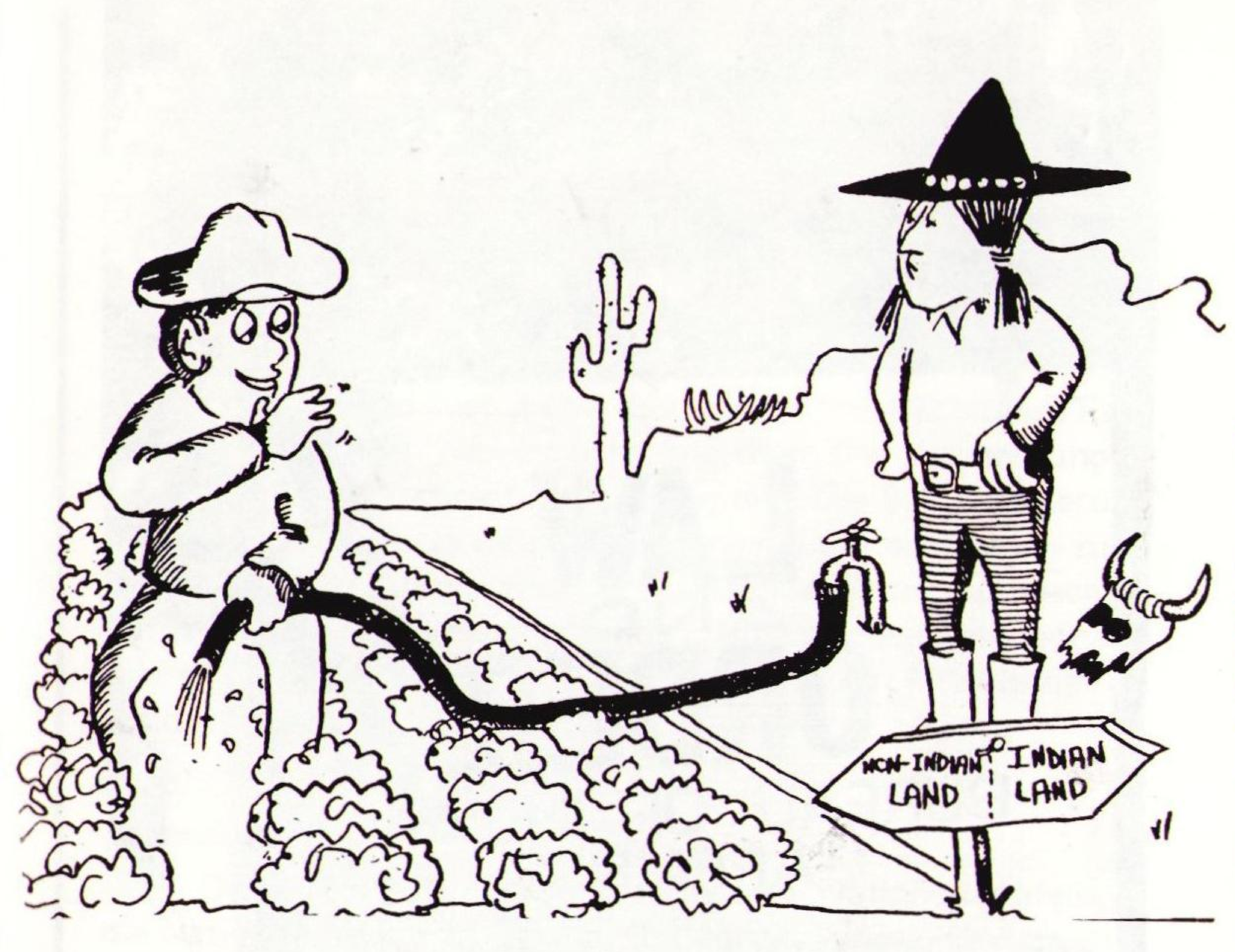
So verwundern auch die Schätzungen von Lee Brightmann, Präsident der United Native Americans, nicht, daß mittlerweile von der 800 000 Personen zählenden Urbevölkerung mindestens 42 % derFrauen im gebärfähigen Alter und 10 % der Männer schon sterilisiert worden sind.

Eine Studie der Association for Voluntary Sterilisation zeigte eine dreifacheZunahme der Sterilisationen seit 1970. Die US-Regierung erstattet dem Krankenhaus oder dem Doktor 90% der Sterilisationskosten für Sozialhilfeempfänger, verglichen mit nur 50 % Erstattung für Abtreibungskosten. Statistiken zeigen, daß 20,1% schwarzer Frauen (meint: aller indianischen Frauen; Anm. der Red.), 21,7% Chcana Frauen und 16% weißer Frauen in den USA sterilisiert worden sind. In Puerto Rico sind 35 % der Frauen im gebärfähigen Alter durch US-geförderte Programme bereits sterilisiert. 40 000 Frauen in Kolumbien wurden in der Zeit zwischen 1963 und 1965 durch von Rockefeller finanzierte Programme unfruchtbar gemacht. Chile gibt jetzt 40% der Mittel des Gesundheitshaushaltes für 'Familienplanung' aus. In vielen Ländern finanziert die US-Regierung „Geburtenkontrollprojekte" über die Agency for International Development (AID). Dieses Geld wird genutzt für die Erprobung von oft gefährlichen Operationstechniken, die dann in den USA zur Anwendung kommen oder von „repressiven" Regierungen gegen unbequeme ethnische Minderheiten eingesetzt werden. Auch AID hat die Mittel für Ausbildungs-, Gesundheits- und agrarökomomische Programme gekürzt, diejenigen für Polizeitraining zum Niederschlag von Befreiungsbewegungen und Sterilisationsforschung jedoch erhöht.

Quellen: Vom Massaker zur Sterilisation – Völkermord an Indianern in den USA – gestern und heute, Hamburg 1977, 30 S. Selbstverlag, zu bestellen über: Beate Sauer, Kurfürstenstr. 16, 43 Essen 1, und Gerlinde Progscha, Paulinenplatz 1, 2000 Hamburg 4.

Akwesasne Notes: Growing Fight Against Sterilisation of Native Women, Mohawk Nation, February 1979/ Akwesasne Notes: Killing Our Future: Sterilisation and Experimentation, Mohawk Nation, Spring 1977, S.4-6/ Commitee to End Sterilization Abuse: Press Release on Sterilisation Abuse, Boston Committee, 1975, S1f, S.4-7.

Renate Schukies/Claus Biegert



DIE FESTUNG DER MOHAWK-IROKESEN ODER DER KRIEG DER ZWEIUNDSIEBZIG BÄUME

NEW YORK August 1979 In Akwesasne, der Mohawk-Reservation der U.S.A. im Norden des Staates New York, haben traditionalistische Indianer seit dem 1. August ein befestigtes Lager errichtet, um die Intervention der Staatstruppen und die Verhaftung von dreiundzwanzig ihrer Stammesbrüder zu verhindern. Dieser Konflikt ist kennzeichnend für die Überlebensproblematik aller traditionalistischen Indianer in den U.S.A. und Kanada und könnte schließlich zu einem neuen Wounded Knee führen, wenn die zur Zeit noch laufenden Verhandlungen zwischen den Mohawks von Akwesasne und der U.S.-Bundesregierung bzw. den lokalen Behörden zu keinem Ergebnis führen.

Akwesasne ist der indianische Name der Mohawk-Reservation, die zum Teil im Staat New York und zum Teil in Kanada liegt. Es ist ein Territorium von 60 Quadratkilometern, auf dem 6 000 Mohawks leben, die der Irokesenföderation der sechs Nationen angehören (1) Der St.-Lorenz-Strom (der Seeweg zu den großen Seen), der die Reservation berührt, ist der wichtigste Binnenwasserweg Nordamerikas. Die Stammesautoritäten, die von der Regierung eingesetzt wurden, haben zahlreiche Gebiete der Reservation an die Fabriken Alcoa, Howard Smith Papers, Snell Lock, ... und Reynold Metals (auch durch einen Hamburger Umweltskandal bekannt !), dessen fluorhaltige Abwässer das Vieh vergiften, verpachtet.
Wie in jeder anderen Reservation verwalten auch hier die "Stammesvertrauten" unter der Oberaufsicht der 'Büros für Indianerangelegenheiten' die Finanzfonds, die Wirtschaft, Gesundheit, Schule und Polizei. Sie sind die Speerspitze derer, die indianisches land Stückchen um Stückchen verschachern und die Indianer in die amerikanische Zivilisation integrieren wollen.

Die traditionalistischen Indianer dagegen verweigern die Enteignung und verteidigen das Land, die Natur und die Lebensweise der Mohawks. Sie wollen keine Integration in das westliche System und berufen sich auf den Vertrag von Canandaigua von 1794, der von den sechs Nationen der Irokesen und den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden war. Er erkannte die Irokesen als eigenständige Nation an, mit eigener Regierung, eigener Kultur und eigener Lebensart. Noch heute treten sie im "Longhouse" (Stammesgemeinschaftshaus) zur Beratung zusammen und verweigern sich dem von der U.S.-Regierung installierten Wahlsystem.

Im "Longhouse" werden die Entscheidungen immer einstimmig getroffen, und deshalb bedeutet der 'Stammesrat', der nach weißen demokratischen Prinzipien gewählt wurde, für sie überhaupt nichts. Sie führen ihre Stammesgemeinschaft weiterhin nach dem "großen Friedensgesetz" der sechs Nationen.

Der 28. Mai '79

"Die Stammesautoritäten sind Äpfel", sagen sie, "rot von außen und weiß von innen ! Sie suchen nur den Profit und die Macht und verkaufen das Land für Autobahnen und Fabriken. Sie verkaufen das Volk und die kommenden Generationen. Die Geschichte der Vergangenheit zeigt uns ganz deutlich: sie repräsentieren nicht das Volk, sie sind gekauft!"

Die Mohawk-Indianer aus dem "Longhouse" publizieren die Zeitung "Akwesasne Notes", deren Sitz im Zentrum des jetzigen Konflikts steht. Dieser Ort ist seit dem 1. August ein befestigtes Lager.

Der Ausgangspunkt des Konflikts ist ein Zwischenfall, der am 22. Mai stattgefunden hatte, und wie damals in "Wounded Knee" mußte nicht viel passieren für eine schnelle Eskalation. An diesem Tag waren Angehörige des "Young Adult Conservation Corps", einer Organisation, die im Rahmen des BIA (2) arbeitet, beim Traditionalistenoberhaupt Loran Thompsen eingedrungen und hatten ohne seine Einwilligung zweiundsiebzig Bäume gefällt. Loran Thompsen und Joe Swamp waren dazwischengegangen und hatten das Holz konfisziert. Deswegen wurden sie des Diebstahls angeklagt. Als die Staatspolizei mit Hilfe der Stammespolizei sie verhaften wollte, leisteten sie Widerstand.

Die Traditionalisten antworteten auf die Verhaftungen mit einer Demonstration am 28. Mai vor dem Haus der Stammesautoritäten, dabei kam es zu 21 weiteren Verhaftungen. M., einer der einundzwanzig, erzählt, was an jenem Tag passiert ist: " Unser Rat hatte sich versammelt und beschlossen, eine ernste Warnung an die Stammespolizei zu erlassen wegen ihrer Untaten gegen das Volk. Bei uns hier ist die dritte Warnung eine sehr ernsthafte Angelegenheit.

Wenn sie nicht befolgt wird, bringen diese Leute die Gemeinschaft in Gefahr und müssen außerstande gesetzt werden, sie zu schädigen. Wir waren in einem Demonstrationszug beim Stammesbüro und haben sie aufgefordert zurückzutreten. Als sie sich darüber lustig machten, haben wir sie entwaffnet und das Büro 9 Stunden lang besetzt. Die Staatstruppen sind dann auch noch gekommen, aber alles wurde ohne Gewalttätigkeiten beendet." Aber bis heute bleiben die 21 Anklagen. Sein ältester Sohn kommentiert das so: „Wenn sie euch ins Gefängnis stecken wollen, dann brauchen sie aber große Zellen, wir werden alle mit euch gehen!"

Inzwischen haben Ende Juli Verhandlungen zwischen der Bundesregierung, dem ‚Weißen Haus' und dem Häuptlingsrat des Mohawk-Volkes stattgefunden; sie haben zu folgendem Abkommen geführt: Die Anklagen werden zurückgenommen, wenn das konfiszierte Material zurückgegeben wird und außerdem wurde versprochen, 72 Bäume neu anzupflanzen.

„Es ist nicht zu spät, um zu denken"

Am 1. August erfährt die Bevölkerung aus dem ‚Longhouse' mit Bestürzung, daß die Anklagen aufrechterhalten werden und daß die Haftbefehle für den 2. August, 12 Uhr ausgestellt worden sind. Um eine Intervention der Staatspolizei zu verhindern, was eine neue Verletzung des Vertrages von Canandaigua bedeuten würde (nach dem die Nation Mohawk nicht dem Gesetz des Staates New York und der USA unterworfen ist), grün-

det sich eine Widerstandsgruppe. Die Gegend eignet sich gut, die Straße, die zu den Häusern von Loran Thompson und den Akwesasne Notes führt, endet am Ufer vom St. Lorenz. Eine Kontrolle wird am Anfang der Straße aufgestellt mit einer ersten Sperre. Auf einem Transparent steht: „Es ist nicht zu spät um zu denken". Etwas weiter ein Lastwagen, um die Straße zu sperren. Freunde kommen von überall her. In drei Tagen wird ein Holzhaus gebaut, die Garage der Akwesasne Notes, die sich im Zentrum der Aktivitäten befindet, wird zu einer Küche umgewandelt. Durch Walkie-Talkies wird der Kontakt zwischen den einzelnen Gruppen hergestellt, Ferngläser überwachen die Straße, der Polizeifunk wird abgehört.

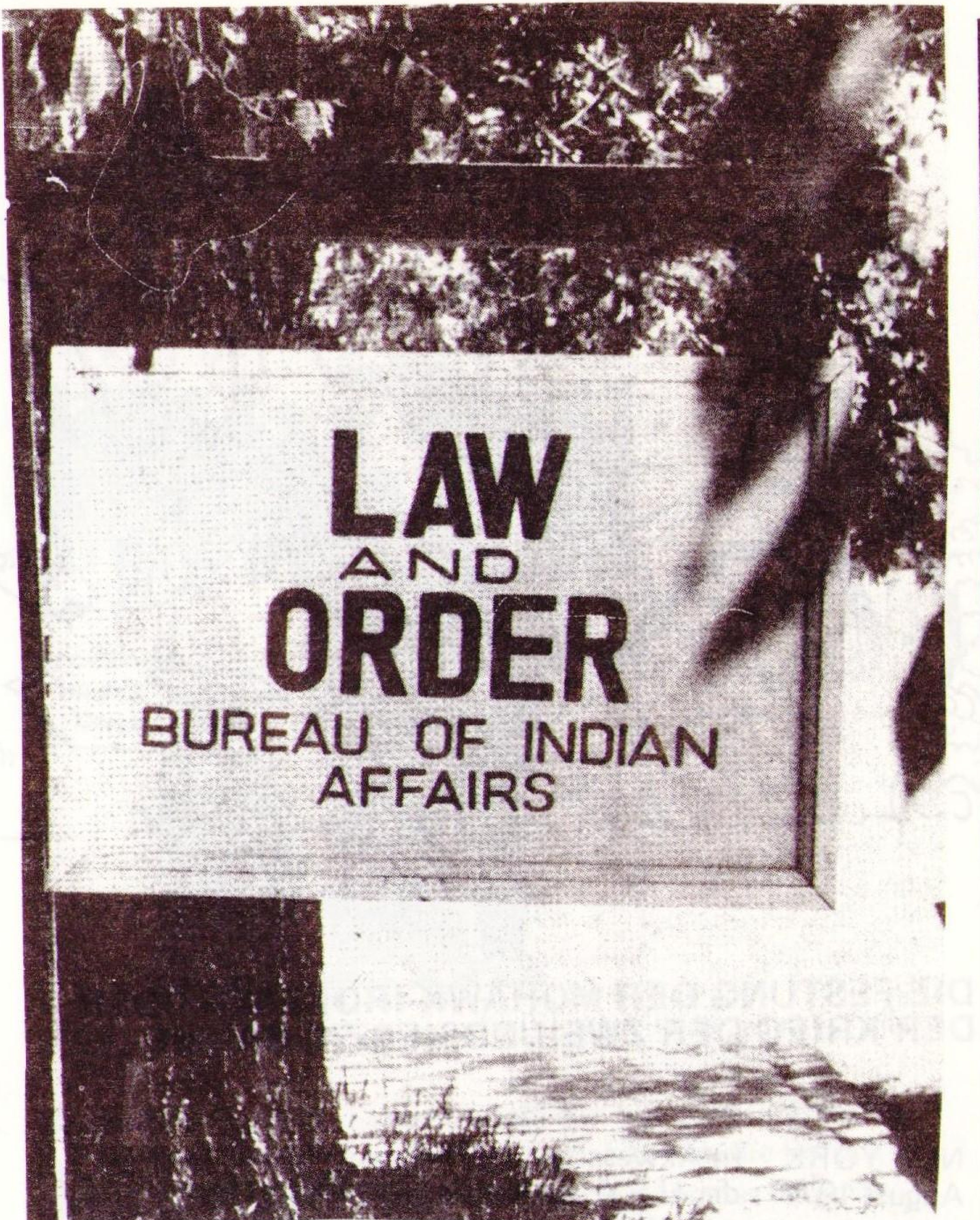
Eine Frau ergreift das Wort und bittet, nachdem sie die Situation zusammengefaßt hat, die nicht-indianischen Unterstützer, sich auf der anderen Seite der Eingangssperre aufzuhalten, aus Sicherheitsgründen. Zelte werden aufgespannt, Genossen der R.A.I.N. (3) bringen Nahrungsmittel ins besetzte Lager. Wir treffen dort ungefähr 20 Freunde der Indianer aus verschiedenen Ländern Europas (England, Holland, Frankreich) und aus verschiedenen Staaten der USA.

Die Spannung steigt, als die Mittagsstunde naht, der Zeitpunkt, an dem die Haftbefehle ausgestellt werden sollen. Auf einem Kinderwagen sitzt eine alte Frau, Mutter des Clans: „Mein ganzes Leben habe ich mich darum geschlagen, nach unserer Tradition leben zu dürfen, dafür haben sie mich selbst ins Gefängnis gesteckt. Sie wollten mich sogar in ein Altersheim stecken, sie sagten, sie wollten mir alles geben, ich müßte nicht mehr Holz und Wasser suchen. Aber ich ziehe vor, unter den meinen zu leben und so zu leben, wie ich es immer getan habe."

Jeder fühlt sich an Wounded Knee erinnert. Aber, so sagt eine Person der Sicherungstrupps: „Es ist doch nicht dasselbe. Die Bundesregierung hat verhandelt, hat einem Abkommen zugestimmt. Sie würde ihr Gesicht verlieren, wenn sie ihre Truppen intervenieren ließe." Die eigentliche Gefahr, die im Augenblick droht, sind die 39 Männer, die vom Stammesrat gerade als Miliz eingezogen worden sind. In dieser ernsten Situation denkt jeder an die 6000 Navajos und 75 Hopis, die gerade Camps im Big Mountain (Arizona) aufgebaut haben, um ihre Deportation zu verhindern. Dort, wie auch an anderen Stellen ist das indianische Gebiet, das früher wertlos war, auf großes Interesse der US-Regierung und der Multis gestoßen, vor allen Dingen wegen der Bodenschätze (Uran und Kohle). Deswegen sollen die Ureinwohner auch in die Städte vertrieben werden.

Die Nacht verläuft ohne Zwischenfälle. Die Mehrzahl der Indianer hat ihre Arbeit verlassen und geht kaum mehr nach Hause, die Familien finden sich alle auf dem besetzten Gebiet wieder. Eine Unterkunft für die schwangeren Frauen und Kinder ist eingerichtet worden, mit Lebensmitteln und einem Minimum an Komfort. Im Falle der Belagerung ist für sie und für die Verwundeten vorgesehen, sie auf die kanadische Seite des St. Lorenz-Stroms zu evakuieren. Für den Fall einer Festnahme außerhalb des Camps trägt jeder einen Passierschein mit sich: „Es wird bescheinigt, daß X ein Bürger der „Irokesischen Konföderation der Sechs Nationen" ist, sie garantiert und sichert ihm (ihr) Schutz gegenüber jeglicher Polizeifestnahme, bezugnehmend auf Artikel VII des Vertrages von Canandaigua zwischen den Vereinigten Staaten und der Konföderation der Sechs Nationen. Unterzeichnet Kanawahioto, Sekretär des Rates der Führer und des Volkes der Irokesen."

Für die Kinder ist ein Signal eingerichtet worden, das im Fall eines Angriffs ertönt, damit sie sich in Sicherheit bringen können. Die indianischen Kinder, wie alle Kinder, lachen und spielen, aber nehmen auch teil an der Veranwortung. Die Erwachsenen betrachten sie nicht als Wesen außerhalb der Welt, sondern als „Erwachsene in der Entwicklung". Sie sind von der Situation betroffen und nehmen an ihr teil, indem sie sich um die ganz Kleinen kümmern und beim Abwasch helfen.



Die „falschen Gesichter"

Die Versammlungen gehen weiter. Meetings der traditionalistischen Führer, der Frauen, der nicht-indianischen Sympathisanten. Diese haben die Medien alarmiert, Petitionen verschickt, sie sammeln Geld, Nahrungsmittel und Medikamente. Die Arbeitslosigkeit wird im Winter große Schwierigkeiten bringen (Kosten für Öl, Elektrizität), es werden Anwälte gebraucht, um die Verteidigung zu sichern. All das führt zu einer heiklen finanziellen Situation. „Die Stammesautoritäten haben unserem Arzt den Tod angedroht, falls er in unser Reservat eintritt, um uns zu helfen. Aber sie haben Angst: wenn sie in der Nacht patrouillieren, sehen die Stammespolizisten lebende Masken die ‚false faces' (falsche Gesichter)."

– Und wie ist die Lage der anderen Indianer des Reservats? „Sie sind zum größten Teil christianisiert, aber bleiben trotzdem in den Traditionen verhaftet. Viele respektieren die Beschlüsse des Longhouse und unterstützen den Widerstand. Einige stellen sogar ihre christliche Religion in Frage."

Kirche und Justiz

Auf der anderen Seite des Reservats – zwei prunkvolle Gebäude: die Kirche und das Haus des Pfarrers. Aus seinem Haß gegenüber den Traditionalisten hat er in einem Interview kein Geheimnis gemacht: „Diese Mohawks vom Longhouse sind viel später als die Christen gekommen. Sehen Sie, die ersten Missionare sind 1752 angekommen, und alles waren Christen hier. Das was sie wollen, ist den guten (!) Indianern ihre Lebensart und ihre teuflische Religion aufzwingen." Vor 200 Jahren hätten diese Leute, so der Pfarrer, noch Menschen gefressen und vor allen Dingen .... Franzosen! Heute könne mann von Nichtverantwortlichen sprechen, falschen Pazifisten, die durchaus unter dem Verdacht stehen, mit dem Kommunismus etwas zu tun zu haben.

Am Ende jeden Tages treffen sich alle an Lagerfeuern, um die Ereignisse des Tages zu besprechen. R., der aus der Gegend südlich Montreals kommt, sagt: „Meine Generation hat französisch und englisch lernen müssen, das Mohawk wurde nicht verbreitet. Darum haben wir eine Schule gegründet an der Mohawk und Englisch unterrichtet werden."

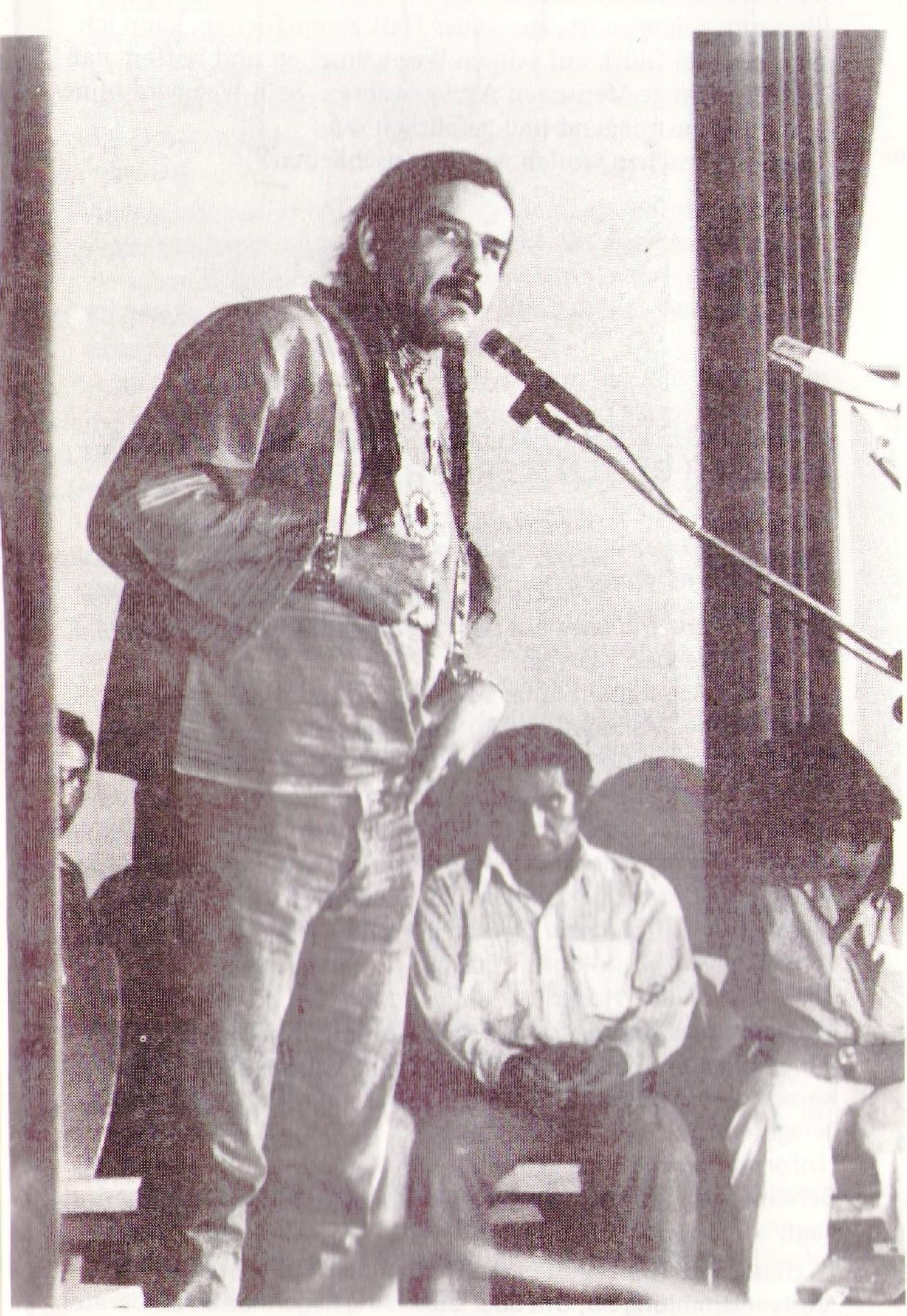
Während am folgenden Tag die Mohawks der Irokesenföderation erneut versuchen, mit der Bundesregierung zu verhandeln, erklärt Richter Ryab: „Swamp und Thompson werden festgenommen werden, wie jeder andere Bürger dieses Staates, am Tag und zur Stunde, wo wir es für richtig halten." Frage: „Kennen Sie die Vereinbarung zwischen den Traditionalisten und der Bundesregierung?" — Ryan: „Das interessiert mich nicht. Das geht lediglich die lokale Justizbehörde etwas an." — Die letzten Ereignisse scheinen ihm leider recht zu geben. Die Verhandlungen, vom Longhouse angeregt, sind gescheitert. Die Bundesregierung hat lediglich akzeptiert über Bedingungen der Festnahmen zu verhandeln. Der Gouverneur des Staates New York hat beschlossen, US-Staatstruppen zu entsenden. Eine massive Kampagne folgte darauf, Telegramme wurden geschickt. In Akwesasne bleibt die Situation gespannter als je zuvor.
(aus: Liberation 27. August '79)

Anmerkungen:

(1) Die Irokenische Konföderation der 6 Nationen umfaßt die Nationen Mohawk, Oneida, Onondaga, Seneca, Cayuga und Tuscarora.

(2) BIA — Büro der „Indianischen Angelegenheiten", vor einem Jahrhundert eine Unterabteilung des Kriegsministeriums, ist heute dem Innenministerium zugeteilt. Seine Praxis: Ausverkauf der Erde, Sterilisierung von Indianerinnen, Entwurzelung der Jugendlichen durch die Schulen usw.

(3) RAIN: Rights for American Indians Now, Organisation von Amerikanern, im wesentlichen von Nichtindianern zur Unterstützung des Kampfes der Indianer.



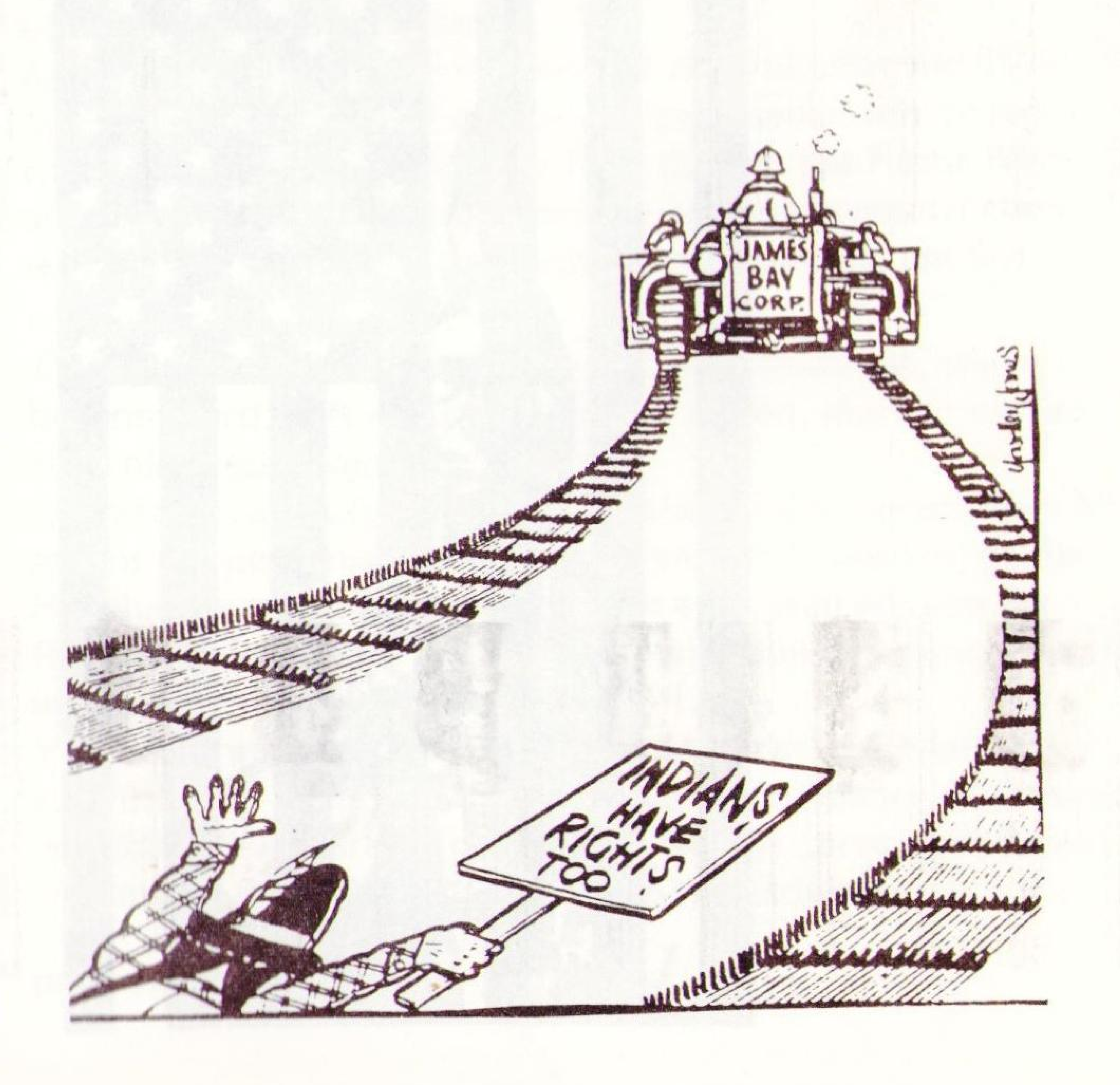
POLITISCHES ASYL FÜR INDIANER-FÜHRER

Am 27.7.79 erschien im Bonner ‚GeneralAnzeiger' folgende Notiz: Politisches Asyl für Indianer-Führer? (Lompoc/Kalifornien)
Die amerikanische Indianerbewegung (AIM) hat jetzt die ausländischen Botschaften in den USA aufgefordert, dem aus dem Gefängnis geflohenen Indianerführer Leonard Peltier politisches Asyl anzubieten. Der 34jährige Peltier, der wegen Ermordung zweier FBI-Agenten eine lebenslange Haftstrafe verbüßte, war am vergangen Freitagabend zusammen mit zwei Mitgefangenen im Kugelhagel des Wachpersonals aus dem Gefängnis von Lompoc nördlich von Los Angeles entflohen. Einer der Fliehenden starb unter den Schüssen der Wachen, der andere wurde später gefaßt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker schickte uns darauf folgende Hintergrundinformationen für das bessere Verständnis dieses „Falles":
Leonard Peltier – kurzer Lebenslauf.
Leonard Peltier ist 34 Jahre alt, Indianer vom Stamm der Chippewa-Sioux. Mit acht zwang man ihn, seine Familie zu verlassen und eine weiße Schule zu besuchen. In den sechziger Jahren arbeitete er als Solzialarbeiter in Seattle. 1972 bekannte er sich zum American Indian Movement (AIM), um sich so für die Rechte seines Volkes besser einsetzen zu können.
So wurde er zur Zielscheibe für FBI-Aktionen.
Regierungsakten belegen, daß seit 1970 traditionell lebende Indianer von FBI-Agenten systematisch auf Kriminalität hin „durchleuchtet" werden. In den letzten fünf Jahren wurde hunderten von Indianer-Führern der Prozeß gemacht.
Peltier wurde beschuldigt, bei einer FBI-Aktion im traditionellen Indianerdorf Oglala, Pine Ridge Reservation, zwei FBI-Agenten erschossen zu haben. In einem mehr als zweifelhaften Indizienprozeß wurde er zu zweimal lebenslänglich verurteilt.

Einige Hintergrundinformationen

In der Pine Ridge Reservation wurde vom Innenministerium die Suche nach Uran angeordnet. Am 26. Juni 75 wurden 133 000 acres Land beschlagnahmt.
In den Wochen vor dem 26. Juni wurden die FBI-Kräfte in Pine Ridge um 40 Mann verstärkt. Der FBI übernahm für den 26. Juni die Funktion der örtlichen Polizei; weiße Polizisten wurden vorher aufgefordert Oglala zu meiden, am 26. gäbe es dort "trouble".



In einer gezielten Aktion drangen dann FBI-Agenten in das Dorf ein. Nach einer kurzen Schießerei umringten hunderte Beamte das Dorf und feuerten mit automatischen Waffen auf die bewohnten Häuser. Der Indianer Joe Stuntz und zwei FBI-Männer wurden erschossen. Niemand wurde vorerst verhaftet, dann begann eine Terrorkampagne gegen die Indianerbevölkerung.
Das FBI sandte 175 Beamte zu Klärung des Falles ins Reservat.

Der Prozeß gegen Leonard Peltier

Aufgrund von Zeugenaussagen, die später wiederrufen wurden, wurde Leonard Peltier angeklagt, die zwei Agenten ermordet zu haben. Der Prozeß fand in Fargo unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt: indianische Beobachter wurden wegen Geringfügigkeiten wie Kaukummikauen aus dem Gerichtssaal verwiesen.
Während des 5 1/2 wöchigen Prozeß hatte die Verteidigung sechs Tage Zeit zur Zeugenaussage. Davon fanden zwei Tage, sowie alle Aussagen, die den FBI in ein schlechtes Licht rücken konnten, in Abwesenheit der Jury statt; auch dann, wenn sie Kernpunkte der Anklage betrafen. Der Schuldspruch stützte sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

– die Aussage von Myrtle Poor Bear, einer Indianerin, die anfangs aussagte, beobachtet zu haben, wie Leonard Peltier einen FBI-Mann erschoß; die dann später mit der Begründung, vom FBI zu dieser Aussage gezwungen worden zu sein, widerrief.
  Sie wirkte im Zeugenstand sehr nervös und gab an, Angst vorm FBI zu haben. In derselben Woche war die Leiche einer Indianerin (mit einer Kugel im Kopf) an einem Straßenrand im Reservat gefunden worden. Poor Bear gab an, die FBI-Agenten hätten sie immer wieder an diesen Fall erinnert.

– Die Aussagen von 3 indianischen Teenagern, die ebenfalls widerrufen wurden:
  Michael Andersen gab an, durch Schläge zur Aussage gezwungen worden zu sein; Wish Draper war drei Stunden an einen Stuhl gefesselt worden und Norman Brown schwor, man hätte ihm damit gedroht, daß er nie wieder würde laufen können.

– Die Aussage eines FBI-Mannes, er hätte durch das Zielfernrohr seines Gewehres eine laufende Gestalt in ca 1700 m Entfernung als Leonard Peltier identifiziert. Den Vorfall als Test nachzuvollziehen lehnte der Richter ab.
  Bei dieser Beweislage wurde Leonard Peltier zu zweimal lebenslänglich verurteilt.



Versuch eine Revision des Urteils zu erreichen

Mitglieder des "Leonard Peltier Defense Comitee" versuchten durch Kontakte z.B. zu 'amnesty international', internationalen Druck zu erreichen, um eine Revision des Urteils zu erzwingen. Die Verteidigung stellte beim Obersten Gerichtshof in Washington Antrag auf Revision des Urteils. Am 5. März lehnte der Oberste Gerichtshof die Wiederaufnahme des Falles ab und bestätigte somit das Urteil seiner untergeordneten Dienststelle erneut.
Während dieser Entscheidung des hohen Gerichtshofes damit den Fall endgültig abschließt, arbeitet die Verteidigungskommission für Peltier trotzdem weiter. Zum Anlaß für eine Habeas-Corpus Klage gegen den Leiter des Gefängnisses von Lompoc nimmt man die Verletzung des Vertrages über die Auslieferung von Flüchtlingen zwischen Kanada und den USA.
Peltier war ursprünglich in Kanada verhaftet worden. Er wurde aufgrund von zwei eidesstattlichen Erklärungen, die von Myrtle Poor Bear unterschrieben waren, an die USA ausgeliefert. Bei dem Prozeß sagte Poor Bear jedoch aus, sie sei vom FBI gezwungen worden, diese Erklärungen zu unterschreiben. Der Richter nahm Poor Bears Aussagen nicht zur Kenntnis und weigerte sich, ihre Anhörung durch die Jury zuzulassen mit der Begründung: sie sei keine "glaubwürdige Zeugin". Aufgrund der Aussage dieser "unglaubwürdigen Zeugin" wurde Peltier jedoch zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker schreibt dem General Anzeiger:
"Nach dem Studium dieser Unterlagen werden sie mir beipflichten, daß Leonard Peltier zu Unrecht verurteilt wurde. Da es ihm nun gelungen ist, aus seiner Haft zu entfliehen, kann ich ihm nur viel Glück auf seinem Weg wünschen und hoffen, daß ihm einsichtige Menschen Asyl gewähren. Sein Weg wird ohnehin noch anstrengend und gefährlich sein.
Diesen Wünschen wollen wir uns anschließen!"

ANKLAGE DER PERUANISCHEN AGUARUNA–INIANER GEGEN WERNER HERZOG

München 28. August — *Das Lateinamerikakomitee München (c.o. Henio Cano, Orleansstr. 15, 8000 München 80) schickte uns den übersetzten, offenen Brief der Aguarana-Indianer aus dem peruanischen Amazonasgebiet. Er hat folgenden Wortlaut:*

„Wir, die Aguarana-Inianer von Kayamás , Chicais, Wawaim, Mamayaque, Mamayakim, Tutino, Pagki, Huampami, Kagka, Pagat, Komaina und anderen Ortschaften, die an den Flüssen Cenepa und Maranon liegen, erheben Anklage wegen der Verletzung unserer Gesetze und dem fehlenden Respekt gegenüber unseren Dorfgemeinschaften seitens einer ausländischen Gesellschaft, die hierher gekommen ist, um einen Film zu drehen. Verantwortlich sind der Deutsche Werner Herzog und der peruanische Anthropologe aus Cuzco, César Vivanco.
Diese Herren überflogen vor einigen Monaten die Dörfer Wawaim, machten Fotos aus dem Hubschrauber heraus und gaben bekannt, daß sie wieder vorstellig würden. Am 5.Juli 79 kamen sie nach Wawaim, an der Mündung des Cenepa-Flusses gelegen und sagten, sie brächten eine Genehmigung der OCI (Informationsbüro der peruanischen Regierung, Lima) und der Behörde von Iquitos, welche aber in einem anderen Department liegt.
In dieser Situation hielten die Gemeindemitglieder eine Vollversammlung ab, um über diese Angelegenheiten zu beraten.



Wir erfuhren, daß sie einen Film über das Leben des Kautschuk-Händlers Fermin Fitzcarrald drehen wollten und die Ausbeutung und Betrügereien jenes Menschen wiederaufleben lassen wollten. Der „cauchero" Fitzcarrald hatte den Tod so vieler Indianer in der Kautschukgewinnung verursacht. Diese Szenen würden danach im Ausland gezeigt und wir würden als Wilde dargestellt. Das zeigt sich u.a. daran, daß speziell diejenigen von uns mitarbeiten sollten, die langes Haar haben. Durch die Schuld dieser Leute, die mit unseren Sitten und Gebräuchen Geschäfte machen, werden wir von Ausländern ausgebeutet und erniedrigt.

Deshalb, und auch wegen all der Unruhe und Störungen, die der Film für unsere Gemeinden bedeuten würde, wurde beschlossen, abzulehnen. Wir behalten uns unsere Rechte gemäß dem Gesetz Nr. 22175 vor, dessen Artikel 13 die Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit unserer Gebiete bestätigt.

Anfangs boten die Ausländer in Begleitung des peruanischen Anthropologen täglich 1.000 Soles (Anm. der Übersetzer, zwischen 8-9.-- DM, für dortige Verhältnisse eine sehr gute Bezahlung) für die Mitarbeit. Die verantwortlichen Familienväter hatten dies aber nicht genehmigt.

Angesichts unserer völlig friedlichen und legalen Ablehnung ging Herr Vivanco zur Militärgarnison nach Chavez-Valdivia. Dies ist eine Grenzstation. Er kam in Begleitung des Hauptmannes (Captain Cristobal Reyes Delgado), sowie eines Unteroffiziers und zweier Soldaten zurück. Sie platzten in unsere Versammlung im Gemeindehaus, sie waren mit Maschinengewehren bewaffnet und entschuldigten sich nicht. Der Hauptmann begann anmaßend und drohend zu fragen, wer sich dem Unternehmen entgegenstellen würde und warum wir das Unternehmen betrügen wollten. Er drohte, daß, wenn wir nicht auf die Sache eingehen würden, er es mit uns so machen würde: und sogleich drückte er viermal seine Waffe ab. Die Kugeln schlugen ins Dach unseres Gemeindehauses ein.Die versammelten Familienväter sagten vor Schreck kein Wort. Der Hautmann fragte, wer der maßgebliche Mann sei, und als auf einen Vertreter der Indianerorganisation gedeutet wurde, sagte er, er würde ihn erstmal ins Gefängnis bringen und später nach Mieva, und dann nach Chachapoyas den Behörden überstellen. Dies alles sagte er, ohne jemand gehört zu haben, und ohne eine konkrete Anklage.

Als der Betreffende nach den Grund für ein soches Vorgehen fragte, befahl der Hautmann den Soldaten, den Mann mitzunehmen. Sie nahmen ihn am Hemdkragen und zerrten ihn weg, bis einige Frauen ihn festhielten.

Angesichts der beleidigenden und gefährlichen Haltung des Hauptmanns griffen die Vertreter der Filmgesellschaft ein, um ihn zu beruhigen. Sie sagten, sie würden die Angelegenheit einfach und „friedlich" lösen.

Sofort setzten sich der peruanische Anthropologe und der Hauptmann hin und verfaßten einen Arbeitsvertrag im Sinne der Gesellschaft. Dabei war der Tageslohn auf 300 Soles gesunken, es war keine Sozialversicherung vorgesehen; der Hauptmann maß sich arbeits- und juristische Machtvorstellungen an.

Das bedeutet eine totale Unkenntnis von den rechtlichen Zuständigkeiten, die im Gesetz über Indianergemeinschaften unseren Autoritäten eingeräumt wurden. Das bedeutet eine totale Unkenntnis der verfassungsmäßigen und arbeitsrechtlichen Richtlinien.

Dieser vorher genannte Arbeitsvertrag wurde von den erschrokkenen Dorfbewohnern unterschrieben, und so mußte der vorher angegriffene Leiter auch unterschreiben. Danach erklärten sie, daß alles geregelt sei.

Diese Situation hat eine große Unzufriedenheit in den Dörfern am Fluß „Alto Maranon" hervorgerufen. Gleichzeitig bringt sie eine schlimme SPALTUNG in der Bevölkerung hervor: einige der Bewohner verpflichten sich schriftlich zur Mitarbeit bei der Firma, um das Geld, das die Weißen anbieten, zu erhalten. Dies geschieht gegen die Mehrheit der Dorfautoritäten und der Familienväter.

Wir AGUARUNAS waren lange Zeit hindurch schon Objekte der Ausbeutung, beginnend bei den spanischen Eroberertrupps, durch die Händler wie dieser Fitzcarrald und jetzt durch den peruanischen Hauptmann, der sich nicht scheut, seine Waffen zur Verteidigung der Interessen einer ausländischen Firma gegen unseren gewaltlosen Protest zu richten. Mit dieser Haltung wurde die Möglichkeit geschaffen, daß wir Indianer wiederum als Wilde und Menschen ohne Rechte betrachtet werden. Das können wir nicht akzeptieren.

All diese Vorkommnisse machen wir hiermit öffentlich. Wie informieren gleichzeitig die zuständigen Stellen von diesen Unrechtmäßigkeiten und Angriffen, die von der Firma Wildlife-Films provoziert wurde, und die von der ungesetzlichen Haltung des peruanischen Hauptmanns profitiert, um uns auszunutzen.

Es ist möglich, daß die Angriffe auf uns zunehmen, wenn bekannt wird, daß wir uns beschwert haben, aber wir wollen auch nicht schweigen.

Wir bitten. daß aufgrund dieser Anklage die entsprechnden Mittel seitens der peruanischen Regierung getroffen werden, da die Handlungen auch gegen sie gerichtet sind, weil wir von der Regierung das Gesetz (22175) erhalten haben, das uns schützt, und das jetzt vergewaltigt werden soll."

Vier Bewohner aus den Dörfern am Maranon befinden sich aufgrund der Vorkommnisse im Gefängnis. Weitere Informationen über die Aguarana-Indianer enthält die „progrom"-Dokumentation ‚Die frohe Botschaft'. Kontaktadresse:

progrom, Bramscher Str. 200, 45 Osnabrück

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID–Nr.: 298

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 305 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

AN DEN KARL LIEBE GRÜSSE VON ALLEN !

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr, das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortliche Redakteurin: Charlotte Paulus